

aktuelle analysen | 98



Hanns
Seidel
Stiftung

Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika

Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten

Len Ishmael

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-624-0
Herausgeber	Copyright 2023, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Verena Hausner (Redakteurin) Dietrich John (Redakteur) Michelle Wiesner (Redakteurin)
V.i.S.d.P.	Susanne Hornberger (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Joh. Walch GmbH & Co. KG, Augsburg
Hinweise	Die Hanns-Seidel-Stiftung verfolgt das Ziel, alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen und sichtbar zu machen. Sämtliche im Text verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika

Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten
Ein neues Modell der Zusammenarbeit

VORWORT



Markus Ferber, MdEP
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Die EU und Afrika wollen ihre Zusammenarbeit auf eine neue Grundlage stellen. Auf dem vergangenen Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union am 17. und 18. Februar 2022 präsentierten die Staats- und Regierungschefs eine „gemeinsame Vision für 2030“. Im Kern sieht die erneuerte Partnerschaft im Rahmen des Afrika-Europa-Investitionspakets bis zu 150 Milliarden Euro für Investitionen im Bereich Energie und grüner Wandel vor – als Teil der Global-Gateway-Strategie der EU. Grundlage dafür ist die Afrika-Strategie der Europäischen Kommission vom März 2020, die engere Beziehungen durch fünf unterschiedliche Partnerschaften vorschlägt:

- 1) für den grünen Wandel und den Zugang zu Energie
- 2) für die digitale Transformation
- 3) für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung
- 4) für Frieden und gute Regierungsführung und
- 5) für Migration und Mobilität. Die vorliegende Studie befasst sich mit dem ersten Bereich, dem grünen Wandel und der Energiekooperation.

Seit dem EU-AU-Gipfel 2022 hat sich die Welt jedoch dramatisch verändert. Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die globalen Energiemärkte erschüttert. Infolgedessen hat Europa seine jahrzehntelange Abhängigkeit von russischen fossilen Brennstoffen beendet und geht neue Partnerschaften mit anderen Akteuren ein, insbesondere auch in Afrika, um seine Energieversorgung zu sichern. Afrika verfügt über die reichsten Solarressourcen der Welt und hat enorme Kapazitäten für grünen Wasserstoff. Für die afrikanischen Länder bieten sowohl das neuerliche Interesse Europas an seinen fossilen und erneuerbaren Brennstoffen als auch daraus entstehende Investitionsmöglichkeiten ein erhebliches Potenzial – mit Chancen für die gewünschte Industrialisierung und Schaffung neuer, grüner Arbeitsplätze.

Nicht zu übersehen sind dabei aber große Herausforderungen. Der Krieg in der Ukraine hat die ohnehin schon schwierige Ausgangslage, bedingt durch die globale Gesundheits- und Klimakrise, weiter erschwert. Dafür hat Afrika einen unverhältnismäßig hohen Preis zu zahlen. Deshalb ist es nur fair, wenn afrikanische Bedürfnisse in gleicher Weise wie europäische berücksichtigt werden. Beispielsweise hat fast die Hälfte aller Afrikaner keinen Zugang zu Elektrizität, das Problem der Energiearmut muss deshalb dringend angegangen werden. Zudem erfordert die innerafrikanische Vielfalt einen differenzierteren Ansatz, um bestehende Herausforderungen, aber auch Chancen zu erkennen und die richtigen politischen Antworten zu finden.

In einer zunehmend fragmentierten geopolitischen Landschaft brauchen Afrika und die EU einander. Dazu liefert die vorliegende Studie wertvolle Hintergrundinformationen und Anregungen. Sie analysiert die Bedürfnisse und Interessen sowohl der EU als auch Afrikas, erörtert bestehendes politisches Handeln und politische Instrumente. Sie gibt zahlreiche Empfehlungen, wie beides angepasst und weiterentwickelt werden kann, um durch Kooperation in der Klima- und Energiepolitik Vorteile für beide Seiten zu erzielen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

///

Inhalt

Kurzfassung	8
Teil I: Kontext	12
1. Pandemie, Krieg und eine brüchige geopolitische Landschaft	12
2. Herausforderungen für Afrika: Agenda 2063 und Pariser Abkommen	15
2.1 Die Problemstellung für Afrika	16
2.2 Das Erreichen von SDG 7	18
Teil II: EU-Afrika: Ökologischer Wandel und energiepolitischer Rahmen	21
1. Der politische Rahmen für den ökologischen Wandel	21
1.1 Partnerschaft zwischen AU und EU	22
1.2 MENA-EU-Rahmenwerk	23
2. Der europäische grüne Deal	24
3. Der grüne Deal: Herausforderungen und Risiken für Afrika ...	26
Teil III: Risiken und Herausforderungen – politische Konflikte gefährden die Beziehung	28
1. Afrikas Energiearmut, Europas Energiesicherheit: Gleiche Dringlichkeit, gleiche Behandlung?	28
2. Afrika und Europa: Unterschiedliche Einstiegspunkte in eine kohlenstoffarme Zukunft	29
3. Politikkonflikte und gestrandete Vermögenswerte	29
4. Unzureichende Finanzierung für erneuerbare Energien	30
5. CBAM im Angesicht der „grünen Diplomatie“ der EU	31
6. Der Grüne Deal – Probleme für die Landwirtschaft	32

7. Probleme beim Technologeaustausch und -transfer	33
8. Entkoppelung von Klimafinanzierung und öffentlicher Entwicklungshilfe	33
9. LNG: Steigende Kosten der Umweltverschmutzung	34
10. Die Bedeutung des Dialogs in der „Diplomatie des Grünen Deals“	35
11. Global Gateway – weniger Worte, mehr Taten	35
Teil IV: Empfehlungen für eine Neuausrichtung der Partnerschaft: Chancen in einer Zeit der Volatilität	37
1. Global Gateway neu positionieren	38
2. Anreize für Investitionen in Afrika schaffen	39
3. Differenzierte Richtlinien und Strategien für die grüne Wende in Afrika	41
4. Mehr konzessionäre Finanzierung und innovative Instrumente durch EIB und EBWE	42
5. Einsatz für einen multilateralen Ansatz für die Entwicklung Afrikas	45
6. Unterstützung einer multilateralen „grünen“ Bank auf Basis der Bridgetown-Initiative	47
7. Eine gerechte globale Klimasteuer erwägen	48
Teil V: Schlussfolgerung	49
Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika	52
Liste der Abkürzungen	53
Endnoten	55



Botschafterin Dr. Len Ishmael

ist leitende Wissenschaftlerin und Gastwissenschaftlerin bei dem German Marshall Fund USA und leitende Wissenschaftlerin bei dem Policy Center for the New South, Beraterin für globale Angelegenheiten bei Brussels Diplomatic Academy sowie Gastprofessorin an der Vrije Universiteit Brussel und der Mohammed 6 University, Marokko. Dr. Ishmael ist außerdem Autorin und Herausgeberin mehrerer Publikationen über den globalen Süden, Geopolitik, die Beziehungen zwischen Afrika und der EU, China und die transatlantischen Beziehungen.

Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika

Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten
Ein neues Modell der Zusammenarbeit

Kurzfassung

Ziele des Berichts

Die zugrundeliegende Untersuchung zielt darauf ab, die Bereiche in der Klima- und Energiepolitik zu identifizieren, in denen eine Zusammenarbeit in gemeinsamer Verantwortung möglich ist. Sie soll darüber hinaus darstellen, wie eine Partnerschaft letztendlich Vorteile für beide Seiten generieren kann. Insbesondere werden in diesem Bericht die globalen Herausforderungen untersucht, die sich in dieser besonderen Zeit beispielloser Klima-, Wirtschafts- und geopolitischer Krisen ergeben und vor deren Hintergrund politische Maßnahmen zur Unterstützung des ökologischen Wandels in Afrika und der EU umgesetzt werden. Dabei werden auch die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Beziehungen zwischen der EU und Afrika beleuchtet.

Des Weiteren werden die unterschiedlichen Wege analysiert, auf denen Afrika und die EU eine CO₂-ärmere Zukunft erreichen wollen, und was ein variabler Wandel in afrikanischen Ländern bedeutet, der sowohl gesteuert als auch unterstützt werden muss. Die Herausforderungen und Risiken, die der Europäische Grüne Deal (EGD) für Afrika mit sich bringt, und wie diese unter Beachtung der Prinzipien von Klimagerechtigkeit und Fairness gehandhabt werden können, werden ebenfalls erörtert, ebenso wie die Wahrnehmung der Beziehungen und die Herausforderungen, die bei der Neuausrichtung der Partnerschaft in dieser Ära besonderer Volatilität und Veränderung bewältigt werden müssen. Die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts werden im Folgenden vorgestellt.

Wichtigste Ergebnisse

1. Seit die Europäische Union im Juli 2019 zum ersten Mal ihre Idee des EGD präsentierte, der einen Masterplan für den Übergang zu einer klimaneutralen Zukunft darstellt, haben sich die Bedingungen erheblich verändert. Drei Jahre später ist die Umsetzung der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem EGD mit einem ganz anderen Umfeld konfrontiert, das beiden Parteien ein Gefühl der Dringlichkeit vermittelt. Für die EU ist es dringend erforderlich, die Energieversorgung zu sichern und sich von der jahrzehntelangen Abhängigkeit von Russland zu lösen. Aber auch für Afrika ist eine Dringlichkeit gegeben. Die wirtschaftliche Lage der Länder ist nach drei Jahren Pandemie und Krieg katastrophal. Viele Länder sind hoch verschuldet. Die grüne Energiewende verspricht

eine Zukunft, die sich der Kontinent schon lange gewünscht hat: einen klar gezeichneten Weg zu einer umfassenden Industrialisierung. Aber langsam macht sich Erschöpfung breit. Allzu oft bereits wurde der Ressourcenreichtum des Kontinents verscherbelt, ohne dabei die für Afrika so wichtige und herbeigesehnte Entwicklung zu sichern.

2. Energiearmut in Afrika ist eine Realität und muss mit der gleichen Aufmerksamkeit und Dringlichkeit behandelt werden wie die Energiesicherheit in Europa. Fast die Hälfte aller Menschen in Afrika ist nicht an die Stromversorgung angeschlossen. 80 Prozent der afrikanischen Unternehmen haben regelmäßig mit Unterbrechungen der Stromzufuhr zu kämpfen. Sollten sich die derzeitigen Trends fortsetzen, wird es bis 2030 mehr Menschen ohne Zugang zu Elektrizität geben als heute. Zwischen 2015 und 2030 sind Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Dollar erforderlich. Dieses Ziel bleibt jedoch unerreichbar.
3. Das wieder erstarkte Interesse der EU an afrikanischen fossilen Brennstoffen steht im Widerspruch zu ihrer Politik der Beschleunigung des Übergangs zu nachhaltiger Energie. In den Köpfen der afrikanischen Partner entsteht so der Eindruck eines Konflikts, infolgedessen der EU Heuchelei und Doppelmoral vorgeworfen werden. Dies weckt in Afrika zudem Bedenken hinsichtlich des Problems gestrandeter Vermögenswerte, also Vermögen, dessen Marktwert später wertlos wird. Darüber hinaus führen die steigenden Öl- und Gaspreise zu Verzerrungen auf dem Energiemarkt. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass diese weitere Anreize für Investitionen in fossile Brennstoffe schaffen könnten und der Weg in eine kohlenstofffreie Zukunft eher verlangsamt als beschleunigt.
4. Mehrere neue EU-Verordnungen, darunter das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) und die „Farm to Fork“-Initiative in Verbindung mit den bereits bestehenden EU-Subventionen für Landwirte, benachteiligen Afrika. Dies liegt nicht zuletzt an den Auswirkungen auf den privilegierten Zugang afrikanischer Länder zum EU-Markt, der angesichts der Bedeutung der Landwirtschaft für die afrikanischen Volkswirtschaften lebenswichtig ist. Diese Verordnungen werden jedoch zu einer Zeit erlassen, in der Afrika als Partner bei der Suche der EU nach zusätzlichen fossilen Brennstoffen zur Sicherung ihrer Energieversorgung begehrt ist, was den Eindruck einer ungleichen Behandlung der EU-Interessen gegenüber den Interessen Afrikas verstärkt. Darüber hinaus wurde das 150-Milliarden-Euro-Investitionspaket für das Global-Gateway Afrika-Europa (GG) sowohl von europäischen als auch von afrikanischen Interessenvertretern heftig kritisiert, da es an Transparenz und Einbe-

ziehung mangelt und keine Klarheit über die bislang finanzierten oder laufenden Projekte geschaffen wird.

5. Auch wenn Afrikas CO₂-Fußabdruck klein ist, sind die afrikanischen Länder besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Dennoch werden Länder mit niedrigem Einkommen, die höhere Zuschüsse und konzessionäre Kredite benötigen, bei den Verfahren der Europäischen Investitionsbank (EIB) benachteiligt. Ein größerer Anteil der EU-Klimafinanzierung wird in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) integriert.
6. Die Unterstützung der Ambitionen Afrikas auf eine klimaneutrale industrialisierte Zukunft ist ein strategischer Gewinn für die EU. Angeführt von den USA setzen sich die Bemühungen um eine Abkopplung von China fort. Die Unternehmen suchen zunehmend nach Möglichkeiten, sich im Rahmen von „Friendshoring“ zu engagieren. Afrikas Nähe zu Europa bietet in dieser Hinsicht Chancen. Investitionen in Afrika werden den Klimazielen der EU dienen und die Abkopplung der EU von China in strategischen Industrien fördern. Gleichzeitig wird die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber US-Unternehmen verbessert. Ein stabiles und wohlhabendes Afrika dient den Interessen Afrikas und der EU. Allerdings muss die EU ihren Worten Taten folgen lassen, um die afrikanischen Ambitionen und die Erwartungen an eine echte Partnerschaft zu erfüllen.

Empfehlungen

1. Das Entwicklungsmandat der EU-Afrika-Kooperation im Rahmen von Global Gateway sollte neu definiert werden. Es sollten Listen der Projekte und der zugewiesenen Finanzmittel veröffentlicht, die Transparenz der Governance-Regelungen verbessert und eine gleichberechtigte Beteiligung europäischer und afrikanischer Akteure ermöglicht werden.
2. Es empfiehlt sich, Anreize für Investitionen von EU-Unternehmen in mineralienreichen afrikanischen Ländern zu schaffen, als Teil der Gegenmaßnahmen der EU zu den im Inflation Reduction Act (IRA) enthaltenen grünen Subventionen der USA. Es muss sichergestellt werden, dass Afrika in die Diskussionen über neue Technologien, in frühe Forschungsphasen und in die Festlegung von Standards einbezogen wird. EU-Klimaforschungsfonds wie das 95,5 Milliarden Euro schwere Programm Horizont Europa sollten zur Förderung geeigneter, an die Umwelt- und Entwicklungsprioritäten Afrikas angepasster Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Bereich grüner Technologien eingesetzt werden.

3. Es ist die Entwicklung eines Rahmens für differenzierte Richtlinien und Strategien für den ökologischen Wandel in Afrika nötig. Diese müssen speziell auf die unterschiedlichen Ressourcenausstattungen, Bedürfnisse und Fähigkeiten des Kontinents ausgerichtet sein.
4. Der Anteil von Zuschüssen und konzessionären Krediten muss erhöht und die Kreditvergabepolitik der EIB und der EBWE überprüft werden, um die klimabezogenen Bedürfnisse der einkommensschwachen Länder in Afrika zu unterstützen. Mechanismen zur Mobilisierung von Kapital aus dem Privatsektor für das Management von Natur und Ökosystemen sollten erwogen werden. Es empfiehlt sich eine Finanzierung von Programmen für umweltfreundliche KMU und Arbeitsplätze mit einem Schwerpunkt auf Jugend, Frauen und Mädchen. Erforderlich ist eine Unterstützung der nationalen Klimabeiträge und der Anpassungspläne der afrikanischen Länder.
5. Die Bemühungen der EU sollten durch einen multilateralen Ansatz für die Entwicklung Afrikas ergänzt werden. Zur Umsetzung des ökologischen Wandels, der von den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem IWF und anderen multilateralen Institutionen sowie den anderen globalen Partnern Afrikas unterstützt wird, empfiehlt es sich, ein umfangreiches Rahmenwerk unter afrikanischer Führung zu etablieren. Die multilaterale Zusammenarbeit im internationalen Finanzwesen sollte abgestimmt werden, um Risikominderungsinstrumente für Währungs- und Offtaker-Risiken (ausbleibende Zahlungen) zu standardisieren, genauso wie die Nutzung der Kapitalmärkte zur Kanalisierung institutioneller Investitionen zur Unterstützung der Energiewende in Afrika.
6. Empfehlenswert ist die Einrichtung einer multilateralen „Grünen Bank“ aufbauend auf der Bridgetown-Initiative. Das Startkapital hierfür könnte durch den IWF und durch Mitnahmeeffekte bei den Ölgesellschaften generiert werden, um den auf der 27. UN-Klimakonferenz vereinbarten „Loss-and-Damage“-Mechanismus zu unterstützen.
7. Um den Pool an Finanzmitteln zu vergrößern, der den Ländern für Anpassungs- und Resilienzlösungen und den Übergang zu einer Zukunft mit niedrigem CO₂-Ausstoß zur Verfügung steht, empfiehlt sich das Hinwirken auf eine klimarelevante und gerechte globale Steuer auf Flugreisen und Schweröle in der Schifffahrt sowie die Nutzung von Anteilen aus CO₂-Steuern (wie CBAM).

Teil I: Kontext

In dieser Ära zahlreicher Krisen, einer globalen Pandemie, eines Krieges in Europa und den im Hintergrund stets lauernernden Gefahren des Klimawandels wird im Rahmen der Partnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU) und Afrika für beide Seiten die Frage der Energieversorgung und des ökologischen Wandels immer dringlicher. Für die EU besteht die Dringlichkeit darin, die Energieversorgung zu sichern und sich von der jahrzehntelangen Abhängigkeit von Russland zu lösen und gleichzeitig den Übergang hin zur Klimaneutralität zu beschleunigen. Diese Dringlichkeit hat langfristige Ziele gegen kurzfristige Notwendigkeiten ausgespielt und in Afrika Besorgnis ausgelöst. Auch Afrika sieht sich in dieser Ära der Spannungen und des Umbruchs mit Dringlichkeit und einer gewissen Verdrossenheit konfrontiert: Dringlichkeit, weil die Energiewende eine Zukunft verspricht, die sich der Kontinent wünscht – einen klar vorgezeichneten Weg zur Industrialisierung und damit zur Schaffung „grüner“ Arbeitsplätze, um die Nachfrage einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften zu befriedigen.

Es herrscht der Eindruck, dass dieser Moment genutzt werden muss. Dies setzt jedoch voraus, dass Afrikas Partner, einschließlich der EU, sich sowohl an dieser Vision als auch an den zu ihrer Unterstützung erforderlichen Maßnahmen ausrichten. Das ist der Grund für die Verdrossenheit. Allzu oft hat der afrikanische Ressourcenreichtum nicht zu der Entwicklung geführt, die die Menschen in Afrika brauchen. Afrika ist nach wie vor der am wenigsten entwickelte Kontinent der Welt. Es ist jedoch spürbar, dass Afrika mit größerer Entschlossenheit die für eine bessere Zukunft benötigten Chancen erkennen und ergreifen will. Das Streben nach Energiesicherheit in der EU unterstreicht die Dringlichkeit, auf die anhaltende Energiearmut in Afrika zu reagieren. Die Beziehungen werden auf eine harte Probe gestellt, wenn es darum geht, die beiderseitigen Vorteile für Afrika und Europa unter einen Hut zu bringen. Doch diese neue Phase der Beziehungen und ihre Rahmenbedingungen bergen das Potenzial, die Partnerschaft ausgewogener und gerechter zu gestalten. In dieser zerrissenen geopolitischen Landschaft braucht Afrika alle seine Freunde. Gleiches gilt für die EU.

1. Pandemie, Krieg und eine brüchige geopolitische Landschaft

Als die EU im Juli 2019 zum ersten Mal ihre Idee des Europäischen Grünen Deals (EGD) präsentierte, konnte kaum jemand die sich abzeichnenden Beeinträchtigungen in allen Aspekten des täglichen Lebens vorhersehen.

Das Bestreben der EU, bei der Bewältigung der Klimakrise eine führende Rolle zu spielen, wurde in einer Reihe von Initiativen vorgestellt. Diese reichten von neuen Standards für Energie, Ressourcennutzung und Effizienz über die Entwicklung neuer Technologien bis hin zur Schaffung von Zukunftsmärkten. Zusammen zeichnen sie ein Bild des Übergangs der EU zu einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Zukunft und repräsentieren die Vision der EU für ihre Zukunft und die Qualität der Beziehungen, die sie durch verschiedene Partnerschaften unterstützt. Die politischen Maßnahmen und die Instrumente werden alle Aspekte des wirtschaftlichen Lebens in der EU und das ihrer Bürger durchdringen. Sie werden sich nicht nur auf die Binnenmärkte und die Lebensweise in der EU auswirken. Einige Maßnahmen wie zum Beispiel das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) werden darüber hinaus auch Auswirkungen auf die Handelspartner der EU haben. In seiner äußeren Dimension definiert der EGD in Bezug auf den ökologischen Wandel und die Energiewende – einer der Pfeiler der 2020 beschlossenen umfassenden EU-Afrika-Partnerschaft – de facto Leitlinien für die Beziehungen Europas mit Afrika.

Etwa drei Jahre später haben sich die Bedingungen für die Umsetzung des Green Deal erheblich verändert. Eine globale Pandemie, die gegen Ende des Jahres 2019 ihren Anfang nahm, gefolgt von einem Krieg in Europa als Folge des russischen Einmarsches in der Ukraine am 24. Februar 2022, haben die Weltwirtschaft in mehrfacher Hinsicht erschüttert. Globale Versorgungswege wurden unterbrochen, die Inflation hat in vielen Ländern ein 40-Jahres-Hoch erreicht und die Energie- und Ernährungssicherheit ist in Gefahr. Die Weltbank (WB) hat festgestellt, dass die drei größten Volkswirtschaften der Welt, die der USA, Chinas und der EU, in dieser von Krisen geprägten Zeit ins Stocken geraten sind.¹ Die Prognosen für die globale Wirtschaftsleistung wurden auf 3,2 Prozent im Jahr 2022 und auf 2,7 Prozent im Jahr 2023 gesenkt.²

In mehreren Teilen der Welt, insbesondere im Globalen Süden, sind die Staatsverschuldung und die zunehmende Armut ein großes Problem. Diese Schuldenproblematik ist wichtig, da sie erhebliche Auswirkungen auf die Bedingungen hat, unter denen der ökologische Wandel stattfinden soll. Vor der Covid-19-Pandemie verzeichneten die meisten afrikanischen Länder Haushaltsdefizite von über drei Prozent.³ Durch die Pandemie und den Krieg in der Ukraine hat sich die Situation weiter verschlechtert. Drei Jahre steigender Verschuldung lassen wenig finanziellen Spielraum und machen es schwierig, konkurrierende Probleme zu priorisieren. Zu diesen zählen die Rückzahlung der Schulden, die weitere Bewältigung der Pandemie sowie die Erfüllung der Klimaverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Übereinkommen von Paris und den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Die afrikanischen Länder wurden zwar von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ermutigt, zur Bewältigung der Folgen von COVID-19 Kredite aufzunehmen, sie erhielten jedoch deutlich weniger Unterstützung als nötig oder erwartet. Instrumente wie das Schuldenermoratorium („Debt Service Suspension Initiative“, DSSI) erreichten nicht das erforderliche Ausmaß. Eine Gruppe von 69 Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, viele davon in Afrika, hat „dieses Jahr 62 Milliarden Dollar für öffentliche Schulden gezahlt, was einem Anstieg von 35 % gegenüber 2021 entspricht“.⁴ Ihre gemeinsamen Schulden sind von 767 Milliarden Dollar im Jahr 2019 auf 948 Milliarden Dollar im Jahr 2021 gestiegen.⁵ Wichtige Ressourcen werden von essenziellen Ausgaben für Gesundheit, Bildung, sauberes Wasser, Wohnraum und sozialen Schutz abgezogen. Dies birgt zusätzliche Risiken für gefährdete Bevölkerungsgruppen.⁶ Im Herbst 2022 schätzte die Weltbank, dass fast 60 Prozent der einkommensschwachen Länder „ein hohes Risiko laufen, in eine Verschuldungsnotlage zu geraten oder bereits davon betroffen sind“.⁷

Die Menschen in Afrika betrachten den Krieg in der Ukraine, für den sie einen unverhältnismäßig hohen Preis zahlen, als nicht in ihrem Interesse. Er folgt direkt auf die Pandemie, bei der die weithin erwartete Führung und Unterstützung durch reiche, westliche Länder ausblieb. Stattdessen kam die frühe Unterstützung in Form von lebenswichtigen medizinischen Gütern und Impfstoffen aus China, Indien und Russland. Die europäischen Bemühungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der COVAX-Initiative, erfolgten zu spät. Die Unterbrechungen der globalen Wertschöpfungsketten haben sich während des Krieges nur weiter verschärft und wurden durch die westlichen Sanktionen gegen Russland noch verschlimmert. Die EU, die USA und die westlichen Verbündeten hat der Krieg in der Ukraine in ihrer wertebasierten Allianz gegen einen gemeinsamen Feind zusammengeschweißt und dieser neues Leben eingehaucht. Die übrige Welt, einschließlich der Mehrheit der Länder Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und des Nahen Ostens, sah jedoch in großen Teilen davon ab, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Sie müssen in einem Konflikt Entscheidungen treffen, an dem sie nicht beteiligt sind und entscheiden sich für Neutralität. Sogar die G20 sind in dieser Angelegenheit gleichmäßig gespalten, entlang eines Nord-Süd-Gefälles.⁸

Die Entscheidung, sich nicht auf eine Seite zu stellen, ist auch strategischer Natur. Während der Anteil der EU und der USA am weltweiten Wohlstand und an der Wirtschaftsleistung weiter sinkt,⁹ wächst der Anteil der übrigen Welt weiter an, einschließlich der asiatischen Giganten China und Indien und regionaler Akteure wie Brasilien, Indonesien, der Türkei, Südafrika und andere. Diese Länder verwandeln ihren wirtschaftlichen Reichtum in

politische Macht auf der Weltbühne und bieten den Ländern des globalen Südens eine größere Auswahl an Möglichkeiten.¹⁰ Letztere konzentrieren sich darauf, bilaterale und multilaterale Beziehungen so auszubalancieren und zu gestalten, dass sie ihren eigenen Interessen dienen. „Um sich abzusichern und ihre Interessen zu schützen, vertiefen sie ihre Allianzen in eindeutig nicht-westlichen multilateralen Gruppierungen wie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) und den BRICS, die ursprünglich aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bestanden, jetzt aber in einer BRICS+-Konfiguration erweitert wurden.“¹¹

Die Welt wird in zwei Blöcke geteilt, was durch die Auswirkungen des Krieges und der Sanktionsregelungen gegen Russland noch verstärkt wird. In diesem Prozess wird die Globalisierung, jahrzehntelang der Eckpfeiler für globalen Wohlstand und Stabilität, zurückgedrängt, da „De-SWIFTing“ und „Friendshoring“ immer mehr Teil der neuen Realität sind. Die EU-Afrika-Partnerschaft ist nicht von der aktuellen Geopolitik isoliert. Die zerrissenen, uneinigen Beziehungen zwischen dem Westen und einem Großteil der übrigen Welt sowie die stagnierende Entwicklung des Kontinents haben die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Afrika seine Interessen in den Gesprächen mit der EU über den ökologischen Wandel deutlicher zum Ausdruck bringt.

2. Herausforderungen für Afrika: Agenda 2063 und Pariser Abkommen

Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass als Reaktion auf die Klimakrise Anpassungs-, Resilienz- und Eindämmungsmaßnahmen erwogen werden müssen, und zwar gleichzeitig mit der Planung des ökologischen Wandels und einer de-karbonisierten oder kohlenstoffarmen zukünftigen Welt. Dies erfordert einen gesamtwirtschaftlichen Ansatz, der wirtschaftliche Aktivitäten, die Entwicklung der Infrastruktur, die Nutzung von Land und Rohstoffen, die biologische Vielfalt und Ökosysteme sowie den Übergang zu einem energieeffizienten und resilienten städtischen Umfeld umfasst.

Dieser Ansatz steht im Einklang mit dem des EGD der EU. Für Afrika ist dies eine Gelegenheit, sein Entwicklungsparadigma neu zu gestalten: weg vom derzeitigen Status quo der starken Abhängigkeit von der Ressourcennutzung und -gewinnung hin zu einem Paradigma, das auf den Grundsätzen der generationsübergreifenden Nachhaltigkeit sowie auf den Idealen von Gleichheit, Gerechtigkeit und Einbeziehung beruht. Dies erfordert, dass Initiativen zur Unterstützung der zukünftigen Entwicklung Afrikas auf die Prioritäten des Kontinents abgestimmt werden. Es bedeutet auch, dass

sich die Qualität der Beziehungen zwischen Afrika und seinen Partnern, einschließlich der EU, ändern muss. Sie sollten sich nicht länger auf reine Rohstoffindustrien konzentrieren, sondern ihren Fokus auf solche Bereiche legen, in denen ein Mehrwert geschaffen wird. Bei der Vorbereitung auf diese neue Ära der Industrialisierung wird Afrika proaktiv agieren müssen, um mit seinen Partnern zu verhandeln und so seine Interessen zu sichern.

2.1 Die Problemstellung für Afrika

Afrika ist eine der Regionen der Welt, die durch die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten gefährdet sind. Dies liegt an den „biophysikalischen Merkmalen des Kontinents und den vielfältigen Ökosystemen, Landschaften und Wettersystemen“. Diese werden durch eine Reihe von sozioökonomischen Merkmalen ergänzt, welche die Anfälligkeit des Kontinents noch verschärfen.¹² Mit mehr als 17 Prozent der Weltbevölkerung liegt der Beitrag Afrikas zu den Treibhausgasemissionen bei weniger als 4 Prozent. Der kenianische Präsident stellte in seiner Eigenschaft als Koordinator des Ausschusses der afrikanischen Staats- und Regierungschefs zum Klimawandel (CAHOSCC) fest: „Afrikas besondere Bedürfnisse und Umstände müssen anerkannt werden und als Grundlage für die Klimahilfe für unsere Region dienen. Wir brauchen eine deutliche Aufstockung der Klimafinanzierung, und diese Finanzmittel müssen leichter zugänglich sein. Wir müssen uns stärker auf die Anpassung konzentrieren, und diese Anpassung muss finanziert werden.“¹³ Die Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB) hat prognostiziert, dass Afrika bis zum Jahr 2030 Investitionen in Höhe von drei Billionen Dollar benötigt, um die in den Nationalen Klimabeiträgen (NDCs) des Kontinents festgelegten Klimaschutz- und Anpassungsziele zu erreichen.¹⁴

Der UN-Bericht über den Zustand des Klimas in Afrika (2019) schätzt, dass der Klimawandel den Kontinent bis 2030 jedes Jahr 40 Milliarden US-Dollar kosten wird.¹⁵ Die durch den Klimawandel verursachte Sterblichkeitsrate „ist 60 bis 80 Prozent höher als in der nächstgefährdeten Region (Südostasien), was auf die bestehende Anfälligkeit und die geschwächte Fähigkeit Afrikas zurückzuführen ist, sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen“.¹⁶ Der Kontinent leidet zudem unter den Auswirkungen seiner starken Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen, einer großen Abhängigkeit von der auf Regen angewiesenen Landwirtschaft, weit verbreiteter Armut und Ungleichheit, einem hohen Maß an Aktivitäten im informellen Sektor, einem Mangel an alternativen Lebensgrundlagen, einem niedrigen Bildungs- und Qualifikationsniveau, einem unzureichenden Zugang zur medizinischen Grundversorgung sowie einem ungleichen Zugang zu Krediten und finanziellen Ressourcen.¹⁷ 65 Prozent der Bevölke-

rung sind bei der Nahrungsmittelproduktion von der Subsistenzwirtschaft abhängig. Auf Afrika werden vom prognostizierten Anstieg der Unterernährung weltweit 54 Prozent entfallen.¹⁸ Darüber hinaus wächst Afrikas Bevölkerung. Bis 2050 werden auf dem Kontinent 25 Prozent der Weltbevölkerung leben. Die Produktivität in der Landwirtschaft wird zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung im Jahr 2050 um 50 Prozent steigen müssen.¹⁹

Im Strategie- und Aktionsplan für Klimawandel und widerstandsfähige Entwicklung (2022-2032) (CCRDS) der Afrikanischen Union (AU) werden ein nachhaltiger inländischer Energieverbrauch und die Erzeugung erneuerbarer Energien als Schlüssel zu einer emissionsarmen und klimaresistenten Zukunft genannt. Während der Zugang zu einer zuverlässigen und angemessenen Versorgung mit Elektrizität für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung des sozialen Wohlergehens von entscheidender Bedeutung ist, „hat fast die Hälfte aller Afrikaner in ihren Häusern keinen Zugang zu Elektrizität und 80 Prozent der afrikanischen Unternehmen haben regelmäßig mit Unterbrechungen der Stromversorgung zu kämpfen. Außerhalb Südafrikas muss die gesamte Energieerzeugung zur Deckung des Bedarfs bis 2030 mehr als verdreifacht werden“.²⁰ Obwohl erneuerbare Energiequellen für die Deckung der Nachfrage von entscheidender Bedeutung sind und der Kontinent über eine Fülle von eben diesen verfügt, tragen Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme nur ein Prozent zur Versorgung bei. Die Wasserkraft trägt 22 Prozent zur Versorgung in Subsahara-Afrika bei. In diesem Sektor gibt es noch Ausbaumöglichkeiten, für die zwischen 2015 und 2030 Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Dollar erforderlich sind.²¹ Biomasse, vor allem Holzkohle und Holz, ist auf dem gesamten Kontinent die Hauptquelle für die häusliche Energieversorgung. Dies verstärkt die Auswirkungen der Umweltzerstörung und gefährdet die Gesundheit, insbesondere in ländlichen Gebieten.

Der CCRDS der AU ist auf mehrere globale Rahmenwerke abgestimmt, darunter die Agenda 2030 der Vereinten Nationen, das Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge und die Biodiversitätskonvention der UN. Er ist auch auf kontinentale Rahmenwerke abgestimmt, darunter die afrikanische Agenda 2063 und Protokolle wie das Afrikanische Landwirtschaftsentwicklungsprogramm, das Programm zur Entwicklung der Infrastruktur, die Strategie für Wissenschaft, Technologie und Innovation für Afrika, die Afrikanisch-Kontinentale Freihandelszone (AFCFTA), die Initiative zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung in Afrika (AIDA), der Green Recovery Action Plan der AU und andere.²² Der CCRDS baut zudem auf Initiativen auf, die in mehreren regionalen Plänen enthalten sind. Dabei unterstreicht er die Notwendigkeit einer regionalen Zusammenarbeit und

effektiverer internationaler Partnerschaften. Er ist ein integraler Pfeiler zur Unterstützung der Vision des Kontinents für ein „integriertes, wohlhabendes und friedliches Afrika, das von seinen eigenen Bürgern angetrieben wird und eine dynamische Kraft auf der internationalen Bühne darstellt“, verankert im Herzen der Agenda 2063 des Kontinents.²³

Von großer Bedeutung ist der im CCRDS verankerte Fokus auf die Prinzipien der Klimagerechtigkeit, die von Afrika geschaffenen und in afrikanischem Besitz befindlichen Innovationen, die sozialen und kulturellen Werte, die Nutzung natürlicher Ressourcen, die Freisetzung des Potenzials erneuerbarer Energien und die Schaffung transformativer industrieller Wege in einem auf den Menschen ausgerichteten Ansatz, „der inklusiv ist, die Schwächsten an die Hand nimmt und ihnen einen gleichberechtigten Zugang zu den Möglichkeiten einer umweltfreundlichen Wirtschaft bietet“.²⁴ Der im Juli 2021 ins Leben gerufene „Green Recovery Plan“ der AU ist ebenfalls Teil des politischen Rahmens und soll den Übergang des Kontinents zu einer grünen Volkswirtschaft steuern. Er konzentriert sich auf die Notwendigkeit, die Klimafinanzierung zu erhöhen, um die Energiewende, nachhaltige Ansätze für die Biodiversität, die Bewirtschaftung von Land, Wäldern und Ozeanen, eine widerstandsfähige Landwirtschaft sowie grüne und widerstandsfähige Städte zu unterstützen.

2.2 Das Erreichen von SDG 7

Die Bewältigung der Klimakrise, der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft, das Erreichen der SDG7-Ziele²⁵ und die Überwindung der Energiearmut, mit der die meisten Menschen in Afrika konfrontiert sind, erfordern, dass diese neue Ära der Industrialisierung in vollem Umfang genutzt wird. Auf diese Weise können die Prioritäten des Kontinents in Bezug auf die Entwicklung neuer Industrien, den Aufbau neuer Fähigkeiten und Arbeitsplätze sowie den Zugang zu geeigneten Technologien unterstützt werden. Trotz seines großen natürlichen Reichtums haben die Ressourcen Afrikas nicht zu einem Entwicklungsniveau beigetragen, das den afrikanischen Bestrebungen, auch nach Wohlergehen, entspricht. Große Teile des Kontinents sind nach wie vor wenig entwickelt. Viele afrikanische Kinder sind unterernährt. Im Jahr 2020 litten 58,5 Millionen an Wachstumsstörungen.²⁶ Afrika bleibt die einzige Region der Welt, in der die Armut zunimmt. Der Kontinent muss bestimmte Maßnahmen ergreifen um sicherzustellen, dass der ökologische Wandel und die Energiewende den Menschen in Afrika zugutekommen.²⁷ Einige dieser im Folgenden vorgestellten Maßnahmen sind eher eine Aussage darüber, was Afrika für sich selbst tun muss. Sie werden jedoch hier angesprochen, da sie zusätzliche Möglichkeiten für technische und andere Initiativen der EU zur Unterstützung der afrikani-

schen Bemühungen bieten und die eher inhaltlichen Ausführungen in Teil IV dieses Berichts ergänzen.

Umgang mit variablen Effekten

Die grüne Energiewende wird sich über den Kontinent hinweg unterschiedlich auswirken. Dieses Thema wird in den nachfolgenden Abschnitten dieses Berichts ausführlicher behandelt. Die Bewältigung einer Reihe regionaler spezifischer Auswirkungen sollte im Mittelpunkt eines panafrikanischen Plans stehen, der sich an den afrikanischen Grundsätzen der Energiegerechtigkeit, Gleichheit und Einbeziehung orientiert. Nordafrikanische Länder und andere Länder, die von fossilen Brennstoffen abhängig und die reich an kritischen Rohstoffen sind, oder in denen die Energiearmut am stärksten ausgeprägt ist, werden alle unterschiedliche Instrumente, Maßnahmen und Plattformen benötigen, um den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft zu bewältigen und deren Vorteile zu nutzen.

Konzeptentwurf für die Energiewende

Obwohl regionale Gemeinschaften wie die ECOWAS beispielsweise den Aufbau regionaler Blöcke und interner Märkte erfolgreich unterstützt haben, müssen die afrikaweiten Bestrebungen, die in der African Mining Vision, dem Comprehensive African Development Programme on Agro-Ecological Threats, der Pan-African Agenda on Ecosystem Restoration for Increased Resilience, der Agenda 2063 und anderen zuvor identifizierten kontinentalen und regionalen Initiativen festgehalten sind, mit Afrikas Plänen zur Bewältigung des ökologischen Wandels und der Energiewende in Einklang gebracht werden, um einen „gesamtwirtschaftlichen“ Ansatz sicherzustellen.²⁸ Sektorspezifische Strategien in den Bereichen Landwirtschaft, Bergbau, Biodiversität und Kreislaufwirtschaft müssen ebenfalls überprüft werden.²⁹ Eine Aktualisierung der Erhebungen über kritische Rohstoffe (CRM) und andere strategische Mineralien und Erze ist ebenfalls erforderlich, um so Bereiche für ausländische Direktinvestitionen (ADI) zu identifizieren.³⁰

Regulatorische Struktur für CRM und erneuerbare Energien

Überall auf dem Kontinent werden geeignete Gesetze für neue, energieeffiziente Industrien benötigt. Als zu überprüfender Bereich wurde die Überarbeitung der Gesetze, Verordnungen und Strategien mit lokalem Inhalt ausgemacht, um den Besonderheiten von CRM und dem Übergang zu kohlenstoffarmen Industrien Rechnung zu tragen.³¹ Zur Sicherstellung der Anwendung der besten Vorgehensweisen müssen zudem die verschiedenen

Systeme des internationalen Vertragsrechts überprüft werden. So können ausländische und einheimische Investoren Vertrauen fassen und afrikanische Interessen bleiben gewahrt.

Engagement im Privatsektor

Dies ist eine Gelegenheit für den afrikanischen Kontinent, vorhandene Arbeitskräfte zu sondieren, um die Kompetenzen und den Arbeitskräftebedarf zu ermitteln, die für die Unterstützung neuer grüner Industrien erforderlich sind. Die Zusammenarbeit zwischen afrikanischen und EU-Unternehmensgruppen im privaten Sektor wäre in dieser Hinsicht nützlich. Der Dialog zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor über die erforderlichen Investitionen und neuen Finanzierungsinstrumente kann von der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Afrikanischen Import-Export-Bank mit den Konsortien des privaten Sektors koordiniert werden, um deren Beitrag zur Gestaltung und Förderung neuer politischer Instrumente und Finanzierungsplattformen sicherzustellen.

Einbindung afrikanischer Bürger und Unternehmen

Berichten zufolge „liegt die durchschnittliche nationale Klimakompetenzrate in Afrika bei nur 39 Prozent, mit großen Unterschieden innerhalb und zwischen den Ländern.“³² Dies gilt als ein Hindernis für die Nutzung des Potenzials der grünen Wende zum Vorteil der Afrikaner und für die Entwicklung finanzierbarer Projekte. Afrikanische Denkfabriken, Universitäten und Handelskammern, Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft spielen alle eine wichtige Rolle im Diskurs über den Übergangsprozess. Sie müssen sicherstellen, dass dieser Prozess stets den afrikanischen Werten, Normen und Traditionen entspricht, dass die Art der Beziehung zu externen Partnerschaften berücksichtigt wird und dass die Afrikaner von diesem Prozess profitieren.

Teil II: EU-Afrika: Ökologischer Wandel und energiepolitischer Rahmen

1. Der politische Rahmen für den ökologischen Wandel

Die Wahrnehmung der Ungleichheit in den asymmetrischen Machtverhältnissen innerhalb der EU-Afrika-Partnerschaft bleibt bestehen.³³ Der EU wird von Zeit zu Zeit vorgeworfen, sie ver falle in eine „Macht-hat-Recht“-Mentalität und lege einen Mangel an politischem Ehrgeiz an den Tag, wenn es darum geht, Afrikas Wunsch nach größeren Kompetenzen in der Fertigung und Industrie zu unterstützen.³⁴ Der Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft bietet jedoch die Gelegenheit, die Beziehungen neu zu gestalten und sie auf eine gleichberechtigtere Basis zu stellen, die den Prioritäten beider Partner gerecht wird. Die EU benötigt zur Unterstützung ihrer grünen Wende Zugang zu den reichhaltigen Ressourcen Afrikas, ihres nächsten kontinentalen Nachbarn – ein Faktor, der angesichts der derzeitigen Unterbrechungen der Lieferketten von besonderer Bedeutung ist. Afrika braucht Kapitalinvestitionen, um das Potenzial seines Rohstoffreichtums zu erschließen, seine Zukunft zu sichern und den wirtschaftlichen Strukturwandel des Kontinents voranzutreiben. Eine neue Ära der Industrialisierung hin zu Industrien mit geringen CO₂-Emissionen bietet eine solide Chance auf Gewinne für beide Seiten. Die Pläne für die Zukunft müssen jedoch sorgfältig ausgearbeitet, gemeinsam vereinbart, gerecht und fair sein.

Darüber hinaus wird die Beziehung zwischen der EU und Afrika durch verschiedene Rahmenwerke definiert. Zum einen durch die AU-EU-Strategie, die die afrikanischen Länder südlich der Sahara einbezieht. Zum anderen durch die Beziehungen der EU zu den überwiegend arabischen Ländern Nordafrikas mit der Strategie für den Nahen Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa [MENA]). Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika werden auch durch den Team-Europe-Ansatz zum Ausdruck gebracht. Dieser umfasst die EU und ihre Mitgliedsstaaten, einschließlich ihrer Entwicklungsbanken und Umsetzungsorgane, sowie die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Für alle afrikanischen Länder ist die Partnerschaft wichtig, auch wenn die Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedsstaaten nicht von der aktuellen geopolitischen Lage und den Spannungen in einer der konfliktreichsten Phasen seit dem Ende des Kalten Krieges isoliert werden können. Ein übergeordnetes Anliegen der Länder, ob in Nord- oder Subsa-

hara-Afrika, ist es jedoch, bei der Verfolgung regionaler oder bilateraler Interessen im Rahmen der Partnerschaft „nicht miteinander zu konkurrieren und die afrikanischen Interessen nicht zu untergraben“.³⁵

1.1 Partnerschaft zwischen AU und EU

Sowohl die Umfassende Strategie der EU mit Afrika (2020) mit ihrer Säule „Die Grüne Wende und der Zugang zu Energie“ als auch die Gemeinsame Vision für 2030, die von den Staats- und Regierungschefs am 17. und 18. Februar 2022 auf dem sechsten Gipfeltreffen zwischen der EU und der Afrikanischen Union (AU) formuliert wurde, definierten Klima- und Umweltfragen als Schlüsselemente ihrer Zusammenarbeit. Während des Gipfels kündigten die Staats- und Regierungschefs das „Global Gateway“ (GG) ein 150 Milliarden Euro schweres, afrikanisch-europäisches Investitionspaket zur Unterstützung von Energiewende und ökologischem Wandel sowie ein gemeinsames Ziel für 2030 und die AU-Agenda 2063 an.

Die Ziele der Partnerschaft sind „Solidarität, Sicherheit, Frieden und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand für die Bürger der beiden Unionen, heute und in Zukunft.“³⁶ Die gemeinsame Vision zielt darüber hinaus auf die Förderung gemeinsamer Prioritäten und die Beseitigung von Ungleichheiten ab. Elemente der Agenda, die die Auswirkungen des Klimawandels, die grüne Wende und nachhaltige Gemeinschaften miteinander verbinden, wurden auf dem zweiten Treffen der Afrika-EU-Energiepartnerschaft (AEEP) am 7. September 2022 weiter ausgearbeitet, um das „grüne Gateway zwischen Afrika und Europa“ vor der COP27 voranzubringen.³⁷

Am 14. Oktober 2022 vereinbarten die EU und die USA die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit zur Förderung der nachhaltigen Energieversorgung in Subsahara-Afrika. Zu diesem Zweck versprachen sie, „das reichhaltige Potenzial des Kontinents an erneuerbaren Energien besser auszuschöpfen und den lokalen Zugang zu erschwinglicher grüner Energie zu verbessern“.³⁸ Die Zusammenarbeit sieht die Unterstützung von Projekten wie dem African Continental Power System Masterplan und einer Reihe von Vorzeigeprojekten vor, um so öffentliche Ressourcen zu mobilisieren und Investitionen des Privatsektors zu fördern. Klima- und Energiefragen sowie der Aufbau widerstandsfähigerer Gemeinschaften werden zunehmend gemeinsam und untrennbar betrachtet.

Die Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze gilt als Schlüssel zur Unterstützung von Afrikas Fortschritt hin zu einer grünen und kreislauforientierten Wirtschaft. Weitere Schwerpunkte sind die Schließung der Lücke beim Zugang zur Energieversorgung in Afrika und

die NaturAfrica-Initiative zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in grünen Sektoren. Viele afrikanische Länder haben Strategien für nachhaltiges Wachstum verabschiedet. Schritte zur Schaffung grüner Arbeitsplätze³⁹ werden derzeit vor allem in den ost- und südostafrikanischen Ländern unternommen, insbesondere in Malawi, Kenia, Mauritius, Südafrika, Tansania, Uganda, Sambia und Simbabwe. Es sind jedoch noch weitere Anstrengungen erforderlich, um die Aktivitäten auf den gesamten Kontinent auszuweiten.⁴⁰

1.2 MENA-EU-Rahmenwerk

Die Zusammenarbeit der EU mit den nordafrikanischen Ländern erfolgt über das MENA-Rahmenwerk sowie über die Plattform der südlichen Nachbarschaft im Rahmen der Union für den Mittelmeerraum (UfM). Die nordafrikanischen Länder Ägypten, Algerien, Tunesien und Marokko, die über eine Vielzahl von Energieressourcen verfügen, sehen sich selbst als Vermittler in den Beziehungen zwischen Afrika und der EU. Marokko zum Beispiel hat auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie erheblich in den Ausbau der Hafen- und der unterstützenden Infrastruktur investiert, um seinen Status als „Tor“ nach Afrika zu stärken. Die 2008 ins Leben gerufene UfM umfasst die nördlichen, östlichen und südlichen Regionen des Mittelmeers. Sie fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration und umfasst die EU-27 sowie fünfzehn Länder (darunter die bereits erwähnten afrikanischen Länder). Ziel ist die Schaffung eines integrierten Energiemarkts im Mittelmeerraum, der sich auf regionale Energieplattformen für Erdgas, Strommärkte, erneuerbare Energien und Energieeffizienz stützt.⁴¹

Der MENA Europe Future Energy Dialogue, der im Juni 2022 stattfand, ergänzt die Initiativen zur Energiezusammenarbeit im Mittelmeerraum um eine weitere Ebene. Hierbei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative des jordanischen Energieministeriums und des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Ihr Ziel ist es, die energiepolitische Zusammenarbeit zwischen dem gesamten Mittelmeerraum, dem Nahen Osten und Europa durch das Zusammenbringen hochrangiger Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und anderen Interessengruppen zu vertiefen.⁴²

Der Krieg in der Ukraine wird von den nordafrikanischen Ländern als „einmalige Gelegenheit für nordafrikanisches Öl und Gas, einzuspringen“ gesehen sowie als wertvolles Instrument zur langfristigen Verbesserung der bilateralen Zusammenarbeit.⁴³ Am 18. Oktober 2022, im Vorfeld der 27. UN-Klimakonferenz, unterzeichneten Marokko und die EU ein Abkommen über eine „grüne Partnerschaft“ im Wert von 115 Millionen Euro. Sie soll die Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien stärken und

die Land- und Forstwirtschaft des Landes unterstützen.⁴⁴ Im Einklang mit dem REPowerEU-Plan unterzeichneten Israel, Ägypten und die EU eine trilaterale Absichtserklärung zur Steigerung der Erdgasexporte über die ägyptische Erdgasinfrastruktur in die EU. Italien unterzeichnete kürzlich neue Gasverträge mit Ägypten über die Steigerung von LNG-Lieferungen (verbunden mit mehreren Besuchen in Angola und der Republik Kongo).

Angeichts der unterschiedlichen Zeithorizonte im Vergleich zu Europas eigenen Netto-Null-Zielen bezweifeln die afrikanischen Länder die Langfristigkeit des Wunsches der EU-Mitgliedsstaaten nach einer Erhöhung der Lieferungen. Als Gegenleistung für die Verstärkung der Lieferungen in dieser Zeit der Not in Europa, die sie als optimalen Zeitraum für die Sicherung ihrer Interessen ansehen, versuchen sie, sich eine „verstärkte Finanzierung von erneuerbaren Energien und Wasserstoff, die Entwicklung kohlenstoffarmer Versorgungsketten in der Region und neue Energieinfrastrukturpartnerschaften“ zu sichern.⁴⁵ Algerien hat beispielsweise kürzlich 15 Abkommen und Absichtserklärungen mit Italien unterzeichnet, um die Energiewende, die industrielle und technologische Zusammenarbeit, die Energieinfrastruktur, Start-ups sowie die Pharmaindustrie zu unterstützen.⁴⁶ Algerien ist der drittgrößte Erdgaslieferant der EU, und die EU ist der größte Absatzmarkt des Landes.

Diese Region ist für die EU angesichts der geopolitischen Verstrickungen im weiteren Umfeld und der anhaltenden Streitigkeiten zwischen den nordafrikanischen Nachbarn über die Westsahara, darunter zwischen Marokko und Algerien, sowie der anhaltenden spanisch-marokkanischen Spannungen nicht ohne Risiken. Die illegale Migration ist nach wie vor ein Brennpunkt in den Beziehungen zwischen der EU und Afrika rund um das südliche Mittelmeer, der sich in letzter Zeit durch die Wahrnehmung von Unterschieden bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine verschärft hat. Für den anhaltenden Krieg in der Ukraine zahlen Afrika und andere Entwicklungsländer auch in dieser Beziehung einen hohen Preis.

2. Der europäische grüne Deal

Mit dem Europäischen Grünen Deal (EGD) wird die Reaktion der EU auf die Auswirkungen des Klimawandels und seine verschiedenen Herausforderungen neu kalibriert.⁴⁷ Als globaler Vorreiter und Standardsetzer im Bereich der Klimapolitik hat sich die EU verpflichtet, eine stärkere „Diplomatie des Grünen Deals“ zu entwickeln, die darauf fokussiert ist, „andere zu überzeugen, ihren Teil zur Förderung einer nachhaltigeren Entwicklung beizutragen und sie dabei zu unterstützen. [Indem die EU] ein glaubwürdiges Beispiel setzt und eine entsprechende Diplomatie, Handelspolitik,

Entwicklungshilfe und sonstige außenpolitische Strategie verfolgt, kann sie sich wirksamer für ein globales Vorgehen einsetzen.“⁴⁸

Beim EGD handelt es sich um eine neue Wachstumsstrategie mit dem übergeordneten Ziel, dass bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freigesetzt werden und dass bis dahin das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abgekoppelt ist. Er soll die EU-Wirtschaft auf einen nachhaltigeren Weg bringen. Außerdem soll das Naturkapital der EU bewahrt und die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen geschützt werden. Es wurden Verpflichtungen eingegangen, um sicherzustellen, dass kein Bürger zurückgelassen wird, dass das Risiko der „Energiearmut“ angemessen angegangen und das Gebot: „Do No Harm“ umgesetzt wird.⁴⁹ Das Niveau der Ambitionen ist hoch und die Ziele sind lobenswert.

Die EU erkennt an, dass „die Herausforderungen komplex und miteinander verknüpft sind“.⁵⁰ Die EGD umfasst eine Reihe von klimapolitischen Instrumenten, darunter das Emissionshandelssystem (ETS) sowie Regelungen zur Landnutzung, zu Landnutzungsänderungen und zur Forstwirtschaft, um eine wirksame CO₂-Bepreisung in der gesamten EU-Wirtschaft zu gewährleisten. Auch die Energiebesteuerungsrichtlinie des Blocks wird betroffen sein, um die Kohärenz mit den Zielen des Klimawandels sicherzustellen. Am 14. Juli 2021 verabschiedete die Europäische Kommission (EK) Zwischenvorschläge, um die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Diese Ziele sind im EU-Paket „Fit for 55“ enthalten und erfordern zur Erreichung der Klimaziele für 2030 schätzungsweise 260 Milliarden Euro an zusätzlichen Finanzmitteln. Dies entspricht 1,5 Prozent des BIP der EU von 2018.⁵¹

Der EGD konzentriert sich zudem auf die Energieeffizienz und eine Verdoppelung der Bemühungen um erneuerbare Energien angesichts der Tatsache, dass „75 % der Treibhausgasemissionen der EU durch die Erzeugung und den Verbrauch von Energie in allen Wirtschaftszweigen entstehen.“⁵² Der Übergang zu sauberer Energie und andere Initiativen im Rahmen des EGD haben nicht nur Auswirkungen auf die Unternehmen, Wirtschaftszweige und Bürger der EU, sondern auch auf diejenigen, die mit der EU Geschäfte tätigen, einschließlich afrikanischer Länder. In dem Bemühen, das Potenzial für die Verlagerung von CO₂-Emissionen zu verringern und sicherzustellen, dass EU-Firmen effektiv konkurrieren können und nicht dazu ermutigt werden, ihren Standort in Länder mit geringeren Ambitionen zu verlagern, hat die EU das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) eingerichtet. Dieses mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) in Einklang zu bringen, könnte sich als problematisch erweisen.

3. Der grüne Deal: Herausforderungen und Risiken für Afrika

Die Auswirkungen des EGD auf Afrika sind gemischt. Es wird Gewinner und Verlierer geben. Die sinkende Nachfrage nach fossilen Brennstoffen wird direkte Auswirkungen auf die Energieriesen sowohl in Nordafrika als auch in Subsahara-Afrika haben, darunter Angola, Nigeria, Libyen, Ägypten, die Republik Kongo, Gabun und Ghana. Dies gilt vor allem im Zusammenhang mit den sinkenden Preisen und insbesondere für die Zeit nach 2030. Der Kontinent sieht sich bereits mit einem Rückgang der Investitionen in fossile Brennstoffe durch private und öffentliche Investoren sowie durch Entwicklungsorganisationen konfrontiert.⁵³ Andererseits bietet der Übergang zu saubereren Energieformen Chancen für andere afrikanische Länder wie Marokko, Südafrika, die Demokratische Republik Kongo (DRC), Guinea, Sambia, Simbabwe und auch Ghana. Diese Länder verfügen über reiche Vorkommen an Nickel, Kobalt, Magnesium, Graphit, Lithium und anderen Mineralien und seltenen Erden, die zur Unterstützung der langfristigen Energiewende in Afrika, der EU und anderswo benötigt werden.⁵⁴

Die Nachfrage nach CRM, ausgerichtet auf eine kohlenstoffarme Zukunft, wird bis 2030 deutlich zunehmen. Es besteht darüber hinaus der Eindruck, dass diese Ära des „Friendshoring“ und des „Local for Local“ eine Chance für Afrika als Nachbarkontinent der EU darstellt, einige asiatische Lieferketten zu ersetzen. Die europäische Nachfrage nach de-karbonisiertem Gas bedeutet kurz- bis mittelfristig auch einen Glücksfall für afrikanische Produzenten, da die herausragende Stellung des Kontinents bei der Gasproduktion mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 5,6 Prozent jährlich Afrika bis 2025 zu einem bedeutenden globalen Lieferanten machen dürfte.⁵⁵ Die steigende Nachfrage nach grünem Wasserstoff hat bereits zu Partnerschaften zwischen der EU und Afrika geführt, durch die im Rahmen der Allianz für sauberen Wasserstoff das Ziel erreicht werden soll, bis zum Jahr 2030 40 Gigawatt Wasserstoff aus Nicht-EU-Ländern zu produzieren.⁵⁶

Die Absichtserklärung zwischen der EU und Namibia, die auf der 27. UN-Klimakonferenz im Jahr 2022 unterzeichnet wurde, ist ein Beispiel für die möglichen strategischen Partnerschaften, um „die Entwicklung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit Rohstoffen, veredelten Materialien und erneuerbarem Wasserstoff sicherzustellen, um den ökologischen und den digitalen Wandel der Volkswirtschaften beider Partner zu unterstützen“. Dies birgt das Potenzial, Vorteile für beide Seiten zu schaffen.⁵⁷ Es wird prognostiziert, dass die europäischen Direktinvestitionen in grünen Wasserstoff aus Afrika bis 2030 75,6 Milliarden Euro erreichen könnten.⁵⁸

Es gibt jedoch Bedenken dahingehend, dass die neuen grünen Wachstumsindustrien einen weiteren Anlass bieten, Afrikas Abhängigkeit von ausländischer Technologie zu erhöhen und die Verlagerung von Wertschöpfung fortzusetzen. Ebenso könnten sie eine weitere verpasste Gelegenheit in Afrikas Kampf, einen klaren Weg zur Industrialisierung zu schaffen, darstellen, die Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit verschärfen und somit zur Verschlimmerung einer Vielzahl anderer Probleme beitragen, wenn der Übergang nicht gerecht gestaltet wird. Der EGD wirkt sich zudem in unterschiedlichster Weise auf eine Reihe von Bereichen in Afrika aus, darunter auf den Handel, neue Technologien, Kreislaufwirtschaft, Landwirtschaft, biologische Vielfalt, Energie, CRM und Finanzen.⁵⁹ Die neuen EU-Agrarstandards, die durch die „Farm to Fork“-Strategie der EU eingeführt wurden, führen beispielsweise neue (höhere) Standards ein, die als nichttarifäre Hemmnisse für den Zugang zum EU-Markt gelten könnten und möglicherweise nicht WTO-konform sind. Diese und andere kritische Herausforderungen werden im folgenden Teil III erörtert.

Teil III: Risiken und Herausforderungen – politische Konflikte gefährden die Beziehung

Partnerschaften, auch die zwischen Europa und Afrika im Bereich der grünen Wende und des Zugangs zu Energie, beruhen auf der Prämisse, dass die Interessen jedes Partners bei den Entscheidungen und Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika im Rahmen dieses Aspekts ist zwar vielversprechend, wirft aber auch Fragen auf und berührt schwierige Themen. Diese werden im Folgenden erörtert.

1. Afrikas Energiearmut, Europas Energiesicherheit: Gleiche Dringlichkeit, gleiche Behandlung?

Afrika ist ein Kontinent mit extremer Energiearmut. „Die Menschen in Afrika brauchen Strom, und wenn sie keinen Strom haben, wird es schwierig sein, die Menschen aus der Armut zu befreien.“⁶⁰ Der Kontinent steht bei dem Versuch, den Energiebedarf seiner Bevölkerung zu decken und sich gleichzeitig von fossilen Brennstoffen abzuwenden, vor einem inhärenten politischen und wirtschaftlichen Dilemma. Während die EU die Energiearmut einiger EU-Bürger als Problem erkannt hat, steht die Energiearmut in Afrika auf einem ganz anderen Blatt. Für viele gehört sie zum Alltag und wird definiert als „das Fehlen einer ausreichenden Auswahl beim Zugang zu angemessenen, erschwinglichen, zuverlässigen, sauberen, qualitativ hochwertigen und sicheren Energiedienstleistungen zur Unterstützung der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung.“⁶¹ Frauen und Mädchen sind unverhältnismäßig stark betroffen, vor allem in ländlichen Gebieten. Sie tragen die Hauptlast der Arbeit, die mit dem Sammeln von Brennholz, dem Beschaffen von Wasser und der Verarbeitung von Lebensmitteln verbunden ist.⁶²

Der Anteil an der Weltbevölkerung in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara, die keinen Zugang zu Elektrizität hat, ist von 74 Prozent vor der Pandemie auf nun 77 Prozent gestiegen.⁶³ Der unzureichende Zugang zu Energie ist für mehr als die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung, die im besten Fall nur vier Stunden pro Tag Strom hat, Realität. Eine echte Partnerschaft zwischen Afrika und Europa setzt voraus, dass die Energiearmut Afrikas und die Energiesicherheit der EU gleichbehandelt und mit derselben Dringlichkeit angegangen werden.

2. Afrika und Europa: Unterschiedliche Einstiegspunkte in eine kohlenstoffarme Zukunft

Europa und Afrika sind Kontinente, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. Der Einstiegspunkt in eine kohlenstoffarme Zukunft ist unterschiedlich, und auch der Weg zur Energiewende wird deutlich voneinander abweichen. Die neue 1.440 Kilometer lange Ostafrikanische Rohöl-Pipeline (EACOP), die von Uganda und Tansania entwickelt wird, macht erhebliche Unterschiede deutlich. Trotz der Warnung der Internationalen Energieagentur (IEA), für das Erreichen der globalen Klimaziele müssten neue Projekte für fossile Brennstoffe gestoppt werden, haben die beiden afrikanischen Länder betont, dass ihre wirtschaftlichen Interessen beim Bau dieser von zwei externen Partnern finanzierten Pipeline Vorrang haben. Total Energies, ein französischer Energieriese aus der EU, verfügt über einen Anteil von 62 Prozent, während CNOOC, ein chinesisches Energieunternehmen, ebenfalls Anteile an dem fünf Milliarden US-Dollar teuren Projekt hält.⁶⁴ Obwohl die EU intervenierte und Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsverletzungen als Gründe für die geforderte Aussetzung des Projekts anführte, lehnten die lokalen Regierungen einen Stopp ab. Dies unterstreicht, welche Kluft zwischen den reichen, entwickelten Ländern und den Ländern besteht, die weiterhin versuchen, der Armut zu entkommen.

Der Großteil des Öls wird für den Export bestimmt sein, hauptsächlich nach Europa. „Sie sind unerträglich, so oberflächlich, so egozentrisch, so falsch“, soll⁶⁵ Ugandas Präsident in Bezug auf die EU gesagt haben. Nach Angaben der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien werden 92 Prozent der ugandischen Energie aus erneuerbaren Quellen (Wasserkraft) gewonnen. 84 Prozent des tansanischen Bedarfs und nur 22 Prozent des EU-Bedarfs werden durch erneuerbare Energien gedeckt.⁶⁶ Afrika verfügt zwar über reichlich Wind- und Sonnenenergie, aber die Infrastruktur zu deren Nutzung ist nicht vorhanden, da die erforderlichen Investitionen nicht getätigt wurden. Die Energiewende in Afrika wird den Zugang zu verschiedenen Energieformen erfordern, bis die Länder die wirtschaftlichen Grundlagen und institutionellen Voraussetzungen für eine vollständige Umstellung schaffen können.

3. Politikkonflikte und gestrandete Vermögenswerte

Das erneute Interesse der EU an fossilen Brennstoffen seit Russlands Einmarsch in der Ukraine wird als Widerspruch zu ihrer Politik wahrgenommen, den Übergang zu grüner Energie beschleunigen zu wollen. In den Köpfen der afrikanischen Partner entsteht so der Eindruck eines Konflikts, infolgedessen der EU Heuchelei und Doppelmoral vorgeworfen wird: „Das

Problem ist, dass dieselben Regierungen die Entwicklungsländer nicht nur ermutigen, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu beschleunigen, sondern darüber hinaus bestrebt sind, die Nachfrage nach diesen Produkten in den kommenden Jahren im Zuge der De-Karbonisierung vollständig zu eliminieren.⁶⁷ Ein augenfälliges Beispiel dafür ist der Versuch der EU, ihre Energiesicherheit mittels Bemühungen um zusätzliche Lieferungen fossiler Brennstoffe aus Afrika zu erhöhen. Dies wirft mehrere unangenehme Fragen auf: Die erste ist, dass afrikanische Energieunternehmen als Reaktion auf den Klimawandel und die weithin bekannten Pläne der EU zum Ausstieg aus der Kohleverstromung bereits im Vorfeld mit Investitionsbeschränkungen in der Branche konfrontiert waren.⁶⁸ Dennoch haben Beamte der EU und ihrer Mitgliedsstaaten die Unternehmen in Afrika dazu gedrängt, die Produktion fossiler Brennstoffe zu erhöhen.

Berichten zufolge besuchte Bundeskanzler Scholz im Mai 2022 den Senegal, um Pläne für ein neues Gasfeld zu erörtern, das 2023 in Betrieb genommen werden soll. Des Weiteren gibt es Berichte über Besuche verschiedener Vertreter der EU und ihrer Mitgliedsstaaten „in Nigeria, um die Bereitstellung von Gasexporten in die EU zu erörtern, und Gespräche Italiens mit Angola, Nigeria und der Republik Kongo zur Steigerung der Erdgasexporte.“⁶⁹ Noch wichtiger ist, dass „die wiederaufgenommene Suche nach fossilen Brennstoffen zwar als kurzfristige Lösung für eine Notsituation betrachtet werden kann, die aber angesichts der Art der Investitionen im Energiesektor langfristige Folgen hat.“⁷⁰

Obwohl die afrikanischen Öl- und Gasproduzenten aufgrund der steigenden Nachfrage nach fossilen Brennstoffen so von kurzfristigen Gewinnen profitieren können, werden sie Berichten zufolge durch begrenzte Zusatzkapazitäten an einer schnellen Reaktion gehindert. Mosambik, Mauretanien, Senegal und Tansania gehören zu den Ländern, in denen eine Steigerung der Produktion erst zwischen 2024 und 2030 zu erwarten ist.⁷¹ Die afrikanischen Länder sind sehr besorgt über das Risiko, dass sie es mit dem Abklingen der Krisenphase mit gestrandeten Vermögenswerten zu tun bekommen. Darüber hinaus führen die steigenden Öl- und Gaspreise zu Verzerrungen auf dem Energiemarkt. Es wurde die Sorge geäußert, dass sie weitere Anreize für Investitionen in fossile Brennstoffe schaffen und den Weg in eine emissionsfreie Zukunft eher umkehren als beschleunigen werden.⁷²

4. Unzureichende Finanzierung für erneuerbare Energien

Trotz der Dringlichkeit der Energiewende wird immer noch mehr Geld in fossile Brennstoffe als in erneuerbare Energien gepumpt. Sind erneuerbare Energien verfügbar, ist ihre Finanzierung mit höheren Kosten verbunden.

„Europa hat die afrikanischen Länder zwar aufgefordert, sich von fossilen Brennstoffen zu verabschieden, hat es aber versäumt, die Finanzierung grüner Projekte zu beschleunigen, die alternative Energiequellen bereitstellen könnten. Dies hat viele afrikanische Staats- und Regierungschefs dazu veranlasst, das anzuprangern, was sie als Energieheuchelei und Doppelmoral ansehen, wodurch die Ausbeutung der Region durch den Westen aufrecht erhalten bleibt.“⁷³ Ein leitender Berater für Klimadiplomatie und Geopolitik bei der African Climate Foundation formuliert das Problem ähnlich: „Die afrikanischen Länder erhalten nicht die für den ökologischen Wandel erforderliche Finanzierung. Entsprechend wenden die Länder sich fossilen Brennstoffen zu, um Einkommen zu generieren. Die Finanzierung von fossilen Brennstoffen ist dreimal so hoch wie die von grüner Energie, das heißt, 30 Milliarden US-Dollar gegenüber 9 Milliarden US-Dollar für erneuerbare Energien.“⁷⁴

Als Grund für diese Ungleichheit gilt darüber hinaus, dass Investitionen in fossile Brennstoffe die Exporte unterstützen, mit denen die wohlhabenderen Länder weiter versorgt werden, während die erneuerbaren Energien derzeit nur zur Versorgung der lokalen Bevölkerung genutzt werden können. Einige halten dies für einen Teil einer konzertierten Aktion, die darauf abzielt, den Afrikanern und lokalen Gemeinschaften ihre Ressourcen zu entziehen, die sie benötigen, um die Entwicklung so zu unterstützen, dass der zukünftige Bedarf gedeckt ist, wenn die nicht erneuerbaren Vorkommen erschöpft sind.⁷⁵ Es wird auch darauf hingewiesen, dass die EU, die USA und andere große Volkswirtschaften wie China bei der Umstellung auf erneuerbare Energien bereits enteilt sind. Andere Entwicklungsländer wie Indonesien sind mit der Wende beschäftigt. Die eigentliche Befürchtung ist, dass das Risiko für afrikanische Länder „in 20, 30, 40 Jahren [darin besteht], dass sie sich mit Anlagen wiederfinden, die keine gute Rendite abwerfen.“⁷⁶

5. CBAM im Angesicht der „grünen Diplomatie“ der EU

Das CO₂-Grenzausgleichssystem (CBAM) der EU ist komplex und innovativ. Es handelt sich um einen Handelsmechanismus, der auf die Förderung von Umweltzielen abzielt. In einem kürzlich erschienenen Buch über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Globalen Süden⁷⁷ wird CBAM wie folgt beschrieben: „Inmitten globaler Spannungen: Ein Rezept für die Katastrophe“.⁷⁸ Das CO₂-Grenzausgleichssystem stellt Afrika vor eine Reihe von Herausforderungen, nicht zuletzt wegen der Auswirkungen auf den privilegierten Zugang afrikanischer Länder zum EU-Markt.⁷⁹ Die grenzüberschreitende Erhebung von Steuern auf Waren aus Afrika kommt angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, mit der die Länder in den vergangenen drei Jahren konfrontiert waren, zu einem schlechten

Zeitpunkt für den Kontinent. Sie kommt auch zu einer Zeit, in der Afrika als Partner bei der Suche der EU nach zusätzlichen Lieferungen fossiler Brennstoffe zur Unterstützung ihrer Energiesicherheit gefragt ist. Dies erweckt den Eindruck, dass die Interessen der EU zählen und jene Afrikas nicht. „CBAM ist kein Einzelbeispiel für komplexe Gesetzesvorschläge, die den globalen Süden überproportional negativ treffen. Indien, eines der größten Schwellenländer der Welt, empfindet das CO₂-Grenzausgleichssystem als diskriminierend für Schwellenländer. Australien, eine vollständig industrialisierte Wirtschaft, bezeichnete CBAM als protektionistisch und diskriminierend.“⁸⁰

Die Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft, die Richtlinie über erneuerbare Energien und die Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit – sie alle verfolgen Ziele der Nachhaltigkeit und enthalten gleichzeitig Elemente des Protektionismus. „Bei schlechter Umsetzung werden durch sie die europäischen Unternehmen aus den Ländern des globalen Südens vertrieben und es wird Platz für andere dominante Volkswirtschaften geschaffen, die im Hinblick auf Nachhaltigkeit und die Achtung der Menschenrechte weniger ehrgeizige Zielsetzungen haben. Dies würde nicht nur die Wirtschaftsleistung der Länder des globalen Südens schmälern, sondern wäre auch nicht hilfreich für die Verbesserung der Menschenrechts-, Gesundheits-, Arbeits- und Umweltstandards in diesen Ländern.“⁸¹ Der CBAM, angeblich während der französischen EU-Ratspräsidentschaft im Eiltempo und ohne ausreichende Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten oder Handelspartnern durchgesetzt, hat sowohl bei den reichen Ländern als auch bei den Entwicklungsländern negative Reaktionen hervorgerufen.⁸² In den Beziehungen zu Afrika ist CBAM ein heikles Thema.

6. Der Grüne Deal – Probleme für die Landwirtschaft

Die EU ist ein bedeutender Markt für Afrikas Agrarexporte, und es gibt Anreize für die afrikanischen Länder, sich an die EU-Standards anzupassen. Dies liegt insbesondere an der Bedeutung des Sektors für die afrikanische Wirtschaft, der „zwei Drittel der Arbeitsplätze schafft, 30 bis 60 Prozent des BIP eines jeden Landes und etwa 30 Prozent aller Exporte ausmacht.“⁸³ Die Einhaltung der EU-Standards wird jedoch immer schwieriger. Die Maßnahmen im Rahmen des EGD werden zusätzliche nichttarifäre Hemmnisse errichten, die die Länder in einem System, das sie bereits diskriminiert, nur schwer überwinden können.⁸⁴ „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU beispielsweise stellt den Landwirten in der EU bis zu 50 Prozent des Einkommens als Direktzahlungen zur Verfügung. Dieses System kurbelt die Landwirtschaft in der EU an und verschafft den EU-Landwirten einen

Vorteil gegenüber ihren afrikanischen Kollegen.“⁸⁵ Neue Verordnungen wie „Farm to Fork“ im Rahmen des EGD und andere wie CBAM, gekoppelt mit GAP-Subventionen, werden afrikanische Landwirte weiter benachteiligen. Diese stemmen bereits hohe Kosten für die Einhaltung von EU-Standards.

All dies kommt zu einer Zeit, in der sie sich die Kosten für zusätzliche Auflagen am wenigsten leisten können. Es gibt den Vorschlag, dass die EU im Gegenzug die Bemühungen zur Eindämmung der Bodendegradation unterstützen kann, indem sie eine Partnerschaft mit Afrika im Rahmen ihres Programms für umfassende afrikanische Entwicklung eingeht, das die Landwirte ebenfalls bei der Einhaltung der neuen Standards unterstützen soll. In einer angeblich engen Partnerschaft ist jedoch mehr erforderlich, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, insbesondere angesichts der großen Bedeutung der Landwirtschaft für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Beschäftigung in Afrika.⁸⁶

7. Probleme beim Technologeaustausch und -transfer

Die gemeinsame Nutzung und der Transfer von Technologien sind nach wie vor Bereiche, in denen der Status quo nicht zufriedenstellend ist und die weiterhin entwicklungsfähig sind. Trotz der Bemühungen der Delegationen aus den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) und der afrikanischen Verhandlungsführer auf der jüngsten UN-Klimakonferenz ist der Technologeaustausch und -transfer weiterhin mit Hindernissen behaftet. Die afrikanischen Länder haben zwar ihre Pläne zur Bewertung des technischen Bedarfs aktualisiert, aber es fehlt weiterhin an finanziellen Ressourcen.

8. Entkopplung von Klimafinanzierung und öffentlicher Entwicklungshilfe

Die von der EK und der EIB für Entwicklungsländer bereitgestellten Mittel für den Klimaschutz bleiben mit etwa 5,7 Milliarden Euro auf dem gleichen Niveau wie 2018. Sie konzentrierten sich hauptsächlich auf den Klimaschutz und weniger auf Anpassung und Widerstandsfähigkeit sowie auf Länder mit mittlerem Einkommen.⁸⁷ Die drei afrikanischen Länder, die Klimafinanzierung von der EU erhalten haben, waren alle Länder mit mittlerem Einkommen: Marokko (429 Millionen Euro), Kamerun (82 Millionen Euro) und Ägypten (208 Millionen Euro).⁸⁸ Noch wichtiger ist die Tatsache, dass die Zuschussfinanzierung für den Klimawandel zurückgegangen ist und die verfügbaren Mittel zunehmend in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der EU einfließen. Darüber hinaus wird ein zunehmender Anteil der EIB-Klimafinanzierung als Darlehen zu Marktsätzen angeboten, wobei weniger als acht Prozent zu Vorzugsbedingungen vergeben werden.⁸⁹

Die derzeitige Klimakrise, begleitet von dem Krieg in der Ukraine und der weltweiten Pandemie, hat die Not in Afrika weiter vergrößert. Das Problem der Verschuldung der Länder ist erheblich. Die Darlehenspolitik der EIB und die Entwicklungsstrategien der Europäischen Kommission (EK) sollten im Hinblick auf die Unterstützung von Ländern mit niedrigem Einkommen überprüft werden. Eine Erhöhung des Volumens an konzessionären Darlehen und Zuschüssen ist unerlässlich. Darüber hinaus haben viele Länder in Afrika Schwierigkeiten, Finanzmittel für Projekte im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der grünen Wende zu erhalten und finanzierbare Projekte zu entwickeln. Die Verfahren sind umständlich, umfangreich und langwierig. Aus Berichten des Grünen Klimafonds (GCF) geht hervor, dass lediglich 39 Prozent der von Afrika eingereichten Projekte genehmigt wurden – die niedrigste Quote aller Regionen weltweit.⁹⁰

9. LNG: Steigende Kosten der Umweltverschmutzung

Eine neue Studie zeigt, dass die wachsende Abhängigkeit Europas von Flüssigerdgas (LNG) einen hohen Preis hat. Die erheblich gestiegenen Importmengen, die in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 aufgrund der durch den Krieg und die Sanktionen gegen Russland verursachten Störungen um 65 Prozent gestiegen sind, verursachen hohe Umweltkosten. Die Produktion und der Transport von LNG verursachen im Vergleich zu Pipelinegas zehnmal mehr CO₂-Emissionen.⁹¹ Auch wenn die Emissionen bei der Verbrennung von Gas angeblich die gleichen sind, egal ob in Pipelines oder in flüssiger Form, liegt der Unterschied in dem erheblich höheren Energieaufwand für die Herstellung und den Transport der Flüssigkeit nach Europa. Ein Mitarbeiter des norwegischen Forschungsunternehmens Rystad Energy stellt fest: „Bei Pipeline-Gas aus Norwegen fallen etwa 7 kg CO₂ pro Barrel an. Bei LNG-Importen nach Europa liegt der Durchschnitt schätzungsweise bei über 70 kg, also etwa zehnmal mehr bei LNG als bei Pipeline-Gas.“⁹²

Dieselbe Quelle weist darauf hin, dass, wenn zusätzliches Gas aus LNG in Ermangelung von russischem Gas im Jahr 2023 importiert wird, „im Vergleich zu 2021 zusätzliche 35 Millionen Tonnen importierter CO₂-Emissionen anfallen werden ... das Äquivalent von etwa 16 Millionen zusätzlichen Autos auf den britischen Straßen über einen Zeitraum von 2 Jahren.“⁹³ Die Pläne zum Bau von 20 neuen LNG-Terminals in Europa verstärken die Bedenken. Um diese Terminals rentabel zu machen, „müssen die Länder sehr lange Verträge für die Einführung von Gas abschließen, und die Terminals können bis zu 40 Jahre laufen. Das bedeutet einen langen Lock-up-Effekt für diese fossilen Brennstoffe, aus denen wir aussteigen wollen.“⁹⁴ Diese Pläne senden widersprüchliche Signale an die afrikanischen Partner der

EU in Bezug auf die Verpflichtung, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft zu beschleunigen, während sie selbst in diese Richtung gedrängt werden.

10. Die Bedeutung des Dialogs in der „Diplomatie des Grünen Deals“

In dieser Zeit der Spannung und Zerrissenheit sollten EU-Richtlinien und -Verordnungen, die sich auf Partner auswirken, einem verstärkten Dialog unterliegen und keinem schwächeren. Dies empfiehlt sich insbesondere angesichts des Versprechens der EU, eine stärkere „Diplomatie des Grünen Deals“ zu entwickeln. Dies gilt sicherlich für das Thema CBAM: „CBAM könnte den Zugang zum EU-Markt ernsthaft beeinträchtigen, Wertschöpfungsketten verdrängen oder zerstören und sich dadurch negativ auf Einkommen und Arbeit im globalen Süden auswirken. Die Tatsache, dass die EU sich dieser Probleme zwar bewusst, aber anscheinend nicht gewillt ist, sie anzugehen [...], zeigt, dass die Europäische Union derzeit von den wirtschaftlichen und diplomatischen Realitäten abgekoppelt ist und die Folgen dieser Abgehobenheit höchstwahrscheinlich auf die harte Tour zu spüren bekommen wird.“⁹⁵

11. Global Gateway – weniger Worte, mehr Taten

Ein Eckpfeiler des sechsten EU-AU-Gipfels im Februar 2022 war das Investitionspaket im Wert von 150 Milliarden Euro im Rahmen des Global Gateway von EU und Afrika. Es ist Teil des EU Global Gateway, das im Dezember 2021 ins Leben gerufen wurde und 300 Milliarden Euro an Investitionen umfasst, die eine „echte Alternative“⁹⁶ zu Chinas Neue-Seidenstraßen-Initiative (BRI) sein sollen. Obwohl das Potenzial für gute Ergebnisse eindeutig vorhanden ist, wurde die Maßnahme unter anderem von afrikanischen Partnern sowie von europäischen Nichtregierungsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft kritisiert.⁹⁷ In Afrika wurde bemängelt, dass vor der Ankündigung auf dem Gipfel keine ausreichenden Beratungen stattgefunden haben. Enttäuschung machte sich breit, nachdem die EU ihre Versprechen auf dem Gipfel nicht eingehalten hatte. Dies veranlasste den AU-Präsidenten zu der Bemerkung: „Das hinterlässt bei uns einen schlechten Beigeschmack. Um ehrlich zu sein, bin ich ein wenig enttäuscht.“⁹⁸

Kritiker weisen darauf hin, dass es sich bei GG lediglich um eine „Um-etikettierung“ handelt, um eine Neuverpackung von altem Geld. Sie sind der Ansicht, dass nichts von den 300 Milliarden Euro neu ist, sondern es sich um eine „Kombination und Neuverpackung bestehender Zusagen von

europäischen Entwicklungsinstitutionen“⁹⁹ handelt, die im Großen und Ganzen früheren Initiativen, wie dem Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung und dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI) ähneln, die im Rahmen des Team-Europe-Ansatzes umgesetzt wurden.

Die Verschuldungssituation der afrikanischen Länder ist besonders prekär, da sie sowohl mit historischen Schuldenständen als auch mit den Auswirkungen der globalen Nahrungsmittel- und Energiekrisen zu kämpfen haben. Besonders kritisiert wurde die relativ geringe Höhe der im Rahmen des GG gewährten Zuschüsse (18 Milliarden Euro), während die verbleibenden Investitionen Schulden nach sich ziehen.¹⁰⁰ Andere verweisen auf das Fehlen konkreter Ergebnisse: „Bislang hat das GG zwar viel Hype, aber wenig konkrete Projekte geliefert“.¹⁰¹ Bedenken wurden auch hinsichtlich der mangelnden Transparenz in Bezug auf die Initiativen des GG geäußert und die Notwendigkeit, „die vollständige Liste der Projekte ... [und] das Mandat sowie die Tätigkeit der vorgeschlagenen neuen Exportkreditfazilität und des neuen Unternehmensbeirats öffentlich bekannt zu machen“.¹⁰²

Eine gemeinsame Bewertung der European Civil Society und der Nicht-regierungsorganisationen Eurodad und Counter Balance¹⁰³ kommt zu dem Schluss, dass „die Neuausrichtung der internationalen Entwicklungsagenda der EU, die mit einer geopolitischen und kommerziellen Strategie verschmilzt, ein riskantes Unterfangen ist, das die Glaubwürdigkeit der EU als globaler Entwicklungsakteur beeinträchtigen kann. [...] Obgleich das Gateway auf einem ‚partnerschaftlichen‘ Angebot an die Empfängerländer basiert, konzentriert sich die offizielle Dokumentation überwiegend auf die Rolle der EU-Institutionen, des Privatsektors und der diplomatischen Präsenz, einschließlich der Schaffung einer Unternehmensberatungsgruppe und einer potenziellen EU-Exportfazilität.“¹⁰⁴

Teil IV: Empfehlungen für eine Neuausrichtung der Partnerschaft: Chancen in einer Zeit der Volatilität

Während der Sitzung des Entwicklungsausschusses im Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 28. November 2022 unterstrich der Hohe Vertreter der EU sowohl die Bedeutung der Beziehungen zu Afrika als auch den geopolitischen Kontext, in dem sich die Beziehungen weiterentwickeln. „Die geopolitische Lage in der Welt ist ganz anders als noch vor einem Jahr, aber trotz des Krieges in der Ukraine müssen wir uns weiterhin in Afrika engagieren. Afrika ist unser bevorzugter Partner. Es steht ganz oben auf unserer Agenda, besonders in dieser Zeit, in welcher der Kontinent von der Nahrungsmittel- und Energiekrise schwer getroffen wird. Wir müssen schneller, mehr und intelligenter in Afrika investieren.“¹⁰⁵ Diese Ermahnung erfordert, dass die EU die Strategien, die sie in ihren Beziehungen zu Afrika einsetzt, an mehreren Fronten überprüft. Dies bietet die Gelegenheit, eine immer wiederkehrende Kritik an der Partnerschaft zwischen der EU und Afrika anzusprechen, nämlich dass sie wenig konsultativ ist und nicht auf die Entwicklungsprioritäten Afrikas eingeht, insbesondere wenn es darum geht, einen Weg zur nachhaltigen Industrialisierung zu finden.¹⁰⁶ Eine verpasste Chance bei der grünen Wende wäre ein strategischer Verlust für Europa in Bezug auf die Wahrung seiner langfristigen Interessen angesichts der Präsenz anderer Großmächte, darunter China, die wichtige Investoren in Afrika sind.

Bei der Überprüfung der Beziehungen und der Zusammenarbeit im Bereich der grünen Wende und des Zugangs zu Energie sollten zwei Grundsätze berücksichtigt werden: die Ausweitung des „Grünen Gebots“ der EU, keine Schäden zu verursachen, auf Afrika einerseits und die Förderung der Energiegerechtigkeit andererseits.

Die EU-Politik sollte die Fähigkeit Afrikas, seine soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, nicht untergraben. Dies ist ein übergeordnetes Prinzip, das sich über alle Facetten der Beziehungen und Sektoren erstrecken sollte. Genauso wie die EU sich verpflichtet hat, innerhalb Europas keine Schäden zu verursachen, muss sie die Art und Weise berücksichtigen, in der sich politische Maßnahmen wie CBAM und die neue Agrarpolitik auf Afrika auswirken. Dies gilt insbesondere in dieser Zeit der akuten wirtschaftlichen Not und der multiplen Krisen. Sie muss Wege finden, die schlimmsten Auswirkungen dieser Initiativen zu eliminieren oder abzumildern.

Zweitens ist das Prinzip der Energiegerechtigkeit eines, das im Rahmen der Partnerschaft angesprochen werden sollte. „Wenn die gegenwärtigen Trends anhalten, werden bis 2030 weniger Menschen in Afrika Zugang zu moderner Energie haben als heute.“ Der Energiearmut in Afrika sollte die gleiche Bedeutung und Dringlichkeit beigemessen werden wie der Energiesicherheit in der EU.¹⁰⁷ Als globaler Verfechter einer kohlenstoffarmen Zukunft sollte die EU auch ein globaler Akteur sein, der sich für Energiegerechtigkeit in Afrika einsetzt. Dies stünde im Einklang mit dem eigenen Ansatz der EU für Klimagerechtigkeit. Innovative Ansätze wie das süd-afrikanische Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme (REIPPPP) haben sich als vorbildlich erwiesen, wenn es um die Bereitstellung von Investitionsmöglichkeiten durch intelligente politische Rahmenbedingungen geht. Diese operationalisieren Rahmenwerke für Energiegerechtigkeit, die Energieindikatoren integrieren, wirken sich auf die Investitionen und Lösungen für erneuerbare Energien aus und bieten ein nützliches Modell zur Nachahmung.

Die folgenden Empfehlungen heben Initiativen hervor, die sowohl die EU-Ziele einer kohlenstoffarmen Zukunft fördern als auch Afrikas ökologischen Wandel und die Entwicklung neuer grüner Industrien unterstützen.

1. Global Gateway neu positionieren

Zwar spielen die EU-Entwicklungsfonds bei der Unterstützung der Entwicklungsländer eine einzigartige Rolle, doch sind diese Mittel begrenzt und müssen in einem Rahmen verwaltet werden, der transparent, integrativ und zielgerichtet ist. Während GG für seine Rolle bei der Entwicklung von Finanzierungs- und De-Risking-Instrumenten als Mittel zur Generierung zusätzlicher Investitionen aus dem Privatsektor angeführt wurde, wurde es in anderen Bereichen von verschiedenen Gruppen sowohl in Afrika als auch unter europäischen Interessenvertretern kritisiert. Die Kritiker schlagen vor, GG nachzujustieren, um sicherzustellen, dass die Glaubwürdigkeit der EU als „wichtiger Entwicklungspartner“ nicht beeinträchtigt wird.¹⁰⁸ Die Empfehlungen umfassen:

- Abkopplung des GG-Mandats von dem einer „Alternative“ zu Chinas Neue-Seidenstraßen-Initiative und stärkere Konzentration auf die Entwicklungsziele der zu fördernden Projekte. Die Neue-Seidenstraßen-Initiative wurde 2013 ins Leben gerufen und hat damit einen Vorsprung von zehn Jahren. Ende 2022 beliefen sich die Investitionen auf 932 Milliarden Dollar.¹⁰⁹ GG als Alternative zur BRI zu präsentieren, ist unrealistisch und erhöht weder seine Wettbewerbsfähigkeit noch seine Attraktivität. GG sollte als ein weiteres Instrument zur Unterstützung der afrikanischen Entwicklung präsentiert werden.

- Formulierung einer klaren entwicklungspolitischen Begründung für das GG, um einen sinnvollen Beitrag zur Klimawandel-Agenda, zur Armutsbekämpfung und zur Bekämpfung der Ungleichheit in den Empfängerländern zu leisten.
- Entwicklung eines partizipatorischen und inklusiven Prozesses für die GG-Strategie, um sicherzustellen, dass die Ressourcen nicht von den Entwicklungszielen abgezogen werden, sondern sich auf einen auf die Menschen ausgerichteten Ansatz für menschliches Wohlergehen, menschenwürdige Arbeitsplätze, lokale wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung konzentrieren, und zwar durch verstärkte Beiträge von Zuschüssen und konzessionärer Finanzierung.
- Erhöhung der Transparenz der GG-Initiativen und Veröffentlichung von Projektverzeichnissen und zugewiesenen Mitteln.
- Verbesserung des Governance-Modells zur Gewährleistung der Eigenverantwortung und einer sinnvollen Beteiligung der Akteure in den Partnerländern und in Europa, einschließlich des Europäischen Parlaments und der Zivilgesellschaft. Einbeziehung von Vertretern der Entwicklungsländer in die Kontrolle des GG zur Stärkung der Eigenverantwortung.

2. Anreize für Investitionen in Afrika schaffen

Die EU erwägt eine Antwort auf den 369 Milliarden US-Dollar schweren Inflation Reduction Act (IRA) der USA. Dieser stellt Unternehmen Milliarden von US-Dollar zur Verfügung (vor allem in Form von Steuergutschriften), um das Tempo neuer Technologien zu beschleunigen und in den USA eine neue Wirtschaft mit grünen Arbeitsplätzen zu schaffen. Gleichzeitig soll das Gesetz die Abhängigkeit von China verringern und die USA näher an die Erreichung der Ziele im Rahmen des Übereinkommens von Paris bringen.¹¹⁰ Davon profitieren sowohl die Unternehmen als auch die Verbraucher. Allerdings müssen Produkte wie zum Beispiel Elektroautos und Batteriehersteller sicherstellen, dass bestimmte Komponenten in den USA oder in Ländern mit bestehenden Handelsabkommen gewonnen oder verarbeitet werden. Bei der Erwägung von Gegenmaßnahmen zu den grünen Subventionen der USA hat die EU die Möglichkeit, Länder in Afrika als „befreundete Länder“ einzubeziehen. Diese könnten dann in den Genuss von Steuererleichterungen und Subventionen für europäische Unternehmen kommen. Dies wäre eine Antwort auf die Kritik, dass die Entwicklung erneuerbarer Energien und der Technologieaustausch in Afrika nicht ausreichend unterstützt werden.

Die Förderung von Investitionen in den an Bodenschätzen reichen Ländern Afrikas hat den Vorteil, dass sie für die EU in mehrfacher Hinsicht von strategischer Bedeutung ist.

- Erstens verringert sich dadurch die Gefahr, dass die Abhängigkeit von einem Lieferanten für fossile Brennstoffe, nämlich Russland, in neuen grünen Industrien durch einen anderen, nämlich China, ersetzt wird. Mit der Umstellung der Industrie auf Elektrofahrzeuge (EV) wirkt die Abhängigkeit von China besorgniserregend. Prognosen zufolge wird China bis 2031 mehr Produktionskapazitäten in Europa, dem zweitgrößten Markt der Welt für Elektrofahrzeuge, haben als jedes andere Land.¹¹¹ Chinesische Marken wie BYD und Great Wall bauen ihre Verkäufe in Europa ebenfalls aus, was dazu führt, dass mehr Montagewerke und Batteriefabriken chinesische Technologie verwenden werden.¹¹² Während der IRA den Einsatz von in Amerika hergestellten Autos mit ausländischer Technologie verhindert, gibt es in der EU keine derartigen Maßnahmen. Es wird davor gewarnt, dass es zu einer „erheblichen Abhängigkeit der westlichen Welt von Asien“ kommen wird, und die EU-Vorschriften zur De-Karbonisierung wurden als „naiv und dogmatisch“ gebrandmarkt.¹¹³
- Zweitens wird durch die Partnerschaft mit Afrika und die Einbeziehung des Kontinents in die Diskussionen über neue Technologien, frühe Forschungsphasen und die Festlegung von Standards ein weiteres Ziel erreicht: Es geht darum, dass die EU auf den afrikanischen Kontext und die afrikanischen Bedürfnisse eingeht und die Kapazitäten auf dem Kontinent ausbaut. Die Herstellung von Batterien und Solaranlagen gehört zu den Branchen, in denen die mineralreichen afrikanischen Länder einen Wettbewerbsvorteil haben.¹¹⁴ Auch wenn neue grüne Technologien anfangs kostspielig sein werden, „könnte die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika bei neuen Technologien mit Hilfe von EU-Klimaforschungsfonds wie Horizon Europe, das für den Zeitraum 2021 bis 2027 über einen Investitionsrahmen von 95,5 Milliarden Euro verfügt, die Erforschung grüner Technologien und die Ausbildung von Fachkräften fördern, die an das afrikanische Umfeld angepasst und hierfür geeignet sind.“¹¹⁵ Der Africa Energy Outlook 2022 der IEA legt nahe, dass Afrika bis zu 5.000 Mt grünen Wasserstoff pro Jahr produzieren kann – das ist mehr als die Gesamtmenge, die derzeit produziert wird – für weniger als zwei US-Dollar pro Kilogramm.¹¹⁶ Das Abkommen zwischen der EU und Namibia, das auf der 27. UN-Klimakonferenz unterzeichnet wurde, ist nachahmenswert. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika ist auf lange Sicht ein Gewinn für Europa.

3. Differenzierte Richtlinien und Strategien für die grüne Wende in Afrika

Afrika ist ein Kontinent mit Ländern in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Darüber hinaus weist der Kontinent unterschiedliche Ressourcen, Bedürfnisse und Fähigkeiten auf. Es gibt Länder, deren Wirtschaft von fossilen Brennstoffen abhängig ist, andere, die reich an CRM sind, einige, die in erneuerbare Energien investiert haben, und wieder andere, deren Hauptwirtschaftsaktivität die Landwirtschaft ist. Nur wenige Volkswirtschaften haben ein hohes Maß an Diversifizierung erreicht. Die Geschwindigkeit der Energiewende und die variablen und abweichenden Bedingungen in Afrika müssen sowohl gesteuert als auch unterstützt werden. In diesem Szenario gibt es keine Einheitslösung. Es wird ein mehrgleisiger Rahmen von speziell auf die verschiedenen Situationen zugeschnittenen Strategien und Maßnahmen erforderlich sein. Ein variabler und vielseitiger Ansatz könnte folgende Aspekte umfassen:

- Ein partnerschaftlicher Ansatz des öffentlichen und privaten Sektors zur Unterstützung der Energiewende und der wirtschaftlichen Diversifizierung in Ländern, die reich an fossilen Rohstoffen sind. Nigeria, Angola, Algerien, Ägypten, die Republik Kongo, Gabun und Ghana sehen sich alle mit der Aussicht auf sinkende Einnahmen im Energiesektor konfrontiert, was sich destabilisierend auf die Wirtschaft auswirken wird. Zur Umstellung auf grüne Energie und zur Unterstützung einer wirtschaftlichen Diversifizierung werden sie Finanzmittel benötigen. Folgendes sollte in Erwägung gezogen werden:
 - a) Die Erhebung von Sondersteuern für globale Energieriesen, um Investitionen in von fossilen Brennstoffen abhängigen Volkswirtschaften zu fördern und deren Strukturwandel zu unterstützen. Die EU hat zwar vor kurzem eine solche Steuer als vorübergehende Maßnahme eingeführt, sollte sich aber bei der G20, der G7 und den Vereinten Nationen für die Initiative einsetzen, um diese Modalität im multilateralen Rahmen zu fördern.¹¹⁷
 - b) Italiens bilaterales Programm zur Unterstützung der Diversifizierungsbemühungen Algeriens könnte als Team-Europe-Ansatz ausgeweitet werden.
- Unterstützung von Forschung und Entwicklung und Anreize für Investitionen in CRM-reichen Ländern. Letzteres erfordert Partnerschaften, die über die Gewinnung von CRM und die Energieversorgung hinausgehen.

- a) Ein gutes Beispiel für den Aufbau von Industrien und die Unterstützung von Forschung und Entwicklung, die an die Bedingungen in Afrika angepasst sind, ist die Partnerschaft zwischen dem deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung und zwei der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) Afrikas – der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS) und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) – bei der Erforschung des Potenzials für die Produktion von grünem Wasserstoff.¹¹⁸
- b) Technische Unterstützung bei der Ausarbeitung der gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen und Mapping, das zur Vorbereitung auf ausländische Direktinvestitionen erforderlich ist, um die immer wieder auftretenden Kapazitätsprobleme zu lösen.
- Unterstützung des Ausbaus von Kapazitäten in Ländern, die sich im Umbruch befinden: Marokko zum Beispiel hat erhebliche Investitionen in die Solarproduktion getätigt. Diese Länder streben Investitionen in die Infrastruktur an und benötigen Unterstützung beim Ausbau der Kapazitäten für erneuerbare Energien, Speicherung und Verteilung in Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern. Das Abkommen über eine „Grüne Partnerschaft“ zwischen Marokko und der EU (2022), das sich mit Klima und Energie, nachhaltiger Wirtschaft und Umwelt befasst, ist ein Modell für die mögliche Zusammenarbeit.
 - Nutzung des EU-Ansatzes der Klimagerechtigkeit und Unterstützung von Maßnahmen, um auf die besonderen Herausforderungen von gefährdeten und marginalisierten Gruppen in energiearmen Ländern zu reagieren. Diese Länder benötigen verschiedenartige Unterstützung, abzielend auf die verstärkte Einführung kostengünstiger Energiespartetechnologien, die für eine größere Wirkung skaliert werden könnten. Die Unterstützung von Haushalten bei der Verringerung der Energiearmut, die Entwicklung von Programmen, die auf Mädchen und Frauen zugeschnitten sind, um ihre Energiearmut und Gesundheitsrisiken zu verringern, und die Ausbildung von Aktivist:innen in den Gemeinden, die in der Lage sind, Informationen über nachhaltige und gerechtere Energielösungen an Haushalte, insbesondere die arme Landbevölkerung, weiterzugeben, gehören zu den kleinen, aber wirkungsvollen Initiativen, die von der EU in Betracht gezogen werden sollten.¹¹⁹

4. Mehr konzessionäre Finanzierung und innovative Instrumente durch EIB und EBWE

Die Herausforderungen, vor denen die Entwicklung Afrikas steht, wurden bereits beschrieben. Die steigenden Kapitalkosten verschärfen die schwie-

rige Situation noch.¹²⁰ Reiche Länder nehmen Kredite zu etwa 2 bis 4 Prozent auf, während die Spanne für Entwicklungsländer bei 12 bis 14 Prozent aufwärts liegt. Auch die Finanzierung klimabezogener Anpassungsmaßnahmen für afrikanische Länder stößt auf mehrere Hindernisse. Dazu zählt nicht zuletzt die Tatsache, dass die Rendite privater Investitionen gering ist, so dass mehr öffentliche Mittel erforderlich sind. Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen und fiskalischen Umfeldes, in dem sich Afrika befindet, ist es unerlässlich, die öffentlichen Mittel durch externe öffentliche und private Finanzmittel zu ergänzen.¹²¹

- Überprüfung von Instrumenten und Kreditvergabepolitik der EIB und der EBWE: Im Jahr 2020 flossen nur 10 Prozent der Klimafinanzierung der EIB und 14 Prozent der EBWE in die Anpassung an den Klimawandel.¹²² Die externe öffentliche Finanzierung in diesem Sektor wurde hauptsächlich in Form von Darlehen bereitgestellt, was ein Problem darstellt angesichts der Tatsache, dass viele Länder als schuldengeplagt eingestuft wurden. Darüber hinaus diskriminiert die EIB Länder mit niedrigem Einkommen, da sie sich bei ihrer Kreditvergabe auf Länder mit mittlerem Einkommen konzentriert.¹²³ Eine Erhöhung des Umfangs und der Mischung von Zuschüssen und konzessionären Finanzierungen zur Abmilderung der Kostenbelastung durch die grüne Wende in Afrika ist von entscheidender Bedeutung.
- Finanzierungsprogramme für grünes Wachstum, KMU und Arbeitsplätze mit Schwerpunkt auf Jugend, Frauen und Mädchen: Das jüngste OECD-Forum zu grünen Finanzen und Investitionen schlägt vor, dass größere multilaterale Entwicklungsbanken wie die EIB, eine Rolle bei der Mobilisierung privater Finanzmittel spielen sollten. „Zur Finanzierung des nachhaltigen Wandels sollte eine Vielzahl von Finanzinstrumenten entwickelt werden, die über die Fremdfinanzierung hinausgehen, zum Beispiel durch Exportkredite, Eigenkapital, Garantien und Finanzierungen in Landeswährung.“¹²⁴ Klimafinanzierungsmechanismen und Entwicklungsfonds der EU und der EIB sind gut geeignet, um zusätzliche Finanzmittel über die Nationalen Klimabeiträge, die Nationalen Anpassungspläne und die Pläne zur Bewertung des technischen Bedarfs der afrikanischen Länder zu unterstützen und zu mobilisieren.

Die Afrikanische Investitionsplattform für Wasservorhaben (AIP) ist ebenfalls ein finanzierungsfähiges Programm. Das Programm integriert Wasserressourcen, SDG7-Investitionen, Klimaresilienz, transformatives Handeln zugunsten von Geschlechtergerechtigkeit und grenzüberschreitende Wasserkoooperation in einer Finanzierungseinheit.¹²⁵ Wassereffiziente Technologien und das Sammeln von Wasser in kleinem Maßstab gehören zu den

Ansätzen für praktische Investitionen in kleinerem Umfang. Mit diesen lässt sich die Entwicklung des Privatsektors fördern, einschließlich der Finanzierung von Basisorganisationen. Solche Initiativen kommen den am meisten gefährdeten Gemeinschaften und Ökosystemen in Afrika zugute.

- Unterstützung der Kapazität des afrikanischen Pools für Katastrophenrisiken (ARC): Der Katastrophenrisikopool der AU zielt darauf ab, klimabedingte Katastrophen abzudecken. In vier Jahren hat der ARC 36 Millionen US-Dollar zur Unterstützung von Ländern ausgezahlt, die von Dürre betroffen waren.¹²⁶ Die für Afrika zur Verfügung stehenden Finanzmittel für klimabedingte Risiken sind jedoch unzureichend. Daher wurde die neue Extreme Climate Facility eingerichtet. Sie soll gemischte Mittel aus dem privaten und dem öffentlichen Sektor für Länder bereitstellen, die verstärkte Anpassungsmaßnahmen am dringendsten benötigen. Dies ist ein afrikaspezifisches Instrument, das Unterstützung verdient.
- Entwicklung von Partnerschaften zwischen der EIB und globalen gemeinnützigen Organisationen: Solche Partnerschaften bieten Kreditgarantien, die es den Ländern ermöglichen, die Kreditkosten zu senken und die Ersparnisse in das Management von Ökosystemen und Beständen zu investieren, die durch den Klimawandel gefährdet sind. Auf diese Weise unterstützen sie die Lebensgrundlagen und die lokalen Gemeinschaften. Ein gutes Beispiel für eine solche Einrichtung ist die Barbados Blue Bond Initiative. Im Oktober 2022 emittierte Barbados die weltweit erste Staatsanleihe mit einer Klausel, die eine Aussetzung der Zahlungen im Falle einer weiteren globalen Pandemie ermöglicht. Die Anleiheklauseln decken auch Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen, Tropenstürme und Erdbeben, ab. Die Anleihe von Barbados wird über eine Laufzeit von 15 Jahren zurückgezahlt. Zwar können die Zahlungen bei Bedarf zweimal für bis zu zwei Jahre ausgesetzt werden, die Anleihe kann jedoch nicht vollständig gekündigt werden.

Dank der Kreditgarantien von The Nature Conservancy und der Interamerikanischen Entwicklungsbank kann Barbados seine Kreditkosten im Vergleich zu der Anleihe, die sie ersetzt, um bis zu 40 bis 50 Millionen US-Dollar senken. Diese Einsparungen werden für den Schutz der Meeresökosysteme der Insel verwendet, die eine wichtige Rolle für den bedeutendsten Wirtschaftszweig des Landes spielen, den Tourismus. Dieser macht 40 Prozent des BIP und der Arbeitsplätze des Landes aus.¹²⁷ Bei der Ankündigung der Maßnahmen wies die barbadische Premierministerin Mia Motley auf den Nutzen solcher Anleihen hin. Sie verdeutlichte, dass diese den Entwicklungsländern eine gewisse Atempause während der laufenden Pandemie und der zahlreichen klimabedingten Katastrophen verschafften,

darunter die jüngsten großflächigen Überschwemmungen in Pakistan und die verheerenden Dürren in Afrika.

- Bereitstellung technischer Unterstützung für afrikanische Länder: Grüne, soziale, nachhaltige und nachhaltigkeitsorientierte (GSSS) Anleihen haben sowohl an Popularität als auch an Marktanteilen schnell zugenommen, sind aber stark auf die entwickelten Märkte konzentriert. Obwohl diese Anleihen großes Potenzial haben, den Ländern bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu helfen, werden nur sechs Prozent in ODA-Empfängerländern ausgegeben.¹²⁸ Als Hemmnisse werden unter anderem der Mangel an finanzierbaren Projekten, hohe Vorlaufkosten und technische Kapazitäten genannt.
- Finanzierungsmechanismen zur Mobilisierung von Kapital für die Natur aus dem Privatsektor: Die Weltbank hat eine Reihe von Investitionsmöglichkeiten identifiziert, die es ermöglichen, die Ziele des Klimawandels durch ökologisch und sozial nachhaltige Investitionen (ESG) in Naturlandschaften und Ökosysteme zu erreichen. Angesichts des Ausmaßes des Bedarfs im Vergleich zur aktuellen Wirtschaftslage verfügen die afrikanischen Länder nur über einen geringen finanziellen Spielraum, um ohne fremde Hilfe Initiativen zum Erhalt und Schutz von Ökosystemen zu finanzieren. Privatem Kapital kommt bei der Überbrückung der Finanzierungslücke eine wichtige Rolle zu. Eine Reihe von Fallstudien liefert praktikable Muster für eine Ausweitung in verschiedenen Teilen Afrikas. Dazu gehören: Debt for Nature Swaps (Seychellen), bei denen die Auslandsschulden des Landes im Austausch für Investitionen in den Meeresschutz refinanziert wurden. Die Erlöse aus der Umschuldung wurden an NGOs verteilt, die sich für den Schutz der Meere engagieren. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Einbeziehung von Frauen gelegt. Der Cubango-Okavango River Basin Fund (Angola, Namibia und Botswana) ist ein länderübergreifendes Ökosystemprojekt, bei dem Geber- und Wirkungsfonds kombiniert werden, um ESG mit Einkommensfinanzierungsmaßnahmen vollständig zu integrieren. Auf diese Weise sollen die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems und die Lebensgrundlagen im ländlichen Raum verbessert werden.¹²⁹

5. Einsatz für einen multilateralen Ansatz für die Entwicklung Afrikas

Die Herausforderungen, vor denen Afrika beim Thema Entwicklung steht, übersteigen die Möglichkeiten eines einzelnen Partners. Afrika braucht alle seine Freunde, um seine eigenen Anstrengungen wirkungsvoll verstärken zu können. Auf dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie wurde der Ruf nach einem „Marshallplan für Afrika“ laut. Heute wird ein Marshallplan

für die Ukraine in Erwägung gezogen. Afrika braucht heute mehr Unterstützung, nicht weniger, als auf dem Höhepunkt der Pandemie. Die Wende in Afrika würde von einem umfassenden Plan profitieren, der den Rahmen für einen robusten Prozess des Wandels zu einem kohlenstoffarmen Kontinent setzt und gleichzeitig gefährdete Gruppen schützt. Die Partner des Kontinents unterstützen alle eine unterschiedliche Art von Investitions- und Entwicklungszusammenarbeit. Eine größere Hebelwirkung könnte jedoch erzielt werden, wenn die Partner Afrikas die Bemühungen des Kontinents um ökologischen Wandel und eine kohlenstoffarme industrielle Entwicklung durch multilaterale Rahmenwerke unterstützten, die die bilateralen und regionalen Bemühungen ergänzen. Zu den Initiativen, die in Betracht gezogen werden sollten, gehören:

- Unterstützung eines regionsspezifischen, umfassenden Rahmens, der von Afrika entworfen wird. Unter der gemeinsamen Führung von EU und AU könnte die Koordinierung eines solchen Rahmens durch die UN und Sonderorganisationen, die Bretton-Woods-Institutionen, die AfDB, die EIB und die Asiatische Entwicklungsbank unterstützt werden.
- Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA bei der Energiewende in Afrika. Die Vorlage der im Oktober 2022 unterzeichneten Absichtserklärung zwischen der EU und den USA über die Zusammenarbeit zur Unterstützung von Projekten wie dem African Continental Power System Masterplan könnte auf andere Akteure ausgeweitet werden.¹³⁰
- Angleichung der multilateralen Zusammenarbeit im internationalen Finanzwesen: Der grüne Wandel bietet der EU und anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft auch die Gelegenheit, ihre Unterstützung und Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Finanzen abzustimmen. Zu den erforderlichen Schlüsselbereichen gehören die Standardisierung von Risikominderungsinstrumenten für Währungs- und Offtaker-Risiken sowie die Nutzung der Kapitalmärkte zur Kanalisierung institutioneller Investitionen. Zu den Beispielen für Innovation gehören: Der Energy Transition Mechanism mit dem Partnership Trust Fund, der von der Asiatischen Entwicklungsbank und den Mitgliedsländern in Asien und dem Pazifik in einer Partnerschaft mit Industrieländern, darunter Deutschland, eingerichtet wurde, unterstützt die Mitgliedsländer beim Übergang von der Kohle zu sauberer Energie. Südafrikas Übergang von der Kohle zum Beschaffungsprogramm für unabhängige Stromerzeuger aus erneuerbaren Energien (REIPPPP)¹³¹ wird ebenfalls durch eine internationale Partnerschaft unterstützt. Beide Modelle sind dahingehend hilfreich, andere Länder bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen zu unterstützen.

- Die Ausweitung des Prototyps der Just Energy Transition Partnership, an der die EU, Frankreich, Deutschland, die USA und das Vereinigte Königreich beteiligt sind, um Südafrika bei der Abkehr von der Kohle zu unterstützen, umfasst eine Mischung aus Zuschüssen, konzessionären Finanzierungen und Instrumenten zur Risikoteilung. Es soll private Finanzmittel mobilisieren und ist ein weiteres nachahmenswertes Modell der multilateralen Zusammenarbeit. Es deckt sowohl den Energiesektor als auch Elektrofahrzeuge und grünen Wasserstoff ab. Der „gerechte“ Ansatz soll sicherstellen, dass diejenigen nicht zurückgelassen werden, die am unmittelbarsten von der Abkehr von der Kohle betroffen sind wie Arbeiter, Gemeinden, Frauen und Mädchen.¹³²

6. Unterstützung einer multilateralen „grünen“ Bank auf Basis der Bridgetown-Initiative

„Um die Klimaziele zu erreichen, müssen die Länder des globalen Südens (außer China) bis 2025 mehr als 1 Billion US-Dollar und bis 2030 mehr als 2 Billionen US-Dollar pro Jahr für Anpassung und Abmilderung ausgeben – zwischen 4 und 7 Prozent ihres BIP.“¹³³ Zwar investieren die afrikanischen Regierungen bereits durchschnittlich 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Anpassungsmaßnahmen, einschließlich der Unterstützung der Landwirtschaft und der Programme zur Bekämpfung von Dürren, doch das reicht nicht.¹³⁴ Die Idee einer „Grünen Bank“ wird in verschiedenen Foren diskutiert. Sie sieht die Schaffung einer multilateralen Institution vor, die nachhaltige Projekte entwickelt, Finanzmittel mobilisiert und die Umsetzung von Projekten in Afrika und anderen Entwicklungsländern unterstützt. Die Institution würde Regierungen und private Anteilseigner umfassen. Die Stimmrechte wären gerecht verteilt und die Finanzierung stünde ausschließlich für umweltfreundliche Projekte zur Verfügung.

Mit dem Vorschlag werden in der Bridgetown-Initiative enthaltene Initiativen weiterentwickelt. Diese wurde von Barbados auf der 27. UN-Klimakonferenz vorgestellt. Der Plan, für den sich die Premierministerin von Barbados einsetzt, besagt, dass Länder nicht zwischen der Begleichung ihrer Schulden und der Verfolgung von Entwicklungszielen wählen müssen sollten: „So wie Großbritannien in der Lage war, langfristige Kredite aufzunehmen, um seinen Anteil am Ersten Weltkrieg zu finanzieren, und diese erst 2014 zurückzahlte, weil es die Rückzahlung inmitten anderer Ausgabenprioritäten nicht bewältigen konnte, sollten Länder mit niedrigem Einkommen ebenfalls nicht gezwungen sein, ihre Entwicklungsziele für Klimaausgaben zu opfern.“¹³⁵ Der Vorschlag sieht eine einmalige Zahlung des IWF in Höhe von 650 Milliarden Dollar vor. Mit diesem Geld könnte ein Treuhandfonds gegründet werden, der in eine zinsgünstige

Klimafinanzierung für Entwicklungsländer im Wert von 1 Billion US-Dollar umgewandelt werden soll. Die Initiative befürwortet eine Sondersteuer für Ölgesellschaften. Diese würde den auf der 27. UN-Klimakonferenz vereinbarten „Loss-and-Damage-Fonds“ unterstützen, der zur Finanzierung von Wiederaufbauhilfen für Entwicklungsländer nach einer klimabedingten Katastrophe eingesetzt werden soll. Die Rückzahlung der Schulden wird dabei für eine gewisse Zeit ausgesetzt. Die ausgearbeitete Initiative sollte auf der Frühjahrstagung der WB und des IWF (2023) in Washington DC vorgestellt werden.¹³⁶

7. Eine gerechte globale Klimasteuer erwägen

Die EU als globaler Vorreiter in Bezug auf ihre eigene Politik zur Erreichung einer kohlenstoffarmen Zukunft kann ihren beträchtlichen Einfluss in diesem Bereich geltend machen, indem sie sich für eine klimabezogene, gerechte globale Steuer als Mittel zur Beschaffung von Klimafinanzierung einsetzt. Immer mehr Stimmen fordern, dass unvorhergesehene Kapitalgewinne aus umweltschädlichen Industrien für fossile Brennstoffe zweckgebunden werden sollten (neben anderen Initiativen). Auf diese Weise könnten die finanziellen Hilfen für die Länder aufgestockt werden, die nach Lösungen für die Anpassung an die aktuellen Krisen und den Aufbau von Resilienz suchen. Dies könnte ihnen den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Zukunft erleichtern.

Der UN-Generalsekretär betont: „Die Industrie für fossile Brennstoffe kassiert Hunderte von Milliarden Dollar an Subventionen und unerwarteten Gewinnen, während die Haushaltsbudgets schrumpfen und unser Planet verbrennt. [...] Ich fordere heute alle Industrieländer auf, die Zufallsgewinne der Unternehmen für fossile Brennstoffe zu besteuern.“¹³⁷ In der Tat hat beispielsweise der Energieriese Shell kürzlich einen Rekordgewinn von 40 Milliarden US-Dollar für das Jahr 2022 bekannt gegeben, den höchsten in seiner 115-jährigen Geschichte.¹³⁸ Gezielt aufgestellte Fonds können einen Teil der Kosten des ökologischen Wandels in den afrikanischen Ländern abdecken. Dies steht im Einklang mit einem Dokument, das von einem Konsortium der ärmsten Länder der Welt im Vorfeld der 27. UN-Klimakonferenz veröffentlicht wurde – in der seit langem andauernden Debatte über die Finanzierung von klimabedingten Verlusten und Schäden. In diesem Dokument ist von einer „klima- und gerechtigkeitsorientierten“ globalen Steuer als Mittel zur Beschaffung von Finanzmitteln die Rede, einschließlich der Einnahmen aus der CO₂-Besteuerung (wie der CBAM der EU), einer Steuer auf Flugreisen und Abgaben auf Schweröle in der Schifffahrt.¹³⁹

Teil V: Schlussfolgerung

Es steht außer Frage, dass die Beziehungen zwischen der EU und Afrika für beide Seiten von großer Bedeutung sind. Und auch wenn schon oft eine Neuausrichtung der Beziehungen gefordert wurde – vielleicht war die Lage zu keinem anderen Zeitpunkt dringender. Die derzeitige globale Dynamik scheint eine solche Neuausrichtung erforderlich zu machen, womit ein Weg geebnet würde, der für beide Parteien von großem Wert sein wird. In der Tat könnten sich die Vorteile für die EU als strategisch wichtig erweisen, da sie die Folgen der Rivalität zwischen den USA und China bewältigen und gleichzeitig versuchen muss, ihre eigenen Interessen zu wahren. Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegen Russland haben das Tempo der globalen Zersplitterung in verschiedene Blöcke beschleunigt. Die Unterbrechung der globalen Lieferketten hat diese Spaltung weiter vertieft. Eine gesplattete Welt führt zu einer vielschichtigen Multipolarität. Diese bietet Afrika eine wachsende Auswahl an nicht-westlichen Allianzen und Partnerschaften mit Ländern und Regionen, deren Anteil an der globalen Produktion und am Wohlstand zunimmt.¹⁴⁰ Um angesichts der Erfordernisse dieser Zeit eine zweckmäßige Partnerschaft einzugehen, muss die EU die zunehmende strategische Bedeutung Afrikas als globaler Partner würdigen und sich als Partner positionieren, der Afrikas Zukunftsvision und die nachhaltige industrielle Entwicklung bei der Verwirklichung dieser Vision unterstützt. Dies setzt voraus, dass die EU-Politik zur Unterstützung der grünen Energiewende von lobenswerten Absichten zu konkreten Maßnahmen übergeht, die „schneller und intelligenter“ sind.

Afrikas CO₂-Fußabdruck ist zwar klein, aber die afrikanischen Länder sind besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die Reaktion der EU auf die grünen Subventionen des IRA der USA bietet eine Gelegenheit, Anreize für Investitionen von EU-Unternehmen in Afrika zu schaffen. Die Bemühungen um eine Abkopplung von China gehen weiter, angeführt von den Bemühungen der USA. Unternehmen suchen zunehmend nach Möglichkeiten, sich an den Initiativen „Local for Local“ und „Friendshoring“ zu beteiligen. Die Nähe Afrikas zu Europa bietet in dieser Hinsicht Chancen. Investitionen in den Bereichen ökologischer Wandel und Energie in Afrika werden sich mehrfach auszahlen. Durch derartige Investitionen werden die EU-Klimaschutzstrategien unterstützt, eine strategische Abkopplung von China ermöglicht, die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Unternehmen gegenüber ihren US-Konkurrenten gefördert, der Aufbau afrikanischer Expertise in neuen grünen Wachstumsindustrien sowie die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze unterstützt. Die EU muss jedoch be-

reit sein, Worten Taten folgen zu lassen, um die afrikanischen Ambitionen und Erwartungen an eine echte Partnerschaft zu erfüllen. Afrika hat andere Bewerber. Afrika braucht die EU, aber die EU braucht Afrika in gleichem Maße.

Eine Neuausrichtung der Beziehungen wird zudem mehr Gespräche und einen echten Dialog erfordern. Die EU spricht davon, die Bemühungen um eine „grüne Diplomatie“ zu verstärken. Diese können mit Afrika beginnen. Der EGD stellt Afrika vor Herausforderungen. Zur Abmilderung der gravierendsten müssen Modalitäten gefunden werden. Prinzipien der Gleichberechtigung und Klimagerechtigkeit müssen in den Beziehungen verankert werden, und diese müssen übergreifend sein. CBAM ist ein typisches Beispiel dafür. Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Afrikas Landwirte sind angesichts der Bedeutung des Sektors für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents von entscheidender Bedeutung. Ein guter Anfang sind Beratungen mit Afrika über die Modalitäten, durch die sichergestellt wird, dass das GG die grüne Wende in Afrika unterstützt. Länder mit niedrigem Einkommen benötigen höhere Zuschüsse und konzessionäre Finanzierung, besonders in diesen Zeiten. Und der Energiearmut in Afrika muss das gleiche Maß an Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zuteilwerden wie der Energiesicherheit in Europa.

Damit soll die Komplexität der grünen Energiewende nicht geleugnet werden. Die Spannungen zwischen kurzfristigen Erfordernissen und langfristigen Zielen der De-Karbonisierung, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst und durch die Auswirkungen einer anhaltenden globalen Pandemie noch verstärkt wurden, haben die Komplexität einer Beziehung erhöht, die schon zuvor nicht ohne Herausforderungen war. Die neu gestaltete Suche der EU und ihrer Mitgliedsstaaten nach fossilen Brennstoffen in Afrika als Ergebnis einer Abkehr von der Abhängigkeit von russischen Lieferungen wird besonders aufmerksam beobachtet. Grund ist die Sorge Afrikas, dass die Unterstützung der europäischen Energiesicherheit auf seine Kosten gehen wird. Afrika braucht in dieser Hinsicht Schutzmaßnahmen, ein Dialog ist erforderlich. Ein Mix aus nicht-erneuerbaren und erneuerbaren Energiequellen wird die Entwicklung Afrikas in einer noch zu bestimmenden Übergangszeit prägen. Immer mehr Menschen müssen aus der Armut befreit werden. Die Energielücken bleiben bestehen. Der ökologische Wandel in Afrika wird in mehreren Schritten erfolgen.

Diese Epoche der Uneinigkeit und Spaltung könnte durchaus der Moment sein, der den Raum und die Bedingungen schafft für einen dringend benötigten, ehrlichen Dialog über die Zukunft und die benötigten gemeinsamen Maßnahmen zur Schaffung beiderseitiger Vorteile – und zwar abseits

des stark „geskripteten“ Formats der EU-Afrika-Gipfel. Diesen wünschen sich sowohl Afrika als auch die EU. Eine Neuausrichtung der Beziehungen könnte eine wichtige Lektion vermitteln: Dass eine Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd möglich, wünschenswert und notwendig ist. Auf diese Weise kann ein neues Verhältnis zwischen Afrika und der EU formuliert werden: Ein partnerschaftliches Verhältnis der beiden Kontinente, mit einem neuen Modell der Zusammenarbeit, fußend auf Würde und gegenseitigem Respekt mit dem Ziel, in einer geteilten Welt Brücken zu bauen. Ein solches Ziel, in einer solchen Welt, wäre zweifelsohne erstrebenswert.

Engagement der Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika

Seit über 50 Jahren engagiert sich die Hanns-Seidel-Stiftung in der internationalen Zusammenarbeit und fördert rund 90 Projekte in über 70 Ländern weltweit. Afrika stellt dabei einen Schwerpunkt dar, wobei die entwicklungspolitische Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika im Jahre 1977 mit einem Projekt in Togo begann.

Afrika ist für Europa und Deutschland als unmittelbar an Europa angrenzender Anrainer des südlichen Mittelmeers einer der wichtigsten Partner in der europäischen und deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Hanns-Seidel-Stiftung will durch die Arbeit in den Ländern Afrikas in erster Linie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse beitragen. Der Klimawandel trifft den Kontinent besonders hart: Sowohl extreme Dürren und die damit einhergehende zunehmende Desertifikation der Sahelzone als auch Umweltkatastrophen fordern Tausende Todesopfer und entziehen Millionen von Menschen die Lebensgrundlage. Der Krieg in der Ukraine hat die Lage weiter verschärft. Ebenso wird Wasserknappheit ein immer wichtigeres Thema, während Bevölkerungswachstum und Industrialisierung einen massiven Anstieg des afrikanischen Energiebedarfs erkennen lassen.

Um diesen und anderen Herausforderungen gerecht zu werden, engagiert sich die Hanns-Seidel-Stiftung in Afrika mit konkreten Projektmaßnahmen, die auch den Klimaschutz und die Förderung der nachhaltigen Kreislaufwirtschaft betreffen. Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet am Kontinent in 17 Ländern mit Partnern zusammen. Beispielsweise fördert sie in Ägypten die Umsetzung nationaler Umweltstrategien, führt in der Demokratischen Republik Kongo seit über 20 Jahren Agroforstprojekte im Auftrag der EU durch, ermöglicht in Namibia ein EU-finanziertes Projekt zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung oder beschäftigt sich mit Fragen des Wassermanagements und der Förderung erneuerbarer Energien in Marokko. Für die internationale Projektarbeit war und bleibt der afrikanische Kontinent der bedeutendste Schwerpunkt.

Zudem fördert die Hanns-Seidel-Stiftung den Dialog zwischen Europa und Afrika, indem sie Fachdelegationen in Brüssel, Berlin und München empfängt, thematische Studien durchführt oder Expertenrunden und Veranstaltungen organisiert.

///

Liste der Abkürzungen

AEEP:	Afrika-EU-Energiepartnerschaft
AFCFTA:	African Continental Free Trade Area (Afrikanisch-Kontinentale Freihandelszone)
AIDA:	Accelerated Industrial Development for Africa Initiative (Initiative zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung in Afrika)
AIP:	Africa Investment Platform (Afrikanische Investitionsplattform für Wasservorhaben)
ARC:	African Risk Capacity (Afrikanischer Pool für Katastrophenrisiken)
BIP:	Bruttoinlandsprodukt
BRI:	Belt and Road Initiative (Neue Seidenstraßen-Initiative)
CAHOSCC:	Committee of the African Heads of State and Government on Climate Change (Ausschuss der afrikanischen Staats- und Regierungschefs zum Klimawandel) CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism (CO ₂ -Grenzausgleichssystem)
CCRDS:	Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (Strategie- und Aktionsplan für Klimawandel und widerstandsfähige Entwicklung)
CRM:	Critical Raw Materials (Kritische Rohstoffe)
EACOP:	East-Africa Crude Oil Pipeline (Ostafrikanische Rohöl-Pipeline)
EBWE:	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development)
ECOWAS:	Economic Community of West Africa States (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten)
EGD:	Europäischer Grüner Deal
EIB:	Europäische Investitionsbank
EK:	Europäische Kommission
ESG:	Environment, Social, Governance (Ökologisch und sozial nachhaltige Investitionen)
ETS:	Emissions Trading System (Emissionshandelssystem)
GAP:	Gemeinsame Agrarpolitik

GCF:	Green Climate Fund (Grüner Klimafonds)
GG:	Global Gateway
GSSS:	Green, social, sustainability, and sustainability-linked (Grün, sozial, nachhaltig und nachhaltigkeitsorientiert)
IEA:	Internationale Energieagentur
IRA:	Inflation Reduction Act (Gesetz zur Reduzierung der Inflation)
IWF:	Internationaler Währungsfonds
LDC:	Least Developed Countries (Am wenigsten entwickelte Länder)
LNG:	Liquefied Natural Gas (Flüssigerdgas)
NDCs:	Nationally Determined Contributions (Nationale Klimabeiträge)
NDICI:	Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument (Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit)
ODA:	Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit)
RECs:	Regional Economic Communities (Regionale Wirtschaftsgemeinschaften)
REIPPPP:	Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme (Beschaffungsprogramm für unabhängige Stromerzeuger aus erneuerbaren Energien)
SADC:	Southern Development Community (Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika)
SCO:	Shanghai Cooperation Organisation (Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit)
SDG:	Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung)
UfM:	Union für den Mittelmeerraum
WB:	Weltbank
WTO:	World Trade Organisation (WHO, Welthandelsorganisation)

Endnoten

- 1 Ishmael, Len (Hg.): A World Divided: A Multilayered, Multipolar World, in: Aftermath of War in Europe. The West vs. the Global South?, Policy Center for the New South, 2022.
- 2 Wheatley, Jonathan: World Bank Warns on Poorest Countries' Debt, in: Financial Times, Europa-Ausgabe, 7. Dezember 2022.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd.
- 5 Bericht des IWF und der Weltbank: Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course, https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity?cid=ECR_TT_worldbank_EN_EXT
- 6 Mehrere Länder sind bereits mit der Rückzahlung ihrer Schulden in Verzug geraten. Sambia war das erste Land, gefolgt von Mali und Sri Lanka. Ghana, Ägypten und Tunesien befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium der Gespräche mit dem IWF über Rettungspakete. Der ghanaische Zedi hat 2022 mehr als die Hälfte seines Wertes verloren, was es schwieriger macht, auf US-Dollar lautende Schulden zu bedienen. Am 5. Dezember 2022 warnte das Land die Inhaber von Staatsanleihen in lokaler Währung, dass sie mit reduzierten Kuponzahlungen rechnen müssten.
- 7 Die geschäftsführende Direktorin des IWF, Kristina Georgieva, und Weltbankpräsident David Malpass. Gespräch im Zuge der Herbsttagung 2022: The Way Forward: Addressing Multiple Crises in an Era of Volatility, 10. Oktober 2022, <https://live.worldbank.org/events/annualmeetings-2022-the-way-forward>
- 8 Ebd.
- 9 EEAS, Europa, Borrell, Joseph: Why European Strategic Autonomy matters, 3. Dezember 2020, https://www.eeas.europa.eu/eeas/why-european-strategic-autonomy-matters_en
- 10 Ishmael, Len (Hg.): The Trans-Atlantic Relationship: The Grand Alliance for the Western Led Liberal World Order. Important but no longer Enough to Shape the World, in: After the COVID-19 Pandemic. How Does the World Change?, Brüssel 2021.
- 11 Ishmael: A World Divided.
- 12 Afrikanische Union: African Union Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032), <https://au.int/en/documents/20220628/african-union-climate-change-and-resilient-development-strategy-and-action-plan>
- 13 Ebd.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Ebd.

- 24 Ebd. Der Aktionsplan wurde zusätzlich von einer Reihe von Organisationen unterstützt, unter anderem von der EU und dem EU-Mitgliedsstaat Schweden.
- 25 SDG7 ist Teil der in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen formulierten Ziele für nachhaltige Entwicklung. Es handelt sich um das Ziel, bis 2030 allgemeinen Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen zu sichern.
- 26 CGTN: 58.5 million children in Africa suffering from stunted growth, 10. Februar 2020, <https://newsaf.cgtn.com/news/2020-02-10/58-5-million-children-in-Africa-suffering-from-stunted-growth-NXaBbBYOSs/index.html>
- 27 Usman, Zainab / Abimola, Olumide / Ituen, Imeh: What Does the European Green Deal Mean for Africa?, Carnegie Endowment for International Peace, 18. Oktober 2021, <https://carnegieendowment.org/2021/10/20/navigating-opportunities-and-risks-of-european-green-deal-for-africa-pub-85579>
- 28 Ebd.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Afrikanische Union: African Union Climate Change.
- 33 Ishmael, Len: Beyond Aid. Making the EU Partnership with Africa, work for Africa, Hanns-Seidel-Stiftung Deutschland/Brüssel 2021, <https://www.hss.de/publikationen/ueber-entwicklungshilfe-hinaus-beyond-aid-pub1954/>
- 34 Ebd.
- 35 Marokkanischer Beamter, persönliche Mitteilung, Atlantic Dialogues, Marrakesch, Dezember 2022.
- 36 Europäischer Rat: Gipfeltreffen zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union, 17.-18. Februar 2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2022/02/17-18/>
- 37 AU: Die Afrika-EU-Partnerschaft, AEEP-Forum 2022: Advancing the Green gateway between Africa and Europe, 7. September 2022, <https://africa-eu-energy-partnership.org/aEEP-forum/>
- 38 Europäische Kommission, Global Gateway, Presseerklärung: EU and US Boost cooperation on Green Energy in Africa, 14. Oktober 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_6083
- 39 Die ILO betrachtet das Konzept der grünen Arbeitsplätze als Teil des Prozesses der Umwandlung von Volkswirtschaften, Unternehmen, Arbeitsplätzen und Arbeitsmärkten in eine nachhaltige, emissionsarme Wirtschaft mit menschenwürdiger Arbeit.
- 40 ILO: Green Jobs in Africa, <https://www.ilo.org/africa/areas-of-work/green-jobs/lang--en/index.htm>
- 41 ISPI (Italienisches Institut für Internationale Politische Studien): Does Europe's Bumpy Road to Energy Security Lead to MENA?, August 2022, <https://www.ispionline.it/en/pubblicazione/europes-bumpy-road-energy-security-heading-middle-east-35994>
- 42 Ebd.
- 43 Ebd.
- 44 Europäische Kommission, Presseerklärung: Grüne Partnerschaft zwischen der EU und Marokko, 22. Oktober 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6362
- 45 Afrikanischer Beamter, persönliche Mitteilung, Marrakesch, Dezember 2022.
- 46 ISPI: Does Europe's Bumpy Road to Energy Security Lead to MENA?

- 47 Europäische Kommission: Der europäische Grüne Deal, Brüssel. 11. Dezember 2019, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF
- 48 Ebd.
- 49 Ebd.
- 50 Ebd.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Rim, Berahab. Sanctions and Energy Supplies: Challenges and Opportunities for the Global South, in: *Aftermath of War in Europe. The West vs. the Global South?*, hrsg. von Len Ishmael, Policy Center for the New South, Dezember 2022.
- 54 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 55 Usman, Zainab / Abimbola , Olumide / Ituen, Imeh: Africa in the EDG: The Numbers at Stake. Navigating the Opportunities and Risks of the European Green Deal for Africa – Carnegie Endowment for International Peace, <https://carnegieendowment.org/2021/10/20/navigating-opportunities-and-risks-of-european-green-deal-for-africa-pub-85579>
- 56 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 57 Europäische Kommission, Presseerklärung: COP27: Europäische Union schließt strategische Partnerschaft mit Namibia zu nachhaltigen Rohstoffen und erneuerbarem Wasserstoff, 8. November 2022, https://ec.europa.eu/commission/press-corner/detail/en/ip_22_6683
- 58 Usman, Abimbola, Ituen: Africa in the EDG: The Numbers at Stake.
- 59 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 60 Dickens, Olewe: COP27: Uganda-Tanzania Oil Pipeline sparks Climate Row, in: *BBC News, Africa*, 4. Oktober 2022, <https://www.bbc.com/news/world-africa-63212991>
- 61 Afrikanische Union: Climate Change.
- 62 Ebd.
- 63 IEA: SDG7: Data and Projections. Access to Electricity, Leitbericht, April 2022, <https://www.iea.org/reports/sdg7-data-and-projections>
- 64 Dickens: COP27: Uganda-Tanzania Oil Pipeline sparks Climate Row.
- 65 Ebd.
- 66 Ebd.
- 67 Rim: Sanctions and Energy Supplies: Challenges and Opportunities for the Global South.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd.
- 70 Ebd.
- 71 Ebd.
- 72 Ebd.
- 73 Ebd.
- 74 Dickens: COP27: Uganda-Tanzania oil pipeline sparks Climate Row.
- 75 Afrikanischer Botschafter, persönliche Mitteilungen, Brüssel, November 2022.
- 76 Dickens: COP27: Uganda-Tanzania oil pipeline sparks Climate Row.
- 77 Ishmael: *Aftermath of War in Europe: West vs. the Global South?*

- 78 Verbelen, Kevin: The EU Carbon Border Adjustment Mechanism Amid Global Tensions. A Recipe for Disaster, in: *Aftermath of War in Europe: West vs the Global South?*, hrsg. von Len Ishmael, Policy Center for the New South. Dezember 2022.
- 79 Ebd.
- 80 Ebd.
- 81 Ebd.
- 82 Ebd.
- 83 Afrikanische Union: Climate Change.
- 84 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 85 Ebd.
- 86 ILO: Report on Employment in Africa: Tackling the Youth Unemployment Challenge, Genf 2020, https://www.ilo.org/africa/information-resources/publications/WCMS_753300/lang-en/index.htm
- 87 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 88 Ebd.
- 89 Ebd.
- 90 Afrikanische Union: African Union Climate Change.
- 91 McGrath, Matt: Climate Change: Hidden Emissions in liquid gas imports threaten targets, in: *BBC News. Science*, 3. November 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-63457377>
- 92 Ebd.
- 93 Ebd.
- 94 Ebd.
- 95 Verbelen: The EU Carbon Border Adjustment Mechanism.
- 96 Kommentare der Präsidentin der Europäischen Kommission, Dezember 2021, Birmingham, Finbarr / Nyabiage, Jevans: One year on, EU Alternative to China's Belt and Road fails to Delive, in: *South China Morning Post*, 31. Dezember 2022, <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3204431/one-year-eu-alternative-chinas-belt-and-road-fails-deliver>
- 97 Sol, Xavier (Counter Balance) / Sial, Farwa (Eurodad): The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway, <https://counter-balance.org/uploads/files/EU-global-gateway-report-FINAL.pdf>
- 98 Birmingham / Nyabiage: One year on.
- 99 Sial, Farwa / Benslama, Hamdi / Chikowore, Adrian: The Sixth EU-Africa Summit: Plenty of rehetoric, very little substance, Eurodad, 10. März 2022.
- 100 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 101 Kommentare der Präsidentin der Europäischen Kommission.
- 102 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 103 Eurodad: Das Europäische Netzwerk für Schulden und Entwicklung ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk von 58 Organisationen aus 27 europäischen Ländern. Counter Balance ist ein europäisches Konsortium von Entwicklungs- und Umwelt-NGOs.
- 104 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 105 Europäischer Rat, Presseerklärung: Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung), 28. November 2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/11/28/>

- 106 Ishmael, Len: Beyond Aid. Making the EU Partnership with Africa, work for Africa, Hanns-Seidel-Stiftung, Deutschland/Brüssel 2021, <https://www.hss.de/publikationen/ueber-entwicklungshilfe-hinaus-beyond-aid-pub1954/>
- 107 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 108 Sol / Sial: The Emperor's New Clothes.
- 109 Nedopil, Christopher: China Belt and Road Initiative (BRI), Investment Report H1 2022, Green Finance and Development Center, FISF, Fudan University Shanghai, Juli 2022, https://greenfdc.org/wp-content/uploads/2022/07/GFDC-2022_China-Belt-and-Road-Initiative-BRI-Investment-Report-H1-2022.pdf#page12
- 110 Fleming, Sam / Bounds, Andy / Hancock, Alice / Espinoza, Javier: Brussels Counters U.S. green subsidies with push to ease curbs on state aid, in: Financial Times Europa-Ausgabe, 31. Januar 2023.
- 111 Auf China folgen Südkorea, Frankreich, Schweden und die USA (Letztere an fünfter Stelle aufgrund des neuen Tesla-Werks in Berlin), Campbell, Peter / Dempsey, Harry: China Battery Makers' Clout Raises Fears in European Motor Industry, in: Financial Times, Europa-Ausgabe, 7. Dezember 2022.
- 112 Ebd. Mehr als 40 Prozent des Wertes eines Elektrofahrzeugs entfallen auf die Batteriekomponente. Das Land, das über die größte Produktionskapazität für diese Komponente verfügt, hat einen bedeutenden Anteil am Wert dieser neuen Industrie. Dieses Land ist China.
- 113 Ebd.
- 114 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 115 Ebd.
- 116 Ebd.
- 117 Im September 2022 kündigte die EU eine befristete Sondersteuer auf Zufallsgewinne von Produzenten fossiler Brennstoffe an, die in den Jahren 2022 oder 2023 erzielt werden.
- 118 Afrikanische Union: African Union Climate Change.
- 119 Ebd.
- 120 Die derzeitige Praxis der OECD-Länder, einschließlich der EU-Mitgliedsstaaten und der USA, sich gegenseitig ihre Schulden durch Staatsanleihen abzukaufen, entzieht den Kapitalmärkten Liquidität und verteuert das Kapital für Entwicklungsländer erheblich.
- 121 Auf die Entwicklungsländer entfallen 60 Prozent der weltweiten Produktion und 70 Prozent des weltweiten Energiebedarfs. Sie beherbergen einen wachsenden Anteil der Weltbevölkerung, erhalten aber nur 10 Prozent der ökologisch und sozial nachhaltigen Investitionen (ESG) und 14 Prozent der weltweit ausgegebenen grünen Anleihen.
- 122 OECD-Forum zu grünen Finanzen und Investitionen 2022, Oktober 2022, <https://www.oecd-events.org/oecd-forum-on-green-finance-and-investment/>
- 123 Usman, Abimola, Ituen: What Does the European Green Deal Mean for Africa?
- 124 Ebd.
- 125 AU, Afrika-EU-Energiepartnerschaft: Advancing the Green Gateway between Africa and Europe. AEEP-Forum 2022.
- 126 Afrikanische Union: Climate Change.
- 127 Jones, Marc: Barbados Issues World's First Pandemic-protected Bond, September 2021, <https://www.reuters.com/world/americas/barbados-issues-worlds-first-pandemic-protected-bond-2022-09-21/>
- 128 OECD-Forum zu grünen Finanzen und Investitionen 2022, Oktober 2022.
- 129 Ebd.

- ¹³⁰ Europäische Kommission, Presseerklärung: Global Gateway: EU und USA intensivieren Zusammenarbeit für grüne Energie in Afrika, 14. Oktober 2022, <https://europeansting.com/2022/10/17/global-gateway-eu-and-us-boost-cooperation-on-green-energy-in-africa/>
- ¹³¹ Das REIPPP zielt darauf ab, die Megawattkapazität des Landes für das Stromnetz durch Investitionen des privaten Sektors in Wind-, Biomasse- und kleine Wasserkraftprojekte zu erhöhen. Durch das Eastern-Cape-Programm wurden seit dessen Einführung 18.132 Arbeitsplätze geschaffen.
- ¹³² Pickard, John / Hook, Lenard / Cotterill, Jack: Western Nations agree \$8.5 billion deal to help South Africa decarbonize, in: Financial Times, 2. November 2021.
- ¹³³ Ghanem, Hafez: The World Needs a Green Bank, Kurzbeschreibung, Policy Center for the New South. 1. Februar 2023.
- ¹³⁴ Ebd.
- ¹³⁵ Osborn, Catherine: The Barbadian Proposal Turning Heads at COP27, Außenpolitik, wöchentlicher Bericht über Lateinamerika, 11. November 2022, <https://foreignpolicy.com/2022/11/11/cop27-un-climate-barbados-mottley-climate-finance-imf/>
- ¹³⁶ Es wird berichtet, dass der US-amerikanische Klimabeauftragte John Kerry die Initiative unterstützt, ebenso wie der französische Präsident und die geschäftsführenden Direktoren von IWF und Weltbank, die zusammen mit anderen die „moralische Klarheit“ der Premierministerin gelobt haben. Initiativen wie diese sollten von der EU in anderen multilateralen Gremien wie der G7, der G20 und auf der COP28 im Jahr 2023 unterstützt werden.
- ¹³⁷ UN Chief: Tax Fossil Fuel Profits for Climate damage, in: BBC News, Science, 20. September 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-62970887>
- ¹³⁸ Jack, Simon / Edser, Nick: Shell reports highest profits in 115 years, in: BBC News, 2. Februar 2023. <https://www.bbc.com/news/uk-64489147>
- ¹³⁹ Ebd.
- ¹⁴⁰ Ishmael, Len (Hg.): A World Divided: A Multilayered, Multipolar World, in: Aftermath of war in Europe. The West vs. the Global South?, Policy Center for the New South, Dezember 2022.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer
Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen
Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europä-
ischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des
Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“:
Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung –
eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen

- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz,
Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems –
eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit –
Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen
als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse

- Nr. 54 Verwirrspiel Rente –
Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebens-abend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft –
Ergebnisse einer Umfrage in Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran – Die systemkritische iranische
Reformtheologie und der christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen
- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU:
Aussichten für die Zukunft –China’s Silk Road Initiative
and the European Union: Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen
für den europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)

- Nr. 81 Mit KI gegen die Pandemie?
Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
- Nr. 82 Das Kreuz mit der Neuen Rechten?
Rechtspopulistische Positionen auf dem Prüfstand
- Nr. 83 Wie aus Vertreibung Versöhnung wurde – 75 Jahre Kriegsende und
70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- Nr. 84 Salafismus in Deutschland und Bayern – Ein Problemaufriss
- Nr. 85 Agitation von Rechts – QAnon als antisemitische Querfront
- Nr. 86 Freiheitsgrundrechte in Zeiten von Corona
- Nr. 87 Politik und Parteiensystem in Bayern im Spannungsfeld von Corona und
Bundestagswahl – Untersuchungsbericht
- Nr. 88 Kinderschutz stärken –
Prävention und Bekämpfung von sexuellem Kindesmissbrauch
- Nr. 89 Über Entwicklungshilfe hinaus – Die EU-Strategie mit Afrika zum
Nutzen für Afrika (deutsch und englisch)
- Nr. 90 Kultur im Kampf gegen Corona
- Nr. 91 Die Zukunft der deutschen militärischen Luft- und Raumfahrt –
Herausforderungen und Handlungsoptionen
- Nr. 92 EU-Unterstützung für die Zivilgesellschaft und gute Regierungsführung –
Trends und Herausforderungen (deutsch und englisch)
- Nr. 93 Der neue Deutsche Weg –
Für eine Neuordnung der Prostitutionsgesetzgebung
- Nr. 94 Gesundheitsdaten nutzen!
Für eine patientenwohlorientierte Versorgung von morgen
- Nr. 95 Innovationen für die Zukunft –
Perspektiven für den Wissenschaftsstandort
- Nr. 96 Polizistinnen und Polizisten besser schützen
- Nr. 97 Geopolitische Machtverschiebungen im Balkanraum
- Nr. 98 Die Beziehungen zwischen der EU und Afrika:
Energiefragen und die grüne Wende in Krisenzeiten –
Ein neues Modell der Zusammenarbeit
(deutsch und englisch)

aktuelle analysen | 98



Hanns
Seidel
Stiftung

EU-Africa Relations

Energy and the Green Transition in an Era of Crises

Len Ishmael

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-624-0
Publisher	Copyright 2023, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstr. 33, 80636 Munich, Phone +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Chairman	Markus Ferber, MdEP
Secretary General	Oliver Jörg
Editorial Office	Barbara Fürbeth (Head of Office) Susanne Berke (Editor) Verena Hausner (Editor) Dietrich John (Editor) Michelle Wiesner (Editor)
Responsible person for the purpose of (German) press law	Susanne Hornberger (Communication and Public Relations)
Cover Layout	Gundula Kalmer, Munich
Print	Joh. Walch GmbH & Co. KG, Augsburg
Note	The views and opinions expressed in this text are those of the author and do not necessarily reflect the official policy or position of Hanns Seidel Foundation.

All rights reserved, especially the right of reproduction, distribution and translation. No part of this work is permitted (by photocopy, microfilm, or another process) to be reproduced or processed, duplicated or distributed using electronic systems without written authorization by the Hanns-Seidel-Stiftung e.V. The copyright for this publication holds the Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

EU-Africa Relations

Energy and the Green Transition in an Era of Crises
A New Model of Cooperation

PREFACE



Markus Ferber, MdEP
Chairman of
the Hanns-Seidel-Foundation

The EU and Africa are putting their cooperation on a new footing. At the most recent Summit between the European Union and the African Union on 17-18 February 2022, leaders declared a “joint vision for 2030”. A key aspect of this common approach foresees greater investments in the domain of energy and the green transition in the framework of the Africa-Europe Investment Package of up to 150 billion euros, as part of the EU’s Global Gateway strategy. These efforts build on the European Commission’s Africa strategy of March 2020, which proposed closer future relations based on five partnerships:

- 1) for green transition and energy access
- 2) for digital transformation
- 3) for sustainable growth and jobs
- 4) for peace and governance and
- 5) on migration and mobility. The present study deals with the first domain, i.e. the green transition and energy.

Since the 2022 EU-AU Summit, however, the world has changed dramatically. Russia's war of aggression against Ukraine has fundamentally disrupted global energy markets. While Europe is ending its decade-long dependence on Russian fossil fuels, it is entering new partnerships with other actors, many of them in Africa, to secure energy supplies. Africa has the richest solar resources worldwide and holds enormous capacities for green hydrogen. For African countries, renewed interest from Europe in both fossil and renewable fuels and greater possibilities for investments in the context of the green transition offer significant potential – a desired path to industrialisation and the creation of green jobs.

However, important challenges remain. The war in Ukraine has added yet another crisis to the already difficult context of a global pandemic, combined with a climate crisis underway, with Africa paying a disproportionate part of the price. African needs must be considered on an equal level. For example, almost half of all Africans lack electricity access in their homes and energy poverty is an issue that must be addressed. Furthermore, intra-African diversity requires a more differentiated approach to understand and address existing challenges and opportunities.

In an increasingly fractious geopolitical landscape, Africa and the EU need each other. In this context, the present study provides valuable background information and suggestions. It analyses the needs and interests of both the EU and Africa, discusses existing policies and instruments, and provides numerous recommendations as to how to adapt and develop them in order to better cooperate in climate and energy policy, unlocking mutual benefits.

I wish you an interesting read.

///

Contents

Executive Summary	8
Part I: Setting the Stage	12
1. Pandemic, War and a Fractious Geopolitical Landscape	12
2. Africa’s Challenges: Agenda 2063 and the Paris Agreement	15
2.1 The Scale of the Problem for Africa	15
2.2 Attaining SDG 7	17
Part II: EU-Africa: Green Transition and Energy Policy Framework	20
1. The Green Transition Policy Framework	20
1.1 The AU-EU Partnership	21
1.2 MENA-EU Framework	22
2. The EU Green Deal	23
3. The EU Green Deal: Challenges and Risks for Africa	24
Part III: Risks and Challenges – Policy Conflicts put Relationship at Risk	26
1. Africa’s Energy Poverty versus EU’s Energy Security: Same Urgency, Equal Treatment?	26
2. Africa and Europe: Different Entry Points to a Low Carbon Future	26
3. Policy Conflicts and Stranded Assets	27
4. Inadequate Financing for Renewables	28
5. CBAM in the Face of EU “Green Diplomacy”	29
6. EGD – Problems for Agriculture	30

7. Technology Sharing and Transfer Frustration	30
8. Climate Financing and Official Development Assistance need De-Linking	30
9. LNG: Increasing Environmental Pollution Costs	31
10. The Importance of Dialogue in “Green Deal Diplomacy”	32
11. The Global Gateway – Less Rhetoric Real Actionn	32
Part IV: Recommendations for Resetting the Partnership: Opportunities in an Era of Volatility	34
1. Reposition the Global Gateway	35
2. Incentivise Investments in Africa	36
3. Adopt Differentiated Policies and Strategies for Africa’s Green Transition	37
4. More Concessionary Finance and Innovative Instruments by EIB und EBRD	38
5. Champion a Multilateral Approach to Africa’s Development	41
6. Support a Multilateral Green Bank Built on the Bridgetown Initiative	42
7. Consider a Climate Related and Justice Based Global Tax	43
Part V: Conclusion	44
The Work of the Hanns Seidel Foundation in Africa	46
List of abbreviations	47
End Notes	49



Ambassador, Dr. Len Ishmael

Ambassador Dr. Len Ishmael is a Senior Fellow and Distinguished Visiting Scholar of the German Marshall Fund of the United States of America and a Senior Fellow of the Policy Center for the New South. She is the Global Affairs Advisor of the Brussels Diplomatic Academy and visiting Professor of the Vrije Universiteit Brussel, and the Mohammed 6 University, Morocco. Dr. Ishmael also is the author and editor of several publications on the Global South, Geopolitics, Africa-EU relations, China, and the Trans-Atlantic relationship.

EU-Africa Relations

Energy and the Green Transition in an Era of Crises
A New Model of Cooperation

Executive Summary

Report Objectives

This report presents an analysis and recommendations regarding EU-Africa relations with a focus on the green transition and energy, the first priority area of the EU's Comprehensive Strategy with Africa. It aims at identifying the areas in climate and energy policy in which jointly owned cooperation is possible, and how the partnership, ultimately, can unlock mutual benefits. Specifically, the report examines global challenges presented by this particular period of unprecedented climate, economic and geopolitical crises against which policies aimed at supporting the green transition in Africa and the EU are being implemented, and the effects of these on EU-Africa relations.

The report explores the different paths by which Africa and the EU seek to attain a low carbon future, and the reality of a variable transition in African countries which must be both managed and supported. The challenges and risks which the EU Green Deal pose for Africa, and how these might be managed while observing principles of climate justice and equity, are also discussed; so too are the perceptions of the relationship and the challenges which must be navigated in the process of resetting the partnership in this era of particular volatility and change. The report's main findings and recommendations are presented below.

Main Findings

1. Conditions have changed considerably since July 2019, when the European Union first unveiled its ambitions for the European Green Deal (EGD) charting the bloc's transition to a low carbon future. Three years later, implementation of actions relative to the EDG face a very different contextual landscape, imparting a sense of urgency to both parties. For the EU, urgency in securing energy supplies away from the decades-long reliance on Russia is an imperative. For Africa, there is urgency too. Countries face dire economic conditions after three years of pandemic and war. Many are debt distressed. The green energy transition holds the promise of a future which the continent has long desired, that of a clear path to comprehensive industrialisation. But, they are weary; all too often, the wealth of the continent's resources has been stripped away without securing the development which Africans need and want.

2. Energy poverty in Africa is a reality and must be equated the same level of attention and urgency as Europe's energy security. Nearly half of all Africans lack electricity access in their homes; 80 percent of African companies face regular disruptions to electricity supplies. Should current trends continue, more people will be without access to electricity by 2030 than at present. Investments of \$500 billion are needed between 2015 – 2030, but that target remains elusive.
3. The EU's renewed interest in African fossil fuels is at odds with its policy to accelerate the transition to green energy. This poses a perception of conflict in the minds of African partners resulting in charges of EU hypocrisy and double standards. It has also raised concerns in Africa on the matter of stranded assets. In addition, rising oil and gas prices are creating distortions in the energy market, and concerns have been raised that they will further incentivise investments in fossil fuels and reverse, rather than accelerate, the path towards a decarbonised future.
4. Several new EU policies, including the Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) and Farm to Fork coupled with already existing EU subsidies to farmers, disadvantage Africa, not least because of the effects on African countries' preferential access to the EU market which is vital, given the value of agriculture to African economies. But these also come at a time when Africa is being pursued as a partner in the EU's search for additional supplies of fossil fuels to aid its energy security, perpetuating the impression of unequal treatment of EU interests versus Africa's. In addition, the €150 billion investment package EU-Africa Global Gateway (GG) has come in for much criticism from both European and African stakeholders alike, as lacking in transparency and inclusion, and failing to provide clarity with respect of projects which have been or are being funded.
5. While Africa's carbon footprint is small, African countries are on the front line of the effects of climate change, yet low income countries requiring higher levels of grants and concessionary financing are discriminated by European Investment Bank (EIB) procedures, and greater shares of EU climate finance are being integrated into official development assistance (ODA).
6. Supporting Africa's ambitions to a low carbon industrialised future, is a strategic win for the EU. Led by US efforts, decoupling from China continues, and companies are increasingly exploring opportunities to engage in "friend shoring". Africa's proximity to Europe provides opportunities in this regard. Investments in Africa will support EU climate

action objectives and enhance EU decoupling from China in strategic industries, while aiding competitiveness versus US firms. A stable and prosperous Africa serves African and EU interests. However, the EU will need to move from rhetoric to action in meeting African ambition and expectations of a genuine partnership.

Recommendations

1. Redefine the EU-Africa GG development mandate, publish lists of projects and financing allocated, enhance transparency in governance arrangements and enable equal ownership which includes European and African stakeholders.
2. Incentivise investments in mineral rich African countries by EU companies as part of the EU's countermeasures to the US Green subsidies contained in the Inflation Reduction Act. Ensure Africa's inclusion in discussions around new technologies, early stage research and standards setting. Deploy EU climate research funds such as the €95.5 billion Horizon Europe Programme to seed green technology research and skills training, adapted and suited to Africa's environment and development priorities.
3. Develop a framework of differentiated policies and strategies for the green transition in Africa specifically targeted to the varying resource endowments, needs and capabilities of the continent.
4. Increase the share of grants and concessionary financing, and review the lending policies of EIB and ERBD to support the climate-related needs of low-income countries in Africa. Consider mechanisms to leverage private sector capital for nature and ecosystem management. Finance programmes for green growth SMEs and jobs with a focus on youth, women and girls. Support African Countries Nationally Determined Contributions and Adaptation Plans.
5. Complement EU efforts with a multilateral approach to Africa's development. Support an African-led comprehensive framework for enabling the green transition supported by the UN, World Bank, IMF and other multilateral institutions and Africa's other global partners. Align multilateral cooperation in international finance to standardise risk mitigation instruments for currency and off-taker risks, and the use of capital markets to channel institutional investments to support Africa's transition to green energy.

6. Support creation of a multilateral Green Bank built on the Bridgetown Initiative with seed capital from the IMF and windfall taxes on oil companies to support the Loss and Damage mechanism agreed at COP27.
7. Champion a Climate Related and Justice based Global Tax on airline travel, and heavy oils used in shipping with contributions from carbon taxes (such as CBAM) to augment the pool of financing available to countries for adaptation and resilience building solutions, and the transition to a low carbon future.

Part I: Setting the Stage

In this era of polycrises, a global pandemic and a war in Europe against the backdrop of the climate crisis already underway, one gets a sense of urgency for both parties to the European Union (EU) – Africa Partnership, around the issue of energy and the green transition. For the EU, there is urgency in securing energy supplies away from the decades-long reliance on Russia – while at the same time accelerating the pace of transition towards a low carbon future. This urgency has pitted long-term goals against short-term imperatives, and has raised concerns in Africa. Africa too, faces this era of discord and disruption with urgency and weariness: urgency, because the green energy transition holds the promise of a future which the continent desires – that of a clear path to industrialisation and with it, the creation of “green” jobs to meet the demand of a growing labour force – and there is a sense that this moment must be seized.

But this requires that Africa’s partners, including the EU, are aligned with both that vision and the actions required to support it. Hence the reason for weariness. Too often, the wealth of Africa’s resources has not translated into the development which Africans need, and Africa remains the world’s most underdeveloped continent. One senses, though, an Africa seized with greater resolve regarding the future that it needs and wants, and the opportunities which lie ahead. The quest for the EU’s energy security underscores and deepens the urgency of responding to Africa’s enduring energy poverty. Accommodating mutual wins for Africa and Europe will test the relationship, but this new period of relations, and the conditions within which it plays out, holds the potential to reset the partnership to one which is genuine, and fair. In this fractious geopolitical landscape Africa needs all of its friends, so too, does the EU.

1. Pandemic, War and a Fractious Geopolitical Landscape

Few could have anticipated the looming disruptions to all aspects of everyday life in July 2019, when the EU first unveiled its ambitions for the European Green Deal (EGD). The EU’s quest to play a leading role in addressing the climate crisis, was presented in a raft of initiatives ranging from new standards for energy, resource use and efficiency; the development of new technologies, and the creation of future markets. Together these chart the EU’s transition to a low carbon, sustainable future, and represent the EU’s vision for its future and the quality of the relationships which it supports through various partnerships. Policies and instruments will permeate all

aspects of EU economic life, and that of its citizens. These will affect, not only the EU's internal markets and way of life, but, some, such as the Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), will affect the partners with whom it trades. In its external dimension the EGD, de facto, sets guidelines for Europe's relations with Africa around the green transition and energy, one of the pillars in the EU's (2020) Comprehensive Partnership with Africa.

Some three years later, the conditions within which the EGD is to be implemented are considerably altered. A global pandemic, commencing as 2019 drew to a close, followed by a war in Europe as a result of Russia's invasion of Ukraine on February 24, 2022, have converged to create multiple shocks to the global economy. Global supply lines have been disrupted; for many countries inflation is at an all-time 40-year high; energy and food security are in peril. The World Bank (WB) has identified the world's three largest economies, those of the US, China and the EU, as having "stalled" during this period of crises.¹ Forecasts for global economic output were reduced to 3.2 percent in 2022, and to 2.7 percent in 2023.²

In several parts of the world, particularly the Global South, issues of sovereign debt and increasing poverty, loom large. This issue of debt is important given the considerable implications for the conditions within which the green transition is to take place. Before the Covid-19 pandemic, most African countries had fiscal deficits of over 3 percent,³ a situation which has deteriorated further as a result of both the pandemic and the war in Ukraine. Three years of soaring debt leaves little fiscal space within which to manoeuvre in the face of competing priorities including debt repayment, a continued response to managing the pandemic, and delivering on climate commitments linked to the Paris Agreement and the Sustainable Development Goals (SDGs).

African countries, while encouraged by the WB and International Monetary Fund (IMF) to borrow to finance COVID-19 recovery plans, received significantly less support than was needed, or expected. Instruments such as the Debt Service Suspension Initiative (DSSI) did not scale up to the levels needed. A group of 69 low, and middle-income countries, many in Africa, have made payments "of \$62 billion on public debt this year, a 35 percent increase from 2021."⁴ Their combined debts have grown from \$767 billion in 2019 to \$948 billion in 2021.⁵ Vital resources are diverted from critical spending on health, education, safe water, housing and social protection, putting vulnerable groups at greater risk.⁶ By the autumn of 2022, the WB estimated that nearly 60 percent of low-income countries were "at high risk of debt distress or already experiencing it."⁷

Africans view the war in Ukraine for which they are paying a disproportionate price, as not in their interest. It comes on the heels of the pandemic during which the widely anticipated leadership and support from rich, Western countries, did not materialise. Instead early support in the form of essential medical supplies and vaccines was provided by China, India and Russia, while European efforts, for instance in the context of the COVAX facility, came late. Disruptions to global value chains have only deepened further during the war, exacerbated by Western sanctions on Russia. For the EU, the US and Western allies, the war in Ukraine has catalysed a rejuvenated, values-based alliance against a common enemy. Most of the rest of the world, however, including the majority of countries in Africa, Latin America, Asia and the Middle East, have refrained from implementing sanctions on Russia. They are choosing – not to pick a side – in a conflict in which they have no part. Even the G20 is evenly split on this matter, along a North-South divide.⁸

The decision not to pick a side is also strategic. While the EU and US's share of global wealth and output continues to decline,⁹ that of the rest of the world – including Asian giants China and India, and regional actors such as Brazil, Indonesia, Turkey, South Africa and others, continues to expand. These countries are transforming economic wealth into political power on the global stage, providing a wider menu of choice for countries of the Global South.¹⁰ The latter are focused on balancing and accommodating bilateral and multilateral relationships in a manner which serves their own interests. “To hedge their bets and protect their interests, they are deepening their alliances in distinctly non-western multilateral groupings including the Shanghai Cooperation Organization (SCO) and the BRICS originally comprising Brazil, Russia, India, China and South Africa, but now expanded in a BRICS+ configuration.”¹¹

The world is being fragmented into two blocs aided by the effects of war and sanction regimes against Russia. In the process, globalisation, for decades the corner stone of global prosperity and stability, is being rolled back, as “de-swifiting” and “friend-shoring” become part of the new reality. The EU-Africa partnership is not isolated from the geopolitics of the day. The fractious and discordant state of relations between the West and much of the rest of the world, and the continent's enduring underdevelopment, have set the stage for Africa to be clearer about its interests in discussions with the EU on the matter of the green transition.

2. Africa`s Challenges: Agenda 2063 and the Paris Agreement

There is widespread agreement on the need to consider adaptation, resilience and mitigation efforts in response to the climate crisis, at the same time as planning for the green transition and a decarbonised or low-carbon future world. This implies a "whole economy" approach involving economic activities, infrastructure development, the use of land and raw materials, biodiversity and ecosystems, and the transition to energy efficient and resilient urban environments.

This approach is in keeping with that of the EU's EGD. For Africa, this is an opportunity to reconstruct its development paradigm away from the current status quo of heavy dependence on resource use and extraction, to one which is underpinned by principles of intergenerational sustainability, as well as ideals of equity, justice and inclusion. This requires that initiatives in support of Africa's future development are aligned with the continent's priorities. It also implies changes in the quality of the relationship between Africa and its partners, including the EU, away from a focus on purely extractive industries, towards those in which value is added. In preparing for this new era of industrialisation, Africa will need to act proactively in order to negotiate with its partners in a bid to secure its interests.

2.1 The Scale of the Problem for Africa

Africa is one of the world's regions most vulnerable to the effects of changing climate. This is due to the "continent's biophysical characteristics and diverse ecosystems, landscapes and weather systems" which are compounded by a series of socio-economic characteristics which exacerbate the continent's vulnerabilities.¹² With more than 17 percent of the world's population, Africa's contribution to greenhouse gas emissions is less than 4 percent. The President of Kenya, in his capacity as Coordinator of the Committee of the African Heads of State and Government on Climate Change (CAHOSCC), noted: "Africa's special needs and circumstances must be recognized and must inform climate support to our region. We need a quantum increase in climate finance and that finance must be easier to access. We need a greater focus on adaptation, including financing for adaption."¹³ The African Development Bank (AfDB) has projected that Africa will need investments of \$3 trillion to meet mitigation and adaption targets set in the continent's Nationally Determined Contributions (NDC's), by 2030.¹⁴

The UN State of the Climate in Africa Report (2019) estimates that climate change is costing the continent \$40 billion each year, until 2030.¹⁵ The death rate from climate change “is 60 – 80 percent higher than in the next vulnerable region (Southeast Asia) due to existing vulnerabilities and the weakened ability of Africa to adapt to the impacts of climate change.”¹⁶ The continent is also challenged by the effects of its high dependence on natural resources for development, a high degree of dependency on rain-fed agriculture, widespread poverty and inequality, high degrees of informal sector activity, lack of alternative livelihoods, low levels of education and skills, inadequate access to basic health care, and inequitable access to credit and financial resources.¹⁷ Sixty-five percent of the population depend on subsistence agriculture in food production; 54 percent of the projected increase in undernourishment globally will be in Africa.¹⁸ Africa’s population is also burgeoning. By 2050, the continent will hold 25 percent of the world’s population. Productivity in agriculture will need to increase by 50 percent to meet the food requirements of the population by 2050.¹⁹

The African Union (AU) Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032), (CCRDS), identifies sustainable domestic energy consumption and renewable energy generation as being key to achieving a low emissions and climate resilient future. While access to reliable and adequate electricity services is vital for economic development and securing social wellbeing and welfare, “nearly half of all Africans lack electricity access in their homes; 80 percent of African companies face regular disruptions to electricity supplies. Outside of South Africa, total energy generated must more than triple by 2030 to meet demand.”²⁰ While renewable energy sources are vital in meeting demand, and the continent has a wealth of renewable stocks, wind, solar, biomass and geothermal stocks contribute only 1 percent of supplies. Hydro generates 22 percent of supply in Sub-Saharan Africa, and while there is scope to scale up in this sector, investments of \$500 billion are needed between 201 – 2030.²¹ Biomass – mainly charcoal and wood – is the main source of domestic energy consumption across the continent, deepening environmental degradation effects and compromising health, especially in rural areas.

The AU’s CCRDS is aligned to several global frameworks including the UN’s Agenda 2030, the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction and the UN Convention for Biological Diversity. It is also aligned to continental frameworks including Africa’s Agenda 2063, and protocols, including the African Agricultural Development Programme, the Programme for Infrastructure Development, the Science, technology and Innovation Strategy for Africa, the Continental Free Trade Area (AFCFTA), the Accelerated Industrial Development for Africa Initiative (AIDA), the AU’s Green Recovery

Action Plan, and others.²² CCRDS also builds on initiatives contained in several regional plans and emphasizes the need for regional cooperation and more effective international partnerships. It is an integral pillar in support of the continent’s vision for “an integrated, prosperous and peaceful Africa, driven by its own citizens, representing a dynamic force in the international arena,” embedded at the heart of the continent’s Agenda 2063.²³

Importantly, CCRDS emphasises principles of climate justice, African-led and African owned innovation, social and cultural values, leveraging natural endowments, unleashing renewable energy potential and the creation of transformative industrial pathways, in a people-centered approach, “which is inclusive, looks out for the most vulnerable, with equal access to the green economy economic opportunities.”²⁴ The AU’s Green Recovery Plan launched in July 2021, is also part of the policy framework which seeks to guide the continent’s transition to a green economy. It focuses on the need to increase climate financing in support of the energy transition, sustainable approaches to biodiversity, land, forest and oceans management, resilient agriculture, and green and resilient cities.

2.2 Attaining SDG 7

Dealing with the climate change crisis, shifting to a low carbon future, attaining SDG7 targets,²⁵ and closing the gap with respect of the energy poverty faced by most of Africa’s people, requires that this new era of industrialisation is harnessed fully in supporting the continent’s priorities with respect to developing new industries, building new skills and jobs, and accessing appropriate technology. Despite its great natural wealth, Africa’s resource endowments have not contributed to the level of development commensurate with African aspirations and well-being. Much of the country remains underdeveloped. Many African children are malnourished; in 2020, 58.5 million suffered from stunted growth.²⁶ Africa remains the only region of the world in which poverty is growing. There are actions which the continent must undertake to ensure that the Green Transition and Energy Pillar delivers for the African people.²⁷ While some of these, presented below, are more of a statement regarding what Africa must do for itself, they are presented here since they provide additional avenues for EU technical and other initiatives in support of African efforts, and are complementary to more substantive discussions contained in Part IV of this report.

Managing Variable Effects

The green energy transition will result in variable effects across the continent. While this issue is discussed in more detail in subsequent sections

of this report, managing a series of regional specific effects, should be the focus of a Pan-African Plan aligned with Africa's principles of energy justice, equity and inclusion. North African countries and others which are fossil dependent, rich in critical raw materials (CRM), or in which energy poverty is most prevalent – will all require different instruments, actions, and platforms in managing the transition to a low carbon future and reaping its benefits.

Designing a Blueprint for Energy Transition

While regional communities such as ECOWAS, for example, have been successful in supporting the building of regional blocs and internal markets, African-wide aspirations captured in the African Mining Vision, Comprehensive African Development Programme on Agro-Ecological Threats, the Pan-African Agenda on Ecosystem Restoration for Increased Resilience, Agenda 2063 and other continental and regional initiatives identified previously, need to be aligned with Africa's plans to manage the green transition and energy to ensure a “whole economy” approach.²⁸ Sector-specific policies in agriculture, mining, biodiversity, and the circular economy will also require review.²⁹ Updating surveys of CRMs and other strategic minerals and ores are also needed to identify areas for foreign direct investments (FDI).³⁰

Regulatory Architecture for CRMs and Renewables

Appropriate laws covering new, energy efficient industries, will be needed across the continent. Refining local content laws, regulations and policies to reflect the specifics of CRMs and the transition towards low carbon industries have been identified as areas requiring review.³¹ Review of the various systems regarding international contract law to ensure best practices are in place, is also needed to provide confidence to foreign and domestic investors alike, and to ensure that African interests are secured.

Private Sector Engagement

This is an opportunity for the African continent to undertake a manpower audit to map the skills and jobs required to support new green industries. Private sector collaboration between African and EU business groups would be useful in this regard. Public-private sector dialogue regarding the investments and new financing instruments required, can be coordinated by the African Development Bank and Africa's Import Export Bank, with private sector consortia, to ensure the latter's input in the design and promotion of new policy instruments and financing platforms.

Engaging African Citizenry and Business

Reports suggest that “the average national climate change literacy rate in Africa is only 39 percent, with large variations within and between countries.”³² This has been identified as an impediment to embracing the potential of the green transition in benefitting Africans, and in the development of bankable projects. African Think Tanks, universities and Chambers of Commerce, NGO’s and civil society, all have important roles in the discourse required around the process of transition, ensuring that it stays true to African values, norms and traditions, how it relates to external partnerships, and benefits Africans.

Part II: EU-Africa: Green Transition and Energy Policy Framework

1. The Green Transition Policy Framework

The perception of inequality remains in the asymmetric power relations within the EU-Africa partnership,³³ and the EU has been accused from time to time of falling into “might is right” mindset, and exhibiting a lack of political ambition in supporting Africa’s desire for greater capabilities in manufacturing and industry.³⁴ However, the transition to the green economy provides an opportunity for a resetting of the relationship towards one which is more equal, responding to the priorities of both partners. The EU needs access to the abundance of resources in Africa, its nearest continental neighbour, in support of its green transition, a factor of heightened importance given current supply chain disruptions. Africa needs capital investments with which to unlock the potential of its raw wealth to secure its future and engineer the structural transformation of the continental economy. A new era of industrialisation towards low carbon industries provides a solid opportunity for wins on both sides, but plans for the future need to be carefully laid out, jointly agreed, equitable and fair.

In addition, the EU-Africa relationship is expressed through different frameworks. One is through the AU-EU configuration which involves Sub-Saharan African countries, the other is through the EU’s relationship with the mostly Arab countries of North Africa in the configuration of the Middle East and North-Africa (MENA) Framework. EU-Africa relations are also expressed through the Team Europe approach, including the EU and its member states, inclusive of the latter’s development banks and implementing agencies, and the EU’s European Investment Bank (EIB) and the European Bank for Reconstruction and Redevelopment (EBRD). For all African countries, while the relationship with the EU and its member states cannot be isolated from the current geopolitical landscape and the tensions around one of the most conflicted periods since the end of the Cold War, the partnership is an important one. However, an overriding concern for countries, whether in North Africa or Sub-Saharan Africa, while pursuing regional or bilateral interests within the partnership, is that they “don’t want to compete with each other and undermine African interests.”³⁵

1.1 The AU-EU Partnership

Both the (2020) EU Comprehensive Strategy with Africa with its Green Transition and Energy pillar, and The Joint Vision for 2030 adopted by leaders on February 17-18, 2022, at the Sixth EU-African Union (AU) Summit, have identified climate and environmental issues as key elements in their cooperation. During the latter, leaders announced the “Global Gateway” (GG), a €150 billion Africa-Europe investment package to support energy and the green transition, and a common ambition for 2030 and AU Agenda 2063.

The aims of the partnership are “solidarity, security, peace and sustained economic development and prosperity for the citizens of the two Unions, today and in the future.”³⁶ The Joint Vision also aims to promote common priorities, and eliminate inequalities. Elements of the agenda linking climate change effects, the green transition and sustainable communities were further fleshed out at the September 7, 2022, Africa-EU Energy Partnership’s (AEEP) Second Meeting in a bid to “advance the Green Gateway between Africa and Europe” before COP27.³⁷

On October 14, 2022, the EU and the US agreed to increase their collaboration to boost sustainable energy in Sub-Saharan Africa by “unlocking more of the continent’s abundant renewable power generation potential and improving local access to affordable green energy.”³⁸ The collaboration envisages supporting projects such as the African Continental Power System Master Plan and a number of flagship projects to mobilise public resources and leverage private sector investments.

Increasingly, climate issues, energy and the building of more resilient communities are being considered together and inseparably, and the Africa-Europe Alliance for Sustainable Investment and Jobs has been identified as key in supporting Africa’s progress towards a green and circular economy. Closing the energy access gap in Africa, and the NaturAfrica initiative to work towards biodiversity conservation and creation of jobs in green sectors, are also areas of focus. While many African countries have adopted Green Growth Strategies, and green jobs³⁹ activities are currently implemented notably in eastern and south-eastern African countries, most notably in Malawi, Kenya, Mauritius, South Africa, Tanzania, Uganda, Zambia and Zimbabwe, efforts are required for scaling up across the continent.⁴⁰

1.2 MENA-EU Framework

EU cooperation with Northern African countries takes place through the MENA framework as well as the Southern Neighbourhood platform via the Union for the Mediterranean (UfM). North African countries, Egypt, Algeria, Tunisia and Morocco, representing a diversity of energy assets, consider themselves as bridges in the African-EU relationship. Morocco, for example, invested considerably in augmenting port and ancillary infrastructure at the height of the COVID-19 pandemic to enhance its status as a “gateway” to Africa. Launched in 2008, the UfM includes the northern, eastern and southern regions of the Mediterranean. It promotes economic cooperation and integration and includes the EU 27, plus fifteen countries (among them the African countries mentioned previously). The goal is to create an integrated Mediterranean energy market around regional energy platforms for natural gas, electricity markets, renewable energy and energy efficiency.⁴¹

The MENA Europe Future Energy Dialogue inaugurated in June 2022, adds another layer to initiatives around the Mediterranean on energy cooperation. It is a joint initiative of the Jordanian Ministry of Energy and Germany’s Federal Ministry of Economy and Climate Protection to deepen energy policy cooperation between the entire Mediterranean, Middle East and Europe by bringing together high-level participants from the worlds of politics and business, and other stakeholders.⁴²

The war in Ukraine is seen by North African countries as a “golden opportunity for North African oil and gas to step in,” and as a valuable tool for enhancing bilateral cooperation in the long run.⁴³ On October 18, 2022, in advance of COP27, Morocco and the EU signed “green partnership” deal valued at €115 million to bolster cooperation in renewables and support the former’s agricultural and forestry sectors.⁴⁴ Israel, Egypt and the EU signed a trilateral MOU to increase natural gas exports to the EU via Egypt’s natural gas infrastructure in line with the REPowerEU plan. Italian officials have recently signed new gas deals with Egypt to increase LNG supplies (and have undertaken several visits to Angola and the Republic of Congo).

African countries question the longevity of the requests by EU member states to increase supplies given the differences in time horizons against Europe’s own net zero targets. In exchange for stepping up supplies at this time of Europe’s need – they view this as the optimum period within which to secure their interests through “enhanced financing in renewables and hydrogen, development of low carbon supply chains in the region and new energy infrastructure partnerships.”⁴⁵ Algeria, for example, has recently

signed 15 agreements and MOUs with Italy to support energy transition, industrial and technology cooperation, energy infrastructure, start-ups and pharmaceuticals.⁴⁶ Algeria is the EU's third largest supplier of natural gas, and the EU is its largest market.

This region is not without risks for the EU given the geopolitical entanglements in the wider area, and the continuing tensions among North African neighbours including Morocco and Algeria over the Western Sahara, and lingering Spanish/Moroccan tensions. Illegal migration remains a flash-point in the relations between the EU and Africa around the Southern Mediterranean, aggravated recently by the perception of differences in the reception provided to refugees from Ukraine, and the continuing war in Ukraine, which comes at a high price for Africa and other developing countries.

2. The EU Green Deal

The European Green Deal (EGD) recalibrates the EU's response to the effects of climate change and its various challenges.⁴⁷ As a global leader and standard setter in the arena of climate change policies, the EU has pledged to develop a stronger "green deal diplomacy" focusing on "convincing and supporting others to take on their share of promoting more sustainable development; [by] setting a credible example, and following up with diplomacy, trade policy, development support and other external policies, the EU can be an effective advocate."⁴⁸

Implicit in the EGD is a new growth strategy with the overriding objective aimed at a net zero emission outcome by 2050, a decoupling of economic growth from resource use and placing the EU economy on a sustainable footing. Additional goals include conservation of the EU's natural capital and the protection of EU citizens' wellbeing and health. Commitments have been made to ensure that no citizens are left behind, that the risk of "energy poverty" is adequately addressed, and a "Green Oath to Do No Harm," is realized.⁴⁹ The level of ambition is high, and goals are laudable.

The EU acknowledges that "the challenges are complex and interlinked."⁵⁰ The EGD includes a raft of climate-related policy instruments including the Emissions Trading System (ETS), as well as regulations on land use, land use changes and forestry as a means of ensuring effective carbon pricing across the EU economy. The bloc's energy taxation policy will also be affected to ensure coherence with climate change objectives. On July 14, 2021, the EC adopted intermediate proposals to reduce greenhouse gas levels by 55 percent against 1990 levels, by 2030. These targets are

contained in the bloc's Fit for 55 suite of policies, and are estimated to require €260 billion in additional financing to meet the climate targets of 2030, representing 1.5 percent of the EU's 2018 GDP.⁵¹

The EGD also focuses on energy efficiency and a redoubling of efforts aimed at renewables given the reality that “the production and use of energy across economic sectors account for more than 75 percent of the EU's greenhouse gas emissions.”⁵² The clean energy transition and other initiatives within the EGD have implications not only for EU businesses, economic sectors and citizens, but also for those who do business with the EU, including African countries. In an effort to reduce the potential for carbon leakage and to ensure that EU firms can compete effectively and are not encouraged to relocate to lower ambition jurisdictions, the EU has established CBAM which may be challenged in its ability to be World Trade Organisation (WTO) compliant.

3. The EU Green Deal: Challenges and Risks for Africa

The effects of the EGD for Africa are mixed. There will be winners and losers. Declining demand for fossil fuels will have direct implications for energy giants in both North Africa, as well as Sub-Saharan Africa including Angola, Nigeria, Libya, Egypt, Republic of Congo, Gabon and Ghana, especially in the context of declining prices, more so after 2030. The continent is already facing a reduction in investments in fossil fuels by private and public sector investors as well as development agencies.⁵³ On the other hand, the transition to cleaner forms of energy provides opportunities for other African countries including Morocco, South Africa, The Democratic Republic of Congo (DRC), Guinea, Zambia, Zimbabwe, and Ghana which are rich in the nickel, cobalt, magnesium, graphite, lithium and other minerals and rare earth elements required to support long-term energy transition in Africa, the EU, and elsewhere.⁵⁴

Increasing demand for CRMs aligned with a low carbon future is set to increase significantly by 2030 and there is a sense that this era of “friend shoring” and “local for local” provides an opportunity for Africa to replace some Asian supply chains, given the continent's proximity to the EU. Europe's demand for decarbonized gas also offers a short to medium term windfall for African producers, since the continent's prominence in gas production with average growth rates of 5.6 percent annually, is expected to make Africa a significant global supplier by 2025.⁵⁵ Increasing demand for green hydrogen is already catalysing EU-African partnerships “to produce 40 gigawatts of hydrogen from non-EU countries by 2030” through the Clean Hydrogen Alliance.⁵⁶

The EU-Namibia Memorandum of Understanding signed at the COP27 in 2022, is an example of the strategic partnerships possible “to ensure the development of secure and sustainable supply of raw materials, refined materials and renewable hydrogen to support the green and digital transformation of the partner’s economies,” with the potential to produce mutual benefits.⁵⁷ It is projected that European FDI in green hydrogen sourced in Africa could reach €75.6 billion by 2030.⁵⁸

There are concerns, however, that new green growth industries will provide further opportunity to yet again increase Africa’s dependencies on foreign technology, continue value-added leakage, create another missed opportunity in Africa’s struggle for a clear path to industrialisation, deepen environmental degradation, exacerbate labour issues and contribute to compounding a host of other issues – if the transition is not managed equitably. The EGD also holds multiple implications for Africa across a number of sectors, including those related to trade, new technologies, the circular economy, agriculture, biodiversity, energy, CRMs and finance.⁵⁹ The new EU agricultural standards introduced by EU Farm to Fork policies, for example, introduce new sets of (higher) standards which might qualify as non-tariff barriers to accessing the EU market and may well be none-WTO compliant. These and other critical challenges are discussed in Part III below.

Part III: Risks and Challenges – Policy Conflicts put Relationship at Risk

Partnerships, including that which exists between Europe and Africa in the area of green transition and energy, are predicated on the premise that the interests of each partner will be considered in decisions taken and policies made. The EU-Africa partnership around this pillar, while holding much promise, is one which has also raised questions and thorny issues which are discussed below.

1. Africa’s Energy Poverty versus EU’s Energy Security: Same Urgency, Equal Treatment?

Africa is a continent of extreme energy poverty. “People need power in Africa and if they don’t have power, it will be difficult to lift people out of poverty.”⁶⁰ The continent faces an inherent policy and economic conundrum in attempting to secure the energy needs of its population, while at the same time phasing away from fossil fuels. While the EU has identified the issue of energy poverty of some EU citizens as a concern, energy poverty in Africa stands a world apart. For many, it is the reality of everyday life and is defined as “an absence of sufficient choice in accessing adequate, affordable, reliable, clean, high quality, and safe energy services to support economic and human development.”⁶¹ Women and girls are disproportionately affected, especially in rural areas. They bear the brunt of the work involved in fetching fuelwood, drawing water and processing food.⁶²

Sub-Saharan Africa’s share of the global population without access to electricity rose to 77 percent from 74 percent before the pandemic,⁶³ and inadequate access to energy is a reality for over half of the African population who enjoy four hours of electricity per day, sometimes less. A genuine partnership between Africa and Europe requires that Africa’s energy poverty and the EU’s energy security are afforded equal treatment and dealt with the same urgency.

2. Africa and Europe: Different Entry Points to a Low Carbon Future

Europe and Africa are continents at different stages of development; the entry point in attaining a low carbon emission future, is different, and the path along the energy transition will vary markedly. The new 1,440 km

East-Africa Crude Oil Pipeline (EACOP) being developed by Uganda and Tanzania highlights important differences. Despite the International Energy Agency's (IEA) caution regarding the need to stop new fossil fuel projects if global climate targets are to be achieved, the two African countries have emphasised the priority given to their economic interests through construction of this pipeline financed by two external partners. Total Energies, an EU, French energy giant, commands a 62 percent stake, while CNOOC, a Chinese energy firm also holds shares in the \$5 billion project.⁶⁴ While the EU intervened, citing environmental, climate and human rights abuses as reasons why the project should be stopped, local governments have resisted, underscoring the divide between rich, developed countries and those still seeking to grow their way out of poverty.

The bulk of the oil will be for export, mainly to Europe. "They are insufferable, so shallow, so egocentric, so wrong,"⁶⁵ Uganda's President is reported as having said in reference to the EU. According to the International Renewable Energy Agency, 92 percent of Uganda's energy is generated through renewable sources (hydro); renewables account for 84 percent of Tanzania's requirements and only 22 percent for the EU.⁶⁶ While Africa has abundant wind and solar stocks, the infrastructure to harness these is not available, since the requisite investments have not been forthcoming. Africa's energy transition will require access to different forms of energy until countries can establish the economic foundations and institutional requirements to make a full transition.

3. Policy Conflicts and Stranded Assets

The EU's renewed interest in fossil fuels since Russia's invasion of Ukraine is perceived as being at odds with its policy to accelerate the transition to green energy. This poses a perception of conflict in the minds of African partners resulting in charges of EU hypocrisy and double standards: "the problem is that these same governments are not only encouraging developing countries to accelerate their phase-out of fossil fuels but are also committed to killing demand for these products in the years ahead in the quest for decarbonisation."⁶⁷ A stark example of this is playing out as the EU seeks to shore up its energy security by seeking additional supplies of fossil fuels from Africa. This raises several awkward questions: the first is that African energy companies, in response to climate change factors and the EU's well publicised phasing-out plans, have already been experiencing upstream constraints in investments in the industry.⁶⁸ Yet, EU officials and those of its member states, have been urging companies in Africa to increase fossil fuel production.

Reports cite German Chancellor Scholz's visit to Senegal in May 2022 to discuss plans for a new gas field to commence operations in 2023, and visits by various EU and member states' officials "to Nigeria to discuss providing gas exports to the EU, and Italian discussions with Angola, Nigeria and the Republic of Congo to boost natural gas exports."⁶⁹ More to the point is that "while the renewed quest for fossil fuels may be argued as a short-term fix to an urgent situation, the fact is that it carries long term consequences given the nature of investments in the energy sector."⁷⁰

Thus, while African oil and gas producers stand to benefit from short term gains as demand for fossil fuels expands – they are reported to be constrained by limited additional capacity to respond quickly. Mozambique, Mauritania, Senegal, Tanzania are among the countries in which increases in production will not materialize until 2024 – 2030.⁷¹ African countries share a high concern about the risk of stranded assets once this period of crisis has abated. In addition, rising oil and gas prices are creating distortions in the energy market, and concerns have been raised that they will further incentivise investments in fossil fuels and reverse, rather than accelerate, the path towards a decarbonised future.⁷²

4. Inadequate Financing for Renewables

Despite the urgency of the energy transition more financing is still being pumped into fossil fuels than renewables. When available, financing for renewables comes at a higher cost. "While Europe has urged African countries to move away from fossil fuels, it has failed to accelerate funding for green projects that could provide alternative energy sources. This has prompted many African leaders to denounce what they see as energy hypocrisy and a double standard that perpetuates the West's exploitation of the region."⁷³ A senior advisor on Climate Diplomacy and Geopolitics for the African Climate Foundation frames the issue similarly: "African countries are not receiving the financing required for the green transition. That's why we see countries turning to fossil fuels as a way of generating income. The financing of fossil fuels is three times higher than for green energy, that's \$30 billion to \$9 billion for renewables."⁷⁴

There is also a view that investments in fossil fuels support exports which continue to fuel wealthier countries while renewable energies at the moment can only be used to service local populations, as being the reason for this disparity. Some view this as part of a concerted effort to strip Africans of their resources, leaving local communities bereft of the resources need-

ed to support development in a manner which takes care of future needs when non-renewable stocks are exhausted.⁷⁵ The point is also being made that the EU, the US and other big economies like China, are already ahead in making the transition to renewables. Other developing countries such as Indonesia are engaged in the transition, and the real fear is that the risk for African countries “in 20, 30, 40 years [is that] they will find themselves with assets that are not a good return on investments.”⁷⁶

5. CBAM in the Face of EU “Green Diplomacy”

The EU’s CBAM is complex and innovative. It is a trade mechanism which seeks to further environmental objectives. In a recent book on the effects of the war in Ukraine on the Global South,⁷⁷ CBAM is labelled: “Amid Global Tensions: A Recipe for Disaster.”⁷⁸ CBAM provides an array of challenges for Africa, not least because of the effects on African countries’ preferential access to the EU market.⁷⁹ The application of cross border taxes on goods from Africa, given the dire economic conditions which countries have faced over the last three years, comes at a bad time for the continent. It also comes at a time when Africa is being pursued as a partner in the EU’s search for additional supplies of fossil fuels to aid its energy security, giving the impression that EU interests matter, Africa’s do not. “CBAM is not an isolated example of complex legislative proposals hitting the Global South disproportionately in a negative way. India, one of the world’s biggest emerging markets, perceives CBAM as discriminatory for emerging economies. Australia, a fully industrialized economy, called CBAM protectionist and discriminatory.”⁸⁰

The Land Use and Land Use Change and Forestry Regulation, the Renewable Energy Directive, the Corporate Sustainability Due Diligence Directive – are all cited as pursuing goals of sustainability while containing elements of protectionism. “If poorly implemented, these will guide European businesses away from countries mainly in the Global South leaving space for other dominant economies with less ambitions when it comes to sustainability and respect for human rights. This would not only lower the economic output for countries in the Global South, but would also not be helpful when it comes to improving human rights, health, labour and environmental standards in these countries.”⁸¹ CBAM, allegedly rushed through during the French EU Presidency, without sufficient consultation with either member states or trading partners, has drawn negative comment from rich as well as developing countries.⁸² In the relationship with Africa, CBAM is a thorny issue.

6. EGD – Problems for Agriculture

The EU provides a significant market for Africa's agricultural exports and there is an incentive for African countries to scale up to EU standards especially given the importance of the sector to Africa's economy, generating "two-thirds employment, representing 30-60 percent of each country's GDP, and approximately 30 percent of all exports."⁸³ But EU standards are increasingly difficult to comply with and policies within the EGD will impose additional nontariff barriers which countries will struggle to meet, in a system which already discriminates against them.⁸⁴ "The EU's Common Agricultural Policy (CAP) for example, provides EU farmers with up to 50 percent of income as direct payments, a system which has boosted EU agriculture and given EU farmers a boost versus African counterparts."⁸⁵ New regulations such as Farm to Fork under the EGD, and others such as CBAM, coupled with CAP subsidies, will further discriminate against African farmers who are already paying a high cost to meet EU standards.

All this comes at some time when they can least afford the costs of additional levels of compliance. There is a suggestion that in return the EU can support efforts at mitigating land degradation by partnering with Africa in its Comprehensive African Development programme which also is meant to support farmers in meeting new standards. But in a partnership which alleges to be close, more is required to provide a level playing field especially given the scale of importance of agriculture to Africa's Gross Domestic Product (GDP) and employment.⁸⁶

7. Technology Sharing and Transfer Frustration

Technology sharing and transfer remain areas of both frustration and scope for development. Despite efforts by delegations from the Least Developed Countries (LDCs) and African negotiators at the recent COP27, technology sharing and transfer remains bedevilled by obstacles. While African countries updated their Technical Needs Assessment Plans, financial resources remain lacking.

8. Climate Financing and Official Development Assistance need De-Linking

The allocation of climate financing to developing countries from the European Commission (EC) and the EIB, has remained at the same levels as 2018, at approximately €5.7 billion. It has been focused mainly on mitigation rather than adaptation and resilience, and on middle income countries.⁸⁷ The three African countries which have received climate financ-

ing from the EU have been all middle income countries: Morocco (€429 million), Cameroon (€82 million) and Egypt (€208 million).⁸⁸ More to the point is the fact that while grant financing for climate change has been declining, what is available has been increasingly finding its way into the EU's ODA. In addition, an increasing share of EIB climate finance is being offered as loans, at market rates, with less than 8 percent being concessional.⁸⁹

The current climate crisis, compounded by the war in Ukraine and three years of a global pandemic, have increased the hardship faced in Africa, and the issue of country debt is significant. The lending policies of the EIB and development policies of the EC should be reviewed with respect of support for low income countries. Increasing the volumes of concessional finance and grants is vital. In addition, many countries in Africa face difficulties in securing financing for climate change related and green transition projects, and producing bankable projects. Procedures are cumbersome, extensive and long. Reports by the Green Climate Fund (GCF) suggest that only 39 percent of projects submitted by Africa received approval, the lowest of any region in the world.⁹⁰

9. LNG: Increasing Environmental Pollution Costs

New research shows that Europe's growing reliance on liquefied natural gas (LNG) comes with a high price tag. Significantly increased import volumes, up by 65 percent in the first nine months of 2022 due to disruptions caused by the war and sanctions on Russia, are registering high environmental costs. Production and transport of LNG cause ten times the carbon emissions compared to pipeline gas.⁹¹ While the emissions from burning gas are reportedly the same, whether piped or in liquid form, the difference lies in the significant increase in energy required in making and transporting the liquid to Europe. An official from the Norwegian Research firm Rystad Energy, notes: "For piped gas from Norway, we see around 7kg of CO₂ per barrel; for LNG imports into Europe, we estimate the average is over 70, so around 10 times lower for piped gas versus LNG."⁹²

The same source suggests, that, if additional gas is to come from LNG in the absence of Russian gas in 2023, "we will see an additional 35 million tons of imported upstream CO₂ emissions compared to 2021 ... the equivalent of adding around 16 million cars to the UK roads for 2 years."⁹³ Plans to build twenty new LNG terminals in Europe deepen concerns. To make these terminals viable, "countries have to agree to very long contracts to bring in the gas, and the terminals can last up to 40 years, which means a long lock-up effect for those fossil fuels that we are trying to get out of."⁹⁴

These plans send conflicting signals to the EU's African partners regarding the commitment to accelerating the push to a low carbon future even while they are being pushed in that direction.

10. The Importance of Dialogue in “Green Deal Diplomacy”

In these times of tension and division, EU policies and regulations which impact partners should be subjected to more dialogue, not less, especially given the EU's pledge to develop a stronger “green deal diplomacy”. This is certainly the case on the matter of CBAM: “CBAM could seriously harm access to the EU market, displace or destroy value chains and thereby negatively impact revenue and labour in the Global south. The fact that the EU is somewhat aware, but seemingly unwilling to address these issues [...] demonstrates that the European Union is currently detached from economic and diplomatic realities and is most likely going to understand the consequences of that detachment the hard way.”⁹⁵

11. The Global Gateway – Less Rhetoric Real Action

An investment package valued at €150 billion under the EU-Africa Global Gateway was highlighted as the cornerstone of the Sixth EU-AU Summit of February 2022. It forms part of the EU Global Gateway launched in December 2021 involving €300 billion of investments offered as a “true alternative”⁹⁶ to China's Belt and Road Initiative (BRI). While clearly the potential exists for good outcomes, the measure has come in for criticism from African partners as well as European NGO's and Civil Society groups, among others.⁹⁷ There were grumblings in Africa that sufficient consultation was not made before the announcement at the summit. Disappointment was expressed after the EU failed to deliver on promises made at the summit, leaving the AU President to note: “This leaves a bad taste in our mouths. I am a bit disappointed, to be honest.”⁹⁸

Critics point to the GG as being merely a “re-badging exercise”, re-packaging of old money, and that none of the €300 billion is new but represents a “combination and repackaging of existing commitments from European development institutions”⁹⁹ broadly similar in scope to previous initiatives such as the European Fund for Sustainable Development and the Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument, (NDICI), implemented under the Team Europe approach.

The situation of debt for African countries is particularly precarious as they deal with both historic debt levels and the effects of global food and energy crises. Yet, the GG's relatively low level of grants (€18 billion), with

remaining investments incurring debt – has been identified as particularly egregious.¹⁰⁰ Others point to a lack of concrete results, “so far GG has delivered plenty of hype, but little in terms of concrete projects.”¹⁰¹ Concerns have also been raised regarding a lack of transparency with respects to the operations of the GG and the need to “publicly disclose the complete list of projects...[and] the mandate and activity of the proposed new Export Credit Facility and that of the new Business Advisory Board.”¹⁰²

A joint assessment by European civil society and NGO entities Eurodad and Counter Balance¹⁰³ concludes, “the reorientation of the EU’s international development agenda to merge with a geopolitical and commercial strategy is a risky endeavour which can impact EU’s credibility as a global development actor [...] although the Gateway is premised on a “partnership” offer to recipient countries, the official documentation is overwhelmingly focused on the role of EU institutions, private sector and diplomatic presence including the creation of a business advisory group and a potential EU Export facility.”¹⁰⁴

Part IV: Recommendations for Resetting the Partnership: Opportunities in an Era of Volatility

During the November 28, 2022 meeting of the Foreign Affairs Council in its Development configuration, the EU's High Representative underscored both the importance of the relationship with Africa, and the geopolitical context within which the relationship continues to evolve. "The geopolitical situation of the world is quite different from one year ago, but in spite of the war in Ukraine, we have to continue engaging with Africa. Africa is our partner of choice. It is high on our agenda especially in this case when food crisis and energy crisis are hitting severely the continent. We have to invest quicker, more, and smarter in Africa."¹⁰⁵ This exhortation requires that the EU review the strategies deployed in its relationship with Africa on a number of fronts. This provides an opportunity to address a perennial criticism of the EU's partnership with Africa, as one low on consultation, and failing to resonate with Africa's development priorities, particularly in charting a path to sustainable industrialisation.¹⁰⁶ A missed opportunity in the green transition would be a strategic loss for Europe in safeguarding its long-term interests given the presence of other Great Powers, including China, who are important investors in Africa.

In reviewing the relationship and the cooperation around the green transition and energy, consideration should be given to two principles: extending the EU "Green Oath to Do No Harm", to Africa, and promoting energy justice.

EU policies should not undermine the capacity of Africa to secure the development of its people. This is an overriding principle which should extend across all facets of the relationship and sectors. In the same way that the EU has pledged to do no harm within Europe – it must consider the manner in which policies such as CBAM and new agricultural policies affect Africa, especially during this period of acute economic hardship and concurrent crises, and find ways to remove or mitigate their most egregious effects.

Secondly, the principle of energy justice is one which should be addressed within the framework of the partnership. "Should current trends persist more people will be without access to modern energy in Africa by 2030 than at present." Africa's energy poverty should receive the same level of importance and urgency as the EU's energy security.¹⁰⁷ As a global cham-

pion of the movement to a low carbon future the EU should also be a global actor in championing support for energy equity for Africa. This would be consistent with the EU's own climate justice approach. Innovative approaches such as South Africa's Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme (REIPPPP) have been identified as models in providing investment opportunities through smart policy frameworks. These operationalise energy justice frameworks which integrate energy indicators, impact investing and renewable energy solutions and provide a useful model for replication.

The recommendations which follow highlight initiatives to both advance EU objectives of a low carbon future, while supporting Africa's green transition and development of new green industries.

1. Reposition the Global Gateway

While EU development funds play a unique role in support of developing countries, such funds are scarce and need to be managed in frameworks which are transparent, inclusive and well targeted. While the GG has been cited for its role in developing financing and de-risking instruments as a means to attract additional private sector investments, it has come in for criticism in other areas, from several groups both in Africa and among European stakeholders. Critics suggest that recalibration of the GG is required to ensure that the EU's credibility as "a key development partner" is not compromised.¹⁰⁸ Recommendations include:

- De-linking the mandate of the GG from that of an "alternative" to China's BRI and focus more on the development objectives of the projects to be supported. The BRI has a head start of 10 years (2013) with investments totalling \$932 billion at the end of 2022.¹⁰⁹ Presenting the GG as an alternative to the BRI is unrealistic and does not increase its competitiveness or attractiveness. The EU-Africa GG should be presented as another tool in support of African development.
- Establishing a clear development rationale for the GG to make a meaningful contribution to the climate change agenda, poverty reduction and inequality in recipient countries.
- Developing a participatory and inclusive process to inform the GG strategy to ensure that resources are not diverted from development objectives, but focuses on a people centred approach to human welfare, decent jobs, local economic development and poverty reduction through enhanced contributions of grants and concessionary finance.

- Increase transparency in GG operations and publish lists of projects and funding allocated.
- Enhance the governance model to ensure ownership and meaningful participation of stakeholders in partner countries and in Europe, inclusive of the European Parliament and civil society. Include developing country representatives in the governance of the GG to enhance ownership.

2. Incentivise Investments in Africa

The EU is considering a response to the US \$369 billion Inflation Reduction Act (IRA) which offers companies billions of dollars, mostly via tax credits, to accelerate the pace of new technologies and create a new economy of green jobs in the US while reducing reliance on China, and putting the US on track to meet its targets in the Paris Accords.¹¹⁰ Both companies and consumers benefit, but products, such as electric cars and battery makers for example, need to ensure that specific components are extracted or processed in the US or in countries with trade agreements with the country. In contemplating countermeasures to the US green subsidies, the EU has an opportunity to include countries in Africa as “friendly countries” eligible to receive and benefit from tax breaks and subsidies accorded to European companies. This will respond to the criticism of insufficient support being given to renewable energy development and technology sharing, in Africa.

- Incentivising investments in Africa’s mineral rich countries carries a bonus in that it is strategic, for the EU, on multiple fronts. First, it decreases the jeopardy of replacing dependence on one supplier, Russia, for fossil fuels, with another, China, in new green industries. Concerns are being raised by the level of dependence on China as the industry shifts to electric vehicles (EVs). By 2031, China is projected to have more production capacity in Europe – the world’s second largest market for EVs – than any other country.¹¹¹ Chinese brands including BYD and Great Wall, are also expanding sales in Europe resulting in more assembly plants and battery plants likely to use Chinese technology.¹¹² While the IRA prevents the use of American made cars using foreign technology, the EU has no such measures in place. There are warnings that there will be “significant dependence of the western world on Asia,” and EU decarbonisation rules have been branded as “naïve and dogmatic.”¹¹³
- Secondly, partnering with Africa and ensuring the continent’s inclusion in discussions around new technologies, early stage research and standards setting will also secure another objective: That of ensuring EU responsiveness to the African context and needs, and in scaling up capa-

bility across the continent. Battery and solar PV manufacturing plants are among those industries in which mineral-rich African countries are seen to have a comparative advantage.¹¹⁴ While new green technologies will be initially costly, “EU-African collaboration on new technologies with the help of EU climate research funds such as the Horizon Europe with its €95.5 billion envelope to be spent over 2021-2027 could seed green technology research and skills training adapted and suited to Africa’s environment.”¹¹⁵ IEA’s Africa Energy Outlook 2022 suggests that Africa can produce as much as 5000mt/green hydrogen per year – which is more than the total which is produced currently – for less than \$2/kg.¹¹⁶ The EU-Namibia Agreement signed at COP27, is worth replicating. EU-African collaboration is a win for Europe in the long run.

3. Adopt Differentiated Policies and Strategies for Africa’s Green Transition

Africa is a continent with countries at different stages of development. The continent also has different resource endowments, needs and capabilities. There are countries whose economies are fossil fuel dependent, others which are CRM rich, some who have invested in renewables, and others whose principal economic activity is agriculture. Few economies have attained high levels of diversification. The speed of energy transition, and the variable and divergent conditions across Africa will need to be both managed and supported. There is no one-size-fits-all in this scenario, and a multi-pronged framework of policies and actions specifically targeted to varying situations will be required. A variable policy mix approach includes:

- A public-private sector partnership approach to support energy transition and economic diversification in Fossil Rich Countries. Nigeria, Angola, Algeria, Egypt, the Republic of Congo, Gabon and Ghana all face the prospects of declining receipts for the energy sector which will have a destabilising economic effect. They will require financing to support their green energy transition and economic diversification. Consideration should be given to:
 - a) Applying windfall taxes on global energy giants to support investments in fossil dependent economies to assist in their structural transformation. While the EU has recently introduced such a tax as a temporary measure, it should champion the initiative in the G20, G7 and UN to advocate for this modality within multilateral frameworks.¹¹⁷
 - b) Italy’s bilateral programme of support to Algeria’s efforts at diversification could be scaled up as a Team Europe Approach.

- Support R&D and incentivise investments in CRM Rich Countries. The latter require partnerships which move beyond extraction in sourcing CRMs and Energy supplies.

a) A worthy example of establishing industries and supporting R&D adapted to Africa's conditions is the partnership between Germany's Federal Ministry of Education and Research and that between two of Africa's Regional Economic Communities (RECs), the Economic Community of West Africa States and Southern Development Community (ECOAS and SADC respectively), in exploring green hydrogen production potential.¹¹⁸

b) Provide technical support in preparing the legislative and regulatory frameworks, and mapping required to prepare for FDI to shore up perennial capacity issues.

- Support Scaling up Capabilities in Countries in Transition: Morocco, for example, has significant investments in solar production. Such countries are seeking investments in infrastructure and require support in scaling up renewable capability, storage and distribution in conjunction with other African countries. The Morocco EU Green Partnership Agreement (2022) dealing with climate and energy, the green economy and the environment, is a model for the cooperation which is possible.
- Use the EU climate justice approach and support measures to respond to the particular challenges of vulnerable and marginalised groups in Energy Poor Countries. These countries require a mix of support aimed at increased adoption of low-cost energy saving technologies which could be scaled up for larger impact. Supporting households in reducing energy poverty, developing programmes tailored to girls and women to reduce their energy poverty and health risks; and the training of community activists equipped to disseminate information to households, especially the rural poor, regarding more sustainable and energy just solutions, are among the menu of small but impactful initiatives which merit consideration by EU responsiveness.¹¹⁹

4. More Concessionary Finance and Innovative Instruments by EIB and EBRD

The challenges facing Africa's development have been previously documented, and the increasing cost of capital exacerbates a difficult situation.¹²⁰ Rich countries borrow at approximately 2-4 percent while for developing countries the range is upwards of 12-14 percent. Financing for

climate-related adaptation interventions for African countries also face several obstacles, not least the fact that return on private investments is low, requiring more by way of public financing. Given the challenging economic and fiscal environment experienced by Africa, the need to supplement public finance with external public and private finance is vital.¹²¹

- Review instruments and lending policies of EIB and EBRD: In 2020, just 10 percent of the climate finance from EIB and 14 percent from EBRD went to climate adaptation¹²² and external public finance in this sector has been provided mostly by way of loans which is challenging, given that many countries have been identified as debt distressed. In addition, the EIB discriminates against low income countries by its lending focus on middle income countries.¹²³ Increasing the levels and mix of grants and concessionary financing to ease the cost of the green transition in Africa, is vital.
- Finance Programmes for Green Growth SMEs and Jobs with a Focus on Youth, Women and Girls. The recent OECD Forum on Green Finance and Investing suggests that larger multilateral development banks such as EIB have a role to play in mobilising private finance; “there should be a multiplicity of financial instruments developed to finance the sustainable transition, beyond debt financing, such as through export credits, equity, guarantees and local currency financing.”¹²⁴ Climate finance mechanisms and development funds from the EU and EIB are well suited to supporting and mobilising additional financing via African countries Nationally Determined Contributions, National Adaptation Plans and Technical Needs Assessment Plans.

Africa’s Continental Water Investment Programme (AIP) is also a programme ready for financing. It integrates water resources, SDG7 investments, climate resilience, gender-transformative action and trans-boundary water cooperation in one financing entity.¹²⁵ Water efficient technologies and small-scale water harvesting are among the approaches which offer practical, small scale investments to spur private sector business development inclusive of financing aimed at grassroots organisations. Such initiatives benefit the most vulnerable communities and ecosystems in Africa.

- Support Africa’s Catastrophic Risk Pool Capacity (ARC): The AU’s catastrophic risk pool aims to cover climate related disasters. In four years, ARC has disbursed \$36 million in support of drought afflicted countries.¹²⁶ However, climate associated risk finance available to Africa is inadequate, and the new Extreme Climate Facility has been established

to support blended private and public sector funds targeted at countries most in need of enhanced adaptation measures. This provides an African-specific instrument which merits support.

- **Develop partnerships between EIB and Global Non-Profit entities:** Such partnerships provide credit guarantees to enable countries to reduce borrowing costs allowing savings to be ploughed into ecosystem management and stocks at risk through climate change, supporting livelihoods and local communities. A solid example of such a facility is the Barbados Blue Bond Initiative. In October 2022, Barbados issued the world's first government bond with a clause allowing for the suspension of payments in the event of another global pandemic. Debt clauses also cover natural disasters such as flooding, tropical storms and earthquakes. The Barbadian bond will be repaid over a 15-year term. While payments can be suspended twice if needed, for as long as two years, the debt cannot be cancelled outright.

Credit guarantees provided by The Nature Conservancy and the Inter-American Development Bank allows Barbados to reduce its borrowing costs by as much as \$40-\$50 million compared to the bond which it replaces. These savings will be earmarked to protect the island's marine ecosystems which play a significant role in the country's premiere industry, tourism, representing 40 percent of the country's GDP and employment.¹²⁷ In announcing its inauguration, Barbadian Prime Minister Mia Motley noted the utility of such bonds in providing developing countries with some measure of breathing space during the ongoing pandemic and the rash of climate related disasters, including recent large scale flooding in Pakistan and droughts in Africa which cause much devastation.

- **Provide technical Support to African Countries:** Green, social, sustainability and sustainability-linked (GSSS) bonds have gained both popularity and market share rapidly, but are heavily concentrated in developed markets. While these have great potential in helping countries meet SDG targets, only 6 percent are issued in ODA recipient countries.¹²⁸ Constraints cited include the lack of bankable projects, high levels of up-front costs, and technical capacity.
- **Finance Mechanisms to Leverage Private Sector Capital for Nature:** The WB has identified a number of investment opportunities which allow climate change targets to be met through environmentally and socially sustainable investments (ESGs) in natural landscapes and ecosystems. Given the scale of need against the current economic landscape,

African countries have little by way of fiscal space to fund initiatives which invest in sustaining and protecting ecosystems, unaided. Private capital has an important role to play in bridging the financing gap. A number of case studies provide viable prototypes for scaling up, across different parts of Africa: These include: Debt for Nature Swaps (Seychelles) in which the country's foreign debt was refinanced in exchange for investments in marine protection. Proceeds of debt conversion have been distributed to NGO's involved in marine conservation with special attention to engaging women. The Cubango-Okavango River Basin Fund (Angola, Namibia and Botswana) is a multiple country ecosystem project blending donor and impact investment funds to fully integrate ESG's with income finance interventions to enhance ecosystem resilience and rural livelihoods.¹²⁹

5. Champion a Multilateral Approach to Africa's Development

Africa's development challenges are beyond the scope of that of any single partner to adequately support, and Africa needs all of its friends in augmenting its own efforts. At the height of the COVID-19 pandemic there were calls for a "Marshall Plan for Africa". Today, a Marshall Plan for Ukraine, is being considered. The quantum of Africa's need today is more, not less, than at the height of the pandemic, and Africa's transition would benefit from a comprehensive plan to guide a robust process of change to a low carbon continent while safeguarding vulnerable groups. While the continent's partners all support a varied typology of investments and development cooperation, more leverage could be achieved if Africa's partners supported the continent's efforts at green transition and low carbon industrial development through multilateral frameworks complementary to bilateral and regional efforts. Initiatives meriting consideration include:

- Supporting a region-specific, comprehensive framework, designed by Africa. Jointly spearheaded by the EU and the AU, coordination for such a framework could be supported by the UN and specialised agencies, the Bretton Woods institutions, the AfDB, EIB, and the Asian Development Bank.
- Expanding EU-US cooperation on energy transition in Africa. The template of the EU-US MOU signed in October 2022 on cooperation in support of projects such as the African Continental Power System Masterplan could be expanded to include other actors.¹³⁰
- Aligning Multilateral Cooperation in International Finance: The green transition also provides an opportunity for the EU and other members

of the international community to align their support and cooperation in the area of international finance. Key areas required include standardisation of risk mitigation instruments for currency risks and off-taker risk, and the use of capital markets to channel institutional investment. Innovative examples include: The Energy Transition Mechanism with the Partnership Trust Fund established by the Asian Development Bank and country members in Asia and the Pacific, in a partnership with developed countries including Germany, supports member countries in making the transition from coal to clean energy. South Africa's transition from coal the REIPPP programme¹³¹ is also being supported by an international partnership. Both models have utility in supporting other countries in the transition from fossil fuels.

- Scaling up the prototype of The Just Energy Transition Partnership involving the EU, France, Germany the US and the UK in supporting South Africa's transition away from coal includes a mixture of grants, concessionary financing, and risk sharing instruments to leverage private finance, is another model of multilateral cooperation worth replicating. It covers the energy sector as well as electric vehicles and green hydrogen. The “just” approach aims to ensure that those most directly affected by the transition from coal, including workers, communities, women and girls, are not left behind.¹³²

6. Support a Multilateral “Green Bank” Built on the Bridgetown Initiative

“To meet climate goals, the countries of the Global South (outside of China) will need to spend more than \$1 trillion per year by 2025, and more than \$2 trillion per year by 2030, on adaptation and mitigation – between 4 percent to 7 percent of their GDP.”¹³³ While African governments already invest an average of 3.5 percent of Gross Domestic Product (GDP) on adaptation action, including agricultural support and drought relief programmes, more is needed.¹³⁴ The idea of a “Green Bank” is one which is being discussed in various forum. It envisages the creation of a multilateral institution to develop green projects, mobilise financing and support project implementation across Africa and other developing countries. The institution would include governments and private shareholders, voting rights would be equitably distributed with financing available only to green projects.

The proposal develops initiatives contained in the Bridgetown Initiative launched by Barbados at COP27. The plan, championed by Barbados's Prime Minister, maintains that countries should not have to choose be-

tween paying their debt and pursuing development goals: “in the same way that the UK was able to take out long term loans to finance their stake in WW1, and only paid this off in 2014 because they could not handle the repayment, amidst other spending priorities, low income countries should likewise not be forced to sacrifice their development goals for climate spending.”¹³⁵ The proposal earmarks a one-off payment of \$650 billion from the IMF to seed a trust fund to be leveraged into \$1 trillion worth of low interest climate financing for developing countries. The initiative advocates a windfall tax on oil companies to contribute to COP27-agreed Loss and Damage Funds to be used to finance reconstruction grants to developing countries after a climate related disaster, with a pause on debt repayments for a period of time. This initiative is being refined for final presentation to the WB and IMF Spring Meetings (2023) in Washington DC.¹³⁶

7. Consider a Climate Related and Justice Based Global Tax

The EU, as the global standard bearer with respect of its own policies aimed at achieving a low carbon future, can lend its considerable heft in this area, by championing a climate related and justice based global tax as a means of raising climate finance. There is a growing call to earmark windfall capital gains from the agents of the polluting fossil fuel industries (among other initiatives), to augment the pool of climate finance available to countries as they search for adaptation and resilient building solutions to current crises, and support the transition towards a low carbon future.

The UN’s Secretary General emphasises: “the fossil fuel industry is feasting on hundreds of billions of dollars in subsidies and windfall profits while household budgets shrink and our planet burns...today I am calling on all developed countries to tax the windfall profits of fossil fuel companies.”¹³⁷ Indeed, energy giant Shell for example, recently disclosed record profits of \$40 billion in 2022, the highest in its 115-year history.¹³⁸ Targeted funds can contribute to supporting the costs of green transition by African countries. This is consistent with a document released by a consortium of the world poorest countries in advance of COP27 – in the long running debate over climate related Loss and Damage financing – that speaks to a “climate-related and justice-based” global tax as a means of raising finance, inclusive of proceeds from carbon taxes (such as the EU’s CBAM) a tax on airline travel and levies on heavy oils used in shipping.¹³⁹

Part V: Conclusion

There can be no question as to the importance of the EU-African relationship to both parties. And while there have been many moments when a resetting of relations has been called for – perhaps at no other time has the moment been more urgent. There is a sense that current global dynamics demand such a reset and that doing so paves the way to delivering wins of great value to both parties. Indeed, benefits may well prove to be strategic for the EU as it navigates the consequence of US – China rivalry, while seeking to secure its own interests. The war in Ukraine and sanctions on Russia have accelerated the pace of global fragmentation into different blocs. Global supply chain disruptions have further deepened divisions. A divided world is producing a multi-layered, multipolarity, which affords Africa a widening menu of non-western alliances and partnerships with countries and regions whose shares of global output and wealth are increasing.¹⁴⁰ Forging a partnership fit for purpose, given the imperatives of these times, requires that the EU values Africa’s increasing strategic importance as a global partner, and positions itself as a partner supportive of Africa’s vision for its future, and the role of sustainable industrial development in attaining that vision. This will require that EU policies in support of the green energy transition move from laudable intentions into concrete actions, “quicker and smarter”.

While Africa’s carbon footprint is small, African countries are on the front line of the effects of climate change. The EU’s response to the green subsidies in the US’ IRA provides an opportunity to incentivise investments by EU companies in Africa. Efforts at decoupling from China, continue, led by US efforts. Increasingly, companies are looking for opportunities to “build local for local” and engage in “friend shoring”. Africa’s proximity to Europe provides opportunities in this regard, and green transition and energy investments in Africa will deliver multiple wins. Such investments will support EU climate change action strategies, enable strategic decoupling from China, support the competitiveness of EU firms vs their US competitors, and also support the building of African capabilities in new green growth industries and jobs. However, the EU must be prepared to move from rhetoric to action in meeting African ambition and expectations of a genuine partnership. Africa has other suitors. While Africa needs the EU, the EU needs Africa – just as much.

Resetting the relationship will also require greater efforts at genuine consultation and dialogue. The EU speaks of shoring up efforts in “green diplomacy”. These can start with Africa. The EGD presents challenges for Africa, and modalities must be found to mitigate the most egregious of these. Principles of equity and climate justice must be embedded in the relationship, and these must be cross cutting. CBAM is a case in point. A level playing field for Africa’s farmers, is critical, given the importance of the sector to the continent’s social and economic development. Consulting with Africa on modalities to ensure that the GG supports Africa’s green transition, is a useful place to start. Low income countries require higher levels of grants and concessionary financing, especially in these times. And energy poverty in Africa must be equated the same level of attention and urgency as Europe’s energy security.

This is not to deny the complexity of the green energy transition. Tensions between short term imperatives and long-term objectives of decarbonisation, provoked by the war in Ukraine – compounded by the effects of an ongoing global pandemic – have added layers of complexity to a relationship which was not previously without its challenges. The EU and member states revamped fossil fuel quest in Africa as a result of a shift away from dependency on Russian supplies, has come in for special scrutiny, given African concerns that supporting European energy security requirements will come at Africa’s expense. Africa needs safeguards in this respect, and dialogue is required. A mix of non-renewable and renewable energy sources will be a feature of Africa’s development over a yet-to-be-determined transitional period. Growing numbers need to be lifted out of poverty; energy gaps remain. The green transition across Africa, will be multi-speed.

This discordant, fractious epoch may very well be the moment which creates the space and conditions for much needed, honest dialogue, away from the heavily scripted format of EU-Africa summits, on the future which both Africa and the EU desire, and the joint actions required to deliver mutual wins. A resetting of relations could very well demonstrate an important lesson: That cooperation between North and South is possible, desirable and necessary. In so doing, a new role for Africa and the EU will be articulated: That of twin continents engaged in a new model of cooperation based on dignity and mutual respect, bridging a divided world. Such an objective, in such a world, would surely be worth striving for.

The Work of the Hanns Seidel Foundation in Africa

For more than 50 years, the Hanns Seidel Foundation has been engaged in international cooperation and supports about 90 projects in over 70 countries worldwide. Africa is an important region in that context, with the foundation's international development work starting in 1977 with a project in Togo.

Africa is one of the most important partners for European and German development cooperation as it borders directly on the Southern Mediterranean. Through its work in the countries of Africa, the Hanns Seidel Foundation primarily aims to contribute to improving living conditions.

Climate change is affecting the African continent particularly hard: Extreme droughts and the resulting increase in desertification of the Sahel as well as environmental disasters are claiming thousands of lives and depriving millions of people of their livelihoods. The war in Ukraine has further exacerbated the situation. Similarly, water scarcity is becoming an increasingly important issue, while population growth and industrialisation point to a massive increase in Africa's energy needs.

To address these and other challenges, the Hanns Seidel Foundation is engaged in Africa with concrete projects which inter alia foster environmental protection and the promotion of a sustainable circular economy. The Hanns Seidel Foundation works with partners in 17 African countries. For example, it promotes the implementation of national environmental strategies in Egypt; has been implementing agroforestry projects on behalf of the EU in the Democratic Republic of Congo for over 20 years; facilitates an EU-funded project on sustainable forest management in Namibia; or fosters dialogue on issues of water management and the promotion of renewable energies in Morocco. For the foundation's international project work, the African continent remains the most important region.

In addition, the Hanns Seidel Foundation fosters dialogue between Europe and Africa by receiving expert delegations in Brussels, Berlin and Munich, conducting thematic studies or organising expert roundtables and events.

List of abbreviations

AIDA:	Accelerated Industrial Development for Africa Initiative
ARC:	Africa Catastrophic Risk Pool Capacity
AIP:	Africa Continental Water Investment Programme
AEEP:	Africa-EU Energy Partnership
AFCFTA:	African the Continental Free Trade Area
BRI:	Belt and Road Initiative
CBAM:	Carbon Border Adjustment Mechanism
CCRDS:	Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan
CAHOSCC:	Committee of the African Heads of State and Government on Climate Change
CAP:	Common Agricultural Policy
CRM:	Critical Raw Materials
EACOP:	East-Africa Crude Oil Pipeline
ECOWAS:	Economic Community of West Africa States
ETS:	Emissions Trading System
ESGs:	Environmentally and socially sustainable investments
EBRD:	European Bank for Reconstruction and Redevelopment
EC:	European Commission
EGD:	European Green Deal
EIB:	European Investment Bank
GG:	Global Gateway
GCF:	Green Climate Fund
GSSS:	Green, social, sustainability and sustainability-linked
GDP:	Gross Domestic Product
IRA:	Inflation Reduction Act
IEA:	International Energy Agency

IMF:	International Monetary Fund
LDCs:	Least Developed Countries
LNG:	Liquefied Natural Gas
NDCs:	Nationally Determined Contributions
NDICI:	Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument
ODA:	Official Development Assistance
RECs:	Regional Economic Communities
REIPPPP:	Renewable Energy Independent Power Producer Procurement Programme
SCO:	Shanghai Cooperation Organisation
SADC:	Southern Development Community
SDGs:	Sustainable Development Goals
UfM:	Union for the Mediterranean
WB:	World Bank
WTO:	World Trade Organisation

End Notes

- 1 Len Ishmael. A World Divided: A Multilayered, Multipolar World. In. L. Ishmael (Ed). Aftermath of War in Europe. The West VS. the Global South? Policy Center for the New South. December 2022.
- 2 Jonathan Wheatley. World Bank Warns on Poorest Countries' Debt. Financial Times, Europe Edition. December 7, 2022.
- 3 Ibid.
- 4 Ibid.
- 5 IMF and World Bank Report. Poverty and Shared Prosperity 2022. Correcting Course. https://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity?cid=ECR_TT_worldbank_EN_EXT_J
- 6 Several countries have already defaulted on their debt. Zambia, was the first, followed by Mali and Sri Lanka. Ghana, Egypt and Tunisia are in advanced stages of talks with the IMF over bailouts. Ghana's cedi has lost more than half of its value in 2022 making it harder to service dollar denominated debt. On December 5, 2022, the country issued warnings to holders of local currency government bonds to expect reduced coupon payments.
- 7 IMF Managing Director Kristina Georgieva and World Bank President David Malpass. Conversation during the Fall Meetings 2022. The Way Forward: Addressing Multiple Crises in an Era of Volatility. October 10, 2022, <https://live.worldbank.org/events/annualmeetings-2022-the-way-forward>
- 8 Ibid.
- 9 EEAS, Europa. "Why European Strategic Autonomy matters." Joseph Borrell. December 03, 2020, https://www.eeas.europa.eu/eeas/why-european-strategic-autonomy-matters_en
- 10 Len Ishmael. (June 2021) The Trans-Atlantic Relationship: The Grand Alliance for the Western Led Liberal World Order. Important but no longer Enough to Shape the World. In L. Ishmael (Ed). After the COVID-19 Pandemic. How Does the World Change? Brussels. ASP EDITIONS
- 11 Len Ishmael. A World Divided: A Multilayered, Multipolar World. In. L. Ishmael (Ed). Aftermath of War in Europe. The West VS. the Global South? Policy Center for the New South. December 2022.
- 12 African Union. African Union Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032), <https://au.int/en/documents/20220628/african-union-climate-change-and-resilient-development-strategy-and-action-plan>
- 13 Ibid.
- 14 Ibid.
- 15 Ibid.
- 16 Ibid.
- 17 Ibid.
- 18 Ibid.
- 19 Ibid.
- 20 Ibid.
- 21 Ibid.
- 22 Ibid.
- 23 Ibid.

- 24 Ibid. The Action Plan also benefitted from support from a number of organisations including the EU, and EU member state, Sweden.
- 25 SDG7 forms part of the sustainable development goals of the UN's Agenda 2030. It sets targets to achieve "affordable, reliable, sustainable and modern energy for all" by 2030.
- 26 CGTN. 58.5 million children in Africa suffering from stunted growth. February 10, 2020, <https://newsaf.cgtn.com/news/2020-02-10/58-5-million-children-in-Africa-suffering-from-stunted-growth-NXaBbBYOSs/index.html>
- 27 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021. <https://carnegieendowment.org/2021/10/20/navigating-opportunities-and-risks-of-european-green-deal-for-africa-pub-85579>
- 28 Ibid.
- 29 Ibid.
- 30 Ibid.
- 31 Ibid.
- 32 African Union. African Union Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032).
- 33 Len Ishmael, (August 2021) Beyond Aid. Making the EU Partnership with Africa, work for Africa. Hanns Seidel Stiftung Foundation. Germany/Brussels, <https://www.hss.de/publikationen/ueber-entwicklungshilfe-hinaus-beyond-aid-pub1954/>.
- 34 Ibid.
- 35 Moroccan official. Personal Communication. Atlantic Dialogues. December 2022, Marrakech.
- 36 European Council. European Union-African Union Summit, 17-18 February 2022 <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2022/02/17-18/>
- 37 AU: The Africa-EU Partnership. AEEP Forum 2022. Advancing the Green gateway between Africa and Europe. September 7, 2022. <https://africa-eu-energy-partnership.org/aEEP-forum/>
- 38 European Commission. Global Gateway: EU and US Boost cooperation on Green Energy in Africa. Press Release. October 14, 2022. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_22_6083
- 39 The ILO considers the concept of green jobs as being part of the process transforming economies, enterprises, workplaces and labour markets into a sustainable, low carbon economy providing decent work.
- 40 ILO. Green Jobs in Africa. <https://www.ilo.org/africa/areas-of-work/green-jobs/lang--en/index.htm>
- 41 ISPI. Does Europe's Bumpy Road to Energy Security Lead to MENA? Italian Institute for International Political studies. August 2022. <https://www.ispionline.it/en/pubblicazione/europes-bumpy-road-energy-security-heading-middle-east-35994>
- 42 Ibid.
- 43 Ibid.
- 44 European Commission. Press Release. EU-Morocco Green Partnership. October 22, 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6362
- 45 Personal Communication. African official. Marrakech, December 2022.
- 46 ISPI. Does Europe's Bumpy Road to Energy Security Lead to Mena? Italian Institute for International Political studies. August 2022.

- 47 European Commission. The European Green Deal. Brussels. December 11, 2019, https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF
- 48 Ibid.
- 49 Ibid.
- 50 Ibid.
- 51 Ibid.
- 52 Ibid.
- 53 Rim Berahab. Sanctions and Energy Supplies: Challenges and Opportunities for the Global South. In L. Ishmael (Ed). *Aftermath of War in Europe. The West VS. the Global South?* Policy Center for the New South. December 2022.
- 54 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 55 52 Zainab Usman, Olumide Abimbola, and Imeh Ituen. Africa in the EDG: The Numbers at Stake. Navigating the Opportunities and Risks of the European Green Deal for Africa - Carnegie Endowment for International Peace, <https://carnegieendowment.org/2021/10/20/navigating-opportunities-and-risks-of-european-green-deal-for-africa-pub-85579>
- 56 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 57 European Commission. Press Release. COP27: European Union concludes strategic partnership with Namibia on sustainable raw materials and renewable hydrogen. November 8, 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_22_6683
- 58 Zainab Usman, Olumide Abimbola, and Imeh Ituen. Africa in the EDG: The Numbers at Stake. Navigating the Opportunities and Risks of the European Green Deal for Africa - Carnegie Endowment for International Peace.
- 59 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 60 Dickens Olewe. COP27: Uganda-Tanzania Oil Pipeline sparks Climate Row. Africa. BBC News. Africa. October 24, 2022, <https://www.bbc.com/news/world-africa-63212991>.
- 61 African Union. Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032).
- 62 Ibid.
- 63 IEA. SDG7: Data and Projections. Access to Electricity. Flagship Report. April 2022, <https://www.iea.org/reports/sdg7-data-and-projections>
- 64 Dickens Olewe. COP27: Uganda-Tanzania Oil Pipeline sparks Climate Row. BBC News. Africa. October 24, 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/world-africa-63212991>
- 65 Ibid.
- 66 Ibid.
- 67 Rim Berahab. Sanctions and Energy Supplies: Challenges and Opportunities for the Global South. In L. Ishmael (Ed). *Aftermath of war in Europe. The West VS. the Global South?* Policy Center for the New South. December 2022.
- 68 Ibid.
- 69 Ibid.

- 70 Ibid.
- 71 Ibid.
- 72 Ibid.
- 73 Ibid.
- 74 Dickens Olewe. BBC News. Cop 27: Uganda-Tanzania oil pipeline sparks climate row, <https://www.bbc.co.uk/news/world-africa-63212991>
- 75 Personal Communications. African Ambassador. Brussels. November 2022.
- 76 Dickens Olewe. BBC News. Cop 27: Uganda-Tanzania oil pipeline sparks climate row.
- 77 Len Ishmael. (ED) Aftermath of War in Europe: West vs the Global South? Policy Center for the New South. December 2022.
- 78 Kevin Verbelen. The EU Carbon Border Adjustment Mechanism Amid Global Tensions. A Recipe for Disaster. In Len Ishmael (ED) Aftermath of War in Europe: West vs the Global South? Policy Center for the New South. December 2022.
- 79 Ibid.
- 80 Ibid.
- 81 Ibid.
- 82 Ibid.
- 83 African Union. Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032).
- 84 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 85 Ibid.
- 86 International Labour Organisation, Report on Employment in Africa: Tackling the Youth Unemployment Challenge. Geneva. ILO, 2020, 1, https://www.ilo.org/africa/information-resources/publications/WCMS_753300/lang-en/index.htm
- 87 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 88 Ibid.
- 89 Ibid.
- 90 African Union. African Union Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032).
- 91 Matt McGrath. Climate Change: Hidden Emissions in liquid gas imports threaten targets. BBC News. Science. November 3, 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-63457377>
- 92 Ibid.
- 93 Ibid.
- 94 Ibid.
- 95 Kevin Verbelen. The EU Carbon Border Adjustment Mechanism Amid Global Tensions. A Recipe for Disaster. In Len Ishmael (ED) Aftermath of War in Europe: West vs the Global South? Policy Center for the New South. December 2022.
- 96 Comments by European Commission President. December 2021. In: Finbarr Bermingham and Jevans Nyabiage. One year on, EU Alternative to China's Belt and Road fails to Deliver. South China Morning Post. December 31, 2022, <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3204431/one-year-eu-alternative-chinas-belt-and-road-fails-deliver>

- 97 Xavier Sol (Counter Balance) and Farwa Sial (Eurodad). The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway, <https://counter-balance.org/uploads/files/EU-global-gateway-report-FINAL.pdf>
- 98 Finbarr Bermingham and Jevans Nyabiage. One year on, EU Alternative to China's Belt and Road fails to Deliver. South China Morning Post. December 31, 2022.
- 99 Farwa Sial, Hamdi Benslama, Adrian Chikowore. The Sixth EU-Africa Summit: Plenty of rhetoric, very little substance. Eurodad. March 10, 2022.
- 100 Xavier Sol (Counter Balance) and Farwa Sial (Eurodad). The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway. <https://counter-balance.org/uploads/files/EU-global-gateway-report-FINAL.pdf>
- 101 Comments by European Commission President. December 2021. In: Finbarr Bermingham and Jevans Nyabiage. One year on, EU Alternative to China's Belt and Road fails to Deliver. South China Morning Post. December 31, 2022. <https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3204431/one-year-eu-alternative-chinas-belt-and-road-fails-deliver>
- 102 Xavier Sol (Counter Balance) and Farwa Sial (Eurodad). The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway.
- 103 Eurodad: The European Network on Debt and Development is a civil society network of 58 organisations from 27 European countries. Counter Balance is a European consortium of development and environmental NGOs.
- 104 Xavier Sol (Counter Balance) and Farwa Sial (Eurodad). The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway. September 2022, <https://counter-balance.org/uploads/files/EU-global-gateway-report-FINAL.pdf>
- 105 European Council. Press Release. Foreign Affairs Council (Development), November 28, 2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/fac/2022/11/28/>
- 106 Len Ishmael. (August 2021) Beyond Aid. Making the EU Partnership with Africa, work for Africa. Hanns Seidel Stiftung Foundation. Germany/Brussels, <https://www.hss.de/publikationen/ueber-entwicklungshilfe-hinaus-beyond-aid-pub1954/>
- 107 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 108 Xavier Sol (Counter Balance) and Farwa Sial (Eurodad). The Emperor's New Clothes. What's new about the EU's Global Gateway.
- 109 Christopher Nedopil. China Belt and Road Initiative (BRI). Investment Report H1 2022. Green Finance and Development Center, FISF Fudan University. Shanghai, July 2022, https://greenfdc.org/wp-content/uploads/2022/07/GFDC-2022_China-Belt-and-Road-Initiative-BRI-Investment-Report-H1-2022.pdf#page12
- 110 Sam Fleming, Andy Bounds, Alice Hancock, Javier Espinoza. Brussels Counters U.S. green subsidies with push to ease curbs on state aid. Financial Times. Europe Edition. January 31, 2023.
- 111 China is followed by South Korea, France, Sweden and the US (the latter in fifth place as a result of the new Tesla plant in Berlin). Peter Campbell, Harry Dempsey. China Battery Makers' Clout Raises Fears in European Motor Industry. Financial Times. December 7, 2022. Companies and Markets. Europe Edition.
- 112 Ibid. Over 40 percent of the value of an EV is in the battery component; the country which commands largest production capacity in this component – commands a significant share of the value of this new industry; that country is China.
- 113 Ibid.

- 114 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 115 Ibid.
- 116 Ibid.
- 117 In September 2022, the EU announced a temporary windfall tax on fossil fuel company profits made in 2022 or 2023.
- 118 African Union. African Union Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032).
- 119 Ibid.
- 120 The current practice of OECD countries, including EU member states and the USA, in purchasing each other's debts through sovereign issued bonds, is sucking liquidity out of capital markets, making capital significantly more expensive for developing countries.
- 121 Developing countries produce 60 percent of global output and represent 70 percent of world energy demand. They are home to an increasing share of the world's population but receive only 10 percent of environment, social and governance (ESG) investment flows and 14 percent of global green bond issuances.
- 122 OECD Forum on Green Finance and Investment 2022. October 2022. <https://www.oecd-events.org/oecd-forum-on-green-finance-and-investment/>
- 123 Zainab Usman, Olumide Abimola and Imeh Ituen. What Does the European Green Deal Mean for Africa? Carnegie Endowment for International Peace. October 18, 2021.
- 124 Ibid.
- 125 AU. Africa-EU Energy Partnership. AEEP Forum 2022. Advancing the Green Gateway between Africa and Europe.
- 126 African Union. Climate Change and Resilient Development Strategy and Action Plan (2022-2032).
- 127 Marc Jones. Barbados Issues World's First Pandemic-protected Bond. Reuters. September 2021, <https://www.reuters.com/world/americas/barbados-issues-worlds-first-pandemic-protected-bond-2022-09-21/>
- 128 OECD Forum on Green Finance and Investment 2022. October 2022.
- 129 Ibid.
- 130 European Commission. Global Gateway: EU and US boost cooperation on green energy for Africa. Press Release. October 14, 2022, <https://europeansting.com/2022/10/17/global-gateway-eu-and-us-boost-cooperation-on-green-energy-in-africa/>
- 131 The REIPPP aims to increase the country's megawatt capacity to the electricity grid through private sector investments in wind, biomass and small hydro projects. The Eastern Cape's programme has created 18,132 jobs since inception.
- 132 John Pickard, Lenard Hook, Jack Cotterill. Western Nations agree \$8.5 billion deal to help South Africa decarbonise. Financial Times. November 2, 2021.
- 133 Hafez Ghanem. The World Needs a Green Bank. Policy Brief. Policy Center for the New South. February 1, 2023.
- 134 Ibid.
- 135 Catherine Osborn. The Barbadian Proposal Turning Heads at COP27. Foreign Policy. Weekly Latin America Brief. November 11, 2022. <https://foreignpolicy.com/2022/11/11/cop27-un-climate-barbados-mottley-climate-finance-imf/>

- ¹³⁶ It is reported that the US Climate Envoy John Kerry is supportive, as are the French President and IMF and WB Managing Directors, who, with others, have applauded the Prime Minister's "moral clarity". Initiatives such as this should be supported by the EU in other multilateral settings including the G7, G20 and at COP28 in 2023.
- ¹³⁷ BBC News. UN Chief: Tax Fossil Fuel Profits for Climate damage. Science. September 20, 2022. <https://www.bbc.co.uk/news/science-environment-62970887>
- ¹³⁸ Simon Jack, Nick Edser. Shell reports highest profits in 115 years. BBC News. February 2, 2023. <https://www.bbc.com/news/uk-64489147>
- ¹³⁹ Ibid.
- ¹⁴⁰ Len Ishmael. A World Divided: A Multilayered, Multipolar World. In. L. Ishmael (Ed). Aftermath of war in Europe. The West VS. the Global South? Policy Center for the New South. December 2022.

